

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belegungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Inseratens-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 5. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Grafenweisheit.

Zu den konservativen Abgeordneten, die der agrarischen
 Rechten des Reichstags als höchste Kapazitäten auf dem Ge-
 biete der Agrarökonomie gelten, gehört Graf v. Schwerin-
 Löwitz, dem in der Montag-Sitzung die Vertretung der
 agrarischen Stellungnahme zur Zolltarifvorlage zugefallen
 war; und Graf v. Schwerin verdient diese Vertretung in
 jeder Hinsicht: er kann nach bewährtem Bundesrezept gar
 beweglich über die Notlage der Landwirtschaft lamentieren,
 hat die Befähigung alle Augenblicke aus neue ihren
 demüthigsten unermesslichen Bankrott zu entdecken,
 und versteht famos mit Zahlen und Berechnungen
 umzufringen. Zwar stellen seine rechnerischen Leistungen sich
 hinterher leicht als ettel Dunst heraus. In allgemeiner Er-
 innerung dürfte noch seine im Anfang Juni dieses Jahres
 als Vorsitzender des preussischen Landesökonomie-Kollegiums
 und zugleich des deutschen Landwirtschaftsrates an den Reichs-
 tagler gerichtete Eingabe sein, in der er den Ernte-Ausfall
 an Brotgetreide allein in Preußen auf 1 763 000 Tonnen und
 den daraus sich ergebenden Verlust der preussischen Landwirte
 auf über 286 Millionen Mark bezifferte: eine Berechnung,
 die seitdem so völlig ad absurdum geführt ist, daß sie heute
 das Gespött herausfordert. Doch diese Angelegenheit,
 sich zu verrechnen, vermag seine autoritative Stellung
 in der Agrarier Augen selbstverständlich nicht zu
 erschüttern, eine starke Dosis unablässig den landwirtschaft-
 lichen Bankrott voraussehender Glend-Phantasia gehört eben
 zu den notwendigsten Requiriten agrarischer Sachverständigkeit.

Am Montag kam diese rechnerische Befähigung in der
 größten Argumentation kaum zum Ausdruck, in ermidender
 Breite wiederholte er die allbekanntesten Ausführungen der
 „Deutschen Tageszeitung“, der „Kreuz-Zeitung“ und anderer
 Blätter gleicher Richtung; nur eine Stelle fordert zur Ent-
 gegnung heraus: seine Ausführungen darüber, daß Deutsch-
 land seinen Bedarf an Getreide, besonders an Weizen, Spelz
 und Roggen selbst produzieren könne, wenn die Preise durch
 Zölle erhöht würden. Einerseits, meinte er, könne dies da-
 durch geschehen, daß die Verwendung von Brot-
 getreide für Futterzwecke eingeschränkt
 werde, andererseits durch Steigerung der Produktion, durch
 Vermehrung der Anbaufläche innerhalb der
 gegebenen Ackerfläche. Große Teile dieses Acker-
 landes würden nämlich mit Futtermitteln bebaut oder lägen
 brach, weil der Getreidebau auf ihnen sich nicht lohne. Auch
 die Aufbarmachung mancher Oedländerien ließe sich dann
 durchführen. Weiter heißt es in seiner Rede:

„Ich behaupte, daß von diesen vier Faktoren jeder einzelne
 unbedingt ausreicht, schon heute die Getreidezufuhr überflüssig zu
 machen. Unsere Landwirtschaft ist auch für lange, lange Zeit noch
 im Stande, das erforderliche Getreide zu erzeugen. Prof. Delorad
 sprach seine Überzeugung dahin aus, daß sie hierzu im Stande
 sei, auch wenn sich die Bevölkerung Deutschlands im nächsten
 Jahrhundert verdoppeln sollte. Das Ziel unserer Bemühungen
 ist, der Landwirtschaft den Anreiz zu geben, in Zukunft den
 Getreidebedarf auf eigenem Grund und Boden zu erzeugen. Es
 ist in Bezug auf die Volksernährung eine überaus kurzfristige
 Politik, wegen des Vorteils einer im Augenblick etwas billigeren
 Ernährung des Volkes die Volksernährung auf eigenen Grund
 und Boden zu gefährden, wie sie heute gefährdet erscheint.“

Es kann zugegeben werden, daß, wenn durch hohe Zölle
 die Preise für Brotgetreide stark in die Höhe getrieben
 würden, dies wahrscheinlich zu einer Einschränkung der Ver-
 fütterung von Korn, speziell Roggen, und weiter zu einer
 Ausdehnung der Anbaufläche dieser Getreidearten führen
 würde; ob allerdings diese Ausdehnung eine so weitgehende
 sein würde, daß dadurch Deutschland in seinem Bedarf an
 Brotgetreide vom Auslande völlig unabhängig würde, ob
 ferner die Aufbarmachung von Oedländerien eine so umfang-
 reiche sein könnte, daß sie ernstlich in Betracht käme, ist eine
 andre Frage. Bisher hat die Acker- und Gartenlandsfläche
 Deutschlands trotz der Einführung landwirtschaftlicher Zölle
 in dem Jahre 1879 und ihrer bedeutenden Steigerung in
 1885 und 1887 sich seit 1878, dem Jahre der ersten genaueren
 statistischen Aufnahme, recht wenig vergrößert; sie betrug
 1878 = 26,06, 1883 = 26,17 und 1893 = 26,24 Millionen
 Hektar. Was sich lediglich verändert hat, ist der Anteil der
 Anbaufläche der verschiedenen Gewächse an der Gesamt-
 Acker- und Gartenfläche; der Anbau von Getreide, Gemüse,
 Obst hat etwas zugenommen, die Anbaufläche für Handels-
 gewächse, die Brache und Ackerweide sind in der Ausdehnung
 zurückgegangen:

Anbaufläche	1878	1883	1893
in 1000 ha	in 1000 ha	in 1000 ha	in 1000 ha
von Getreide und Hülsenfrüchte	15 587	15 724	15 992
„ Hackfrüchte und Gemüse	3553	3943	4238
„ Handelsgewächse	418	352	261
„ Futterpflanzen	2448	2405	2519
„ Brache	2311	1847	1550
„ Ackerweide	1510	1490	1210
„ Obst- und Hausgärten	280	416	473

Zu derselben Richtung würden sich auch die Anbau-
 flächen weiter gegen einander verschieben, wenn durch den
 Anreiz hoher Preise für Weizen, Spelz und Roggen eine
 Vergrößerung des Anbaues dieser Getreidearten erzielt würde.
 Diese Vergrößerung würde auf Kosten der
 Ackerweide und Brache, vornehmlich aber auf
 Kosten des Anbaues von Futterpflanzen vor-

sich gehen. Nach der deutschen Reichsstatistik wurde der
 deutsche Konsum von Weizen in den Jahren 1894/95—1898/99
 zu 70 Proz., der Konsum von Roggen zu 92 $\frac{1}{2}$ Proz., der
 Konsum von Spelz vollständig durch die deutsche Produktion
 gedeckt. Nehmen wir an, daß trotz der raschen Zunahme der
 deutschen Bevölkerung sich in den nächsten Jahren der Bedarf
 nicht wesentlich vergrößern wird, so müßte die Anbaufläche
 für Weizen um 43 Proz., für Roggen um 8 Proz. vergrößert
 werden. Da im Durchschnitt obiger fünf Jahre die Roggen-
 fläche 5 984 460, die Weizenfläche 1 945 630 Hektar betragen
 hat, ergibt sich eine Verneuerung um rund 1 315 000 Hektar,
 eine Zahl, die man aber, da das neuzuzunehmende Land an
 Qualität dem jetzt benutzten nachsteht, recht wohl auf
 1 500 000 Hektar erhöhen kann. Um dieses Areal
 würde die Ackerweide und der Anbau von
 Futterpflanzen abnehmen.

Ist eine solche durch den Brotzoll veranlaßte Ueber-
 tragung der Weizen- und Roggenproduktion auf wenig ge-
 eigneten Boden und Abnahme des Futterpflanzen-Anbaues zu
 wünschen, liegt sie im wirklichen Interesse der Landwirtschaft?
 Schon bisher läßt sich ein stetig zunehmendes Mißverhältnis
 zwischen dem Viehstand und der Futtermittelproduktion nach-
 weisen. Während, wie wir erst kürzlich zeigten, die Vieh-
 haltung zugenommen hat und eine steigende Bedeutung für
 den landwirtschaftlichen Haushalt erlangt, ist die Erzeugung
 von Alee, Luzerne, Esparsette, Wiesenheu u. zurückgegangen,
 und dementsprechend hat die Zufuhr fremder Futtermittel,
 speziell der sogenannten Kraftfuttermittel, zugenommen. Zieht
 man von der Einfuhr die Ausfuhr ab, so erhält man als
 Bezug vom Auslande, den die deutsche Landwirtschaft zur
 Aufrechterhaltung ihrer Viehhaltung zuzukaufen genötigt war,
 folgende Mengen:

	1890	1900
Weizen	562 000 Tonnen	1 384 000 Tonnen
Alee, Malzkeime, Weizenabfälle	279 287	815 000
und Kartoffelspäkle		
Getreide	169 000	359 000

Im letzten Jahr betrug allein für diese hiergenannten
 Futtermittel die Ausgabe 217 Millionen Mark, und neben
 ihnen kommt die zunehmende Einfuhr von Futtergerste,
 Hafer u. in Anschlag.

Nun aber vermessen sich die Agrarier nicht nur, den
 Bedarf Deutschlands an Brotgetreide, sondern auch an Fleisch
 selbst decken zu können und verlangen zu diesem Zweck eine
 enorme Erhöhung der Viehzölle. Geseht das Gestrübte gelänge,
 der Anbau von Weizen und Roggen nähme auf Kosten des
 Anbaues der Futtermittel weiter zu und ebenso der
 Viehstand, was würde die Folge sein? Deutschland
 vermöchte dann zwar sein Brotgetreide selbst zu erzeugen,
 wäre aber, was seine Viehhaltung an-
 betrifft, um so abhängiger von der Zufuhr
 fremder Futtermittel, und die Entziehung dieser
 Zufuhr, jedes Ausbleiben oder jede Verminderung derselben
 würde sofort aufs schwerste seine Viehhaltung treffen, und
 zwar zunächst den kleineren Viehzüchtenden Landmann,
 der wenig oder gar keine Futtermitteln hat. Und während
 der Anbau von Brotgetreide ein über die ganze Erde ver-
 breiteter ist, der Ernte-Ausfall des einen Landes deshalb
 gewöhnlich durch die Mehrerzeugung eines andern Landes
 ziemlich ausgeglichen wird, sind wir betreffs des Bezugs von
 Futtermitteln auf einige wenige bestimmte Länder angewiesen,
 deren Mindererzeugung sich sofort in fühlbarster Weise geltend
 machen würde.

Und zweitens die Agrarier verlangen nicht nur Zoll-
 erhöhungen auf Brotgetreide und Vieh, sondern zum großen
 Teil auch auf Futtermittel, auf Mais, Futtergerste,
 Futterbohnen, Lupinen, Wicken usw. Dadurch wird der
 Vorteil, der dem Landwirt durch die Viehzollerhöhungen zu-
 gebracht ist, auf der andern Seite durch Verteuerung der
 Futtermittel wieder entzogen. Erhält er einerseits höhere
 Preise für sein Vieh, so muß er andererseits auch mehr
 für dessen Aufzucht ausgeben. Die Folge würde
 sein — vorausgesetzt, die geplanten Zollerhöhungen er-
 langten Gesehenskraft — daß schon nach ein paar Jahren die
 viehzüchtenden Landwirte neue Forderungen auf Verdoppelung
 und Verdreifachung der Viehzölle stellen würden mit der
 Begründung, die Viehpreise wären zwar gestiegen, aber nicht
 minder die Preise der Futtermittel, und im ganzen kämen sie
 jetzt noch weniger auf ihre Rechnung als vorher. In Wirk-
 lichkeit wird natürlich weder der Anbau von Brotgetreide,
 noch die Viehhaltung dermaßen zunehmen, daß die deutsche
 Landwirtschaft in die Lage kommt, selbst den einheimischen
 Bedarf decken zu können, denn die vorgeschlagenen
 Maßregeln heben sich in ihrer Wirkung
 gegenseitig auf. Ein Anreiz zur Ausdehnung der
 Getreideproduktion liegt selbstverständlich nur dann vor,
 wenn die Getreidepreise steigen, die Futterpreise aber ab-
 nehmen oder stehen bleiben; steigen sie jedoch in gleichem
 Maße, fällt der Anreiz fort, den Anbau von Futterpflanzen
 zu Gunsten des Getreidebaues wesentlich zu beschränken. Und
 gleicherweise bietet die Steigerung der Viehpreise keinen
 Anreiz zu vermehrter Viehhaltung, wenn zugleich durch Ver-
 teuerung der Futtermittel die Aufzucht verteuert wird. Und
 so würde denn auch, wenn die Durchdringung der Vorlage
 gelänge, keine der von den Agrariern vorhergesehenen Folgen
 zum Durchbruch kommen, als lediglich eine allgemeine Preis-
 steigerung der Agrarprodukte, zum Vorteil des Geldbesitzes

der großen Grundbesitzer und zum Schaden der Masse der
 deutschen Konsumenten.

Aber doch einen weiteren Erfolg würden die
 geplanten Zollmaßregeln haben: eine Förderung der
 Verfeuchung des deutschen Viehstandes. Soll
 das Vieh gedeihen, bedarf es der Bewogung, der Weide und
 des Grünfutters. Wird aber das Weideland und der Anbau
 von Futterpflanzen eingeschränkt, so erhält die Stallfütterung
 und die Verwendung „künstlicher“ Futtermittel weiteren Vor-
 schub. Was dabei herauskommt, zeigt die Statistik der Vieh-
 feuchen und der Schlachthöfe. Zählte man doch in 1899
 (für 1900 fehlt noch die Feststellung) nicht weniger als
 162 657 Gehöfte, in denen die Maul- und Ruauenseuche
 ausgebrochen war, und diese Gehöfte hatten 1 885 774 Rinder,
 1 505 830 Schafe und 814 882 Schweine. Und ein ähnlich
 schönes Ergebnis liefert die Statistik der Schlachthöfe von
 Berlin, Bochum, Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz,
 Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frank-
 furt a. M., Freiberg, Görtz, Halle, Hamburg, Hannover,
 Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Königsberg, Krefeld, Leipzig,
 Liegnitz, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Reg., München,
 Nürnberg, Plauen, Potsdam, Spandau, Stettin, Stralsburg,
 Tübingen und Widaun. Insgesamt wurden von diesen Schlachthöfen
 wegen Krankheiten rund 159 000 Rinder und 160 000
 Schweine verworfen, und von diesen Tieren waren im ganzen
 129 000 tuberkulös.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember

Reichstag.

Der dritte Tag des Zollkampfes bot nicht die bedeutende Scene
 der vorhergehenden Tage. Die Debatte entbehrte größerer
 Spannungen und verließ sich erwartungsvoll, daß der lange Redner,
 herangezogen durch Nichters geistigen Spott, in seiner ersten
 Ministerrede sich vor dem Parlamente zeigen werde; die Regierung
 blieb stumm und überließ das Kampffeld den Rednern des Hauses.

Zunächst sprach für die Mehrheit der Nationalliberalen Paasche,
 der Heilige. Man lemt des nationalliberalen Professors Vorkschwanz,
 dessen überreich plätschernder Erguß im umgekehrten Verhältnis steht
 zum Gehalt seiner Rede. Die gleichmäßige Eintönigkeit der langen
 Zusatzeleisenden war man sich zu bemerken, der schwer gegen die
 Wichtigkeit der Mittagsstunde kämpfte; man darf es dem Fürsten
 Hohenlohe, dem Sobine des verstorbenen Königs, getrost nicht ver-
 argen, wenn er von dem Wurmeln des Paaschischen Notrufs all-
 gemein, oder unwillkürlich in gefunden Schummer versank. Der Inhalt
 der nationalliberalen Rede bedeutet die Lobpreisung der industriellen
 Kartellierungspolitik und des agrarischen Brotwuchers. Herr Paasche,
 der in der Reichstagsrede die Partei der meisten Gesinnungen
 ist, ist darin ein Charakter sonder Mangel, daß die Vereinerung der
 Großindustrie und des Grundbesitzes die Grundlage des Staatswohles
 bildet. Wie groß oder wie klein derjenige Teil der nationalliberalen
 Partei ist, der nicht für den Budgettarif eintreten will, hat Herr
 Paasche nicht verraten. Auch das Gesehens hat er nicht verraten, wie die
 Frömmigkeit seines christlichen Herzens mit der Unchristlichkeit des
 Brotwuchers in einem Reim zu dringen sei.

Nach Herrn Paasche sprach für die freisinnige Vereinigung Herr
 Gothein, der zweite Vorsitzende des Handelsvertrags-Vereins.
 Dieser Abgeordnete, der erst kürzlich den Weiswälder Wahlkreis
 der Konservativen abgejagt hat, erwies sich in seiner ersten Rede
 vor dem Reichstag den Agrariern als ein Gegner, der ihnen noch
 manche unangenehme Stunde bereiten mag. Vergeblich verfuhrte die
 Rechte durch Zwischenrufe und Lärme den Redner zu stören, sie
 mußte die gründliche Abfertigung ihrer Schreibweise durch diesen
 Sachkenner in zweifelhafte Rede entzogen. Herr Gothein er-
 brachte insbesondere den Beweis, daß die Zollerhöhungspolitik
 selbst den Großgrundbesitzer nur auf kurze Zeit Vorteile bringen
 könne und die Industrie unmittelbar und schwer schädigen müsse; er
 hobnte die Konservativen, die sich als Mittelstandsreiter anpreisen,
 aber durch den neuen Zolltarif die Kartellierung in der Industrie
 treibhandmäßig finden und so den Mittelstand ausfüllen.

Herr Camp von der freikonservativen Partei des Industrie-
 und Agrarfedalismus dankte der Regierung für ihre Belehrung zum
 höchsten Zollwucher, bedauert aber, daß dieser Wucher sich in zu
 mäßigen Grenzen halte. Unter dem Beifall der Tarifparteien wieder-
 holt er das abgestandene Gesehwätz von der Unterfütterung des Auslandes
 durch die Zollerhöhungen-Gegner und schloß seine Ausführungen mit den
 steifstimmigen Gedanken: Wer den Vauenstand vernichten will, unter-
 gräbt Thron und Altar.

Zum Schluß sprach der Pole Komierowski, der sich gleich-
 falls auf die agrarische Seite schlug.

Donnerstag endet die erste Folge der Redner mit der Rede eines
 Reformparteilers und eines Chäffers, dann soll die zweite Phalanx
 aufmarschieren, an deren Spitze Webel steht.

Deutsches Reich.

Ein Agent des Bundes der Landwirte im Centrum.

Aus Bonn wird uns geschrieben:
 Der Schriftsteller Hermann Bauer, früher Redakteur der
 centrun-agrarischen „Rheinischen Volksstimme“, jetziger Herausgeber
 der „Social- und agrar-politischen Korrespondenz“ in Bonn, hatte
 gegen die verantwortlichen Redacteure Gruber von der „Münch.
 Post“ und Meerfeld von der „Rheinischen Zeitung“ die Ver-
 leidigungsgelasse ange stellt, weil er sich durch einen Artikel, der Ende
 Juli in der „Münchener Post“ erschien und von der „Rheinischen

Zeitung" unter Quasemangabe nachgedruckt worden ist, beleidigt fühlte. In dem Artikel heißt es u. a.:

Herr Bauer gleicht an Vielseitigkeit der politischen Verwendbarkeit des Herrn Reichard nichts nach. Vor einem halben Dutzend Jahren, als die Rheinische Volksstimme sich infolge finanzieller Schwäche genötigt sah, ihr Personal zu reduzieren und sich von Köln nach dem billigen Provinzialort Remagen zurückzuziehen, da wußte sich Herr Bauer brieflich an unsern Genossen Karl Hirsch, den damaligen Leiter der Rheinischen Zeitung, und bat ihn um eine Unterredung. Diese fand statt und Herr Bauer bot sich unserm Kölner Parteigänger als Mitarbeiter an, namentlich stellte er wirkungsvolle Artikel gegen das Centrum in Aussicht. Genosse Hirsch verzichtete auf die Verbindung mit dem arbeitswilligen Herrn Bauer, was dieser damit vergalt, daß er in seiner späteren journalistischen Tätigkeit, die er im Dienste des Centrums ausübte, besonders gehässige Artikel gegen die Socialdemokratie schrieb. Herr Bauer ist trotz seiner Umänderungsversuche an die Socialdemokratie ein treuer Sohn des Centrums geblieben. Als allerdings die Verführung in Gestalt des Bundes der Landwirte an ihn herankam, wurde seine Stellung im Centrum etwas eigenwilliger. Er kämpft im Centrum gegen das Centrum; er ist, wie der „Vorwärts" feststellt, hat, als Agent des Bundes der Landwirte im Centrum thätig.

Die Gerichtsverhandlung fand am Dienstag vor dem Schöffengericht in Bonn statt. Der Prozeß nahm einen ungeheuren Verlauf und dürfte trotz der zahlreichen Verdächtigkeiten unserer preussischen Rechtsprechung einzig dastehen. Genosse Gruber ließ durch seinen Vertreter, Rechtsanwalt S. Schrammen aus Köln, die Unschuldigkeit des Amtsgerichts vom Bestreiten, da zu der Zeit, als der Artikel in der „Kölnischen Post" erschien, in Bonn kein Exemplar des Blattes gehalten wurde; sei aber nachträglich die Bestätigung erfolgt, so sei der Privatkläger Bauer selber der Verzeiger. Der Vorlaut des § 186, aus dem die Klage angefertigt ist, verlangt, daß die Beleidigung zur Kenntnis eines Dritten gelange. Das Gericht erklärte sich nach kurzer Beratung für zuständig.

Die Begründung ist außerordentlich heiter und wird ohne Zweifel in der gelehrten juristischen und journalistischen Welt mit großem Staunen aufgenommen werden. Der Vorsitzende verkündete: Das Gericht stütze sich auf die bekannte Reichsgerichtsentcheidung über den streitenden Gerichtsstand der Presse. Das Postamt habe die Einsicht erteilt, daß den ganzen Monat Juli die „Kölnische Post" in einem Exemplar in Bonn gehalten wurde. Es komme nicht darauf an, ob der Privatkläger das Blatt allein lese, sondern das Gericht müsse darauf, daß auch andere Leute die Möglichkeit (!!) haben, das betreffende Exemplar zu lesen. (Diese Möglichkeit ist doch nur dann anzunehmen, wenn der Privatkläger selbst das Blatt weiter verbreitet.)

Der Angeklagte Meersfeld gab die Erklärung ab, daß er den Beweis der Wahrheit erbringen wolle. Rechtsanwalt Schrammen führte aus: Herr Bauer könne sich gar nicht beleidigt fühlen. Es sei ihm der Vorwurf gemacht, Artikel gegen das Centrum der Rheinischen Zeitung" angeboten zu haben, und zwar als Vertreter des Rheinischen Bauernvereins, dessen Organ die Rheinische Volksstimme" ist. Seit Monaten habe Bauer viel schwerere Vorwürfe auf sich laden lassen. Während er anscheinend Centrunsanhänger und Freund des Rheinischen Bauernvereins war, habe er des letzteren schlimmsten Konkurrenten, dem Bund der Landwirte, Dienste geleistet und die vitalen Interessen des Bauernvereins verletzt. Der „Vorwärts" habe Herrn Bauer vorgeworfen, daß er sich heimlich vom Bunde der Landwirte subventionieren lasse. Diese Beschuldigung habe Bauer auf sich laden lassen, trotzdem er nicht einmal, sondern zehnmal aufgefordert wurde, gegen den „Vorwärts" zu sagen. Die „Germania", das Fraktionsorgan der Centrumpartei, habe dazu geschrieben, daß Herr Bauer es gegenüber diesem schweren Vorwurf leider nicht zu einer gerichtlichen Klarstellung gebraucht habe. Die „Kreuz-Ztg." habe erklärt: es heiße einem Ehrenmann auf das schlimmste verleumden, wenn ihm, wie Herrn Bauer nachgelagt werde, daß er vom Bunde der Landwirte Subventionen beziehe. Herr Bauer aber, so bemerkte der Anwalt, lasse den Vorwurf der journalistischen Charakteristika auf sich sitzen.

In der jetzigen Verhandlung wäre ja nun Herr Bauer die Gelegenheit geboten gewesen, seinen Schild zu heben. Statt dessen ließ er durch den Mund seines Anwalts erklären: daß er sich über seine Stellung zum Bund nicht anzupfen lasse; es könne gesagt werden was wolle, er lasse sich auf nichts ein. Mit Recht bemerkte dazu Rechtsanwalt Schrammen, daß Bauer sich durch diese Erklärung selbst richte. Als der Beklagte Meersfeld an einen von Bauer geladenen Zeugen die Frage richtete, ob dieser im Auftrage Bauers in Köln einen Saal für den Bund der Landwirte gemietet habe, beantragte der Rechtsanwalt N.S., daß die Frage nicht gestellt werde. Man hatte also Ursache, sie zu fürchten.

Zu dem inkriminierten Artikel befragte Bauer, weder mündlich noch schriftlich mit dem nun verstorbenen Redacteur Karl Hirsch von der Rheinischen Zeitung" in Verbindung gekommen zu sein.

Verleger Hilsbach behandelte unter Eid: Vor fünf oder sechs Jahren stellte sich mir ein Herr als Redacteur der Rheinischen Volksstimme" vor und sagte, er sei bereit, auch für die Rheinische Zeitung" zu schreiben. Ich wies ihn an den Chefredacteur Hirsch. Nach der Größe kann es der Privatkläger Bauer gewesen sein, aber er ist torpulent geworden. Als der Herr weg war, kam unser nun verstorbenen Berichterstatter Michels hinzu und sagte: Das war ja der Redacteur der Rheinischen Volksstimme" (damals wurde das Blatt in Köln hergeheftet). An die Person kann ich mich nicht so bestimmt erinnern.

Junge Hofrichter, jetzt Arbeitsekretär, früher zweiter Redacteur der Rheinischen Zeitung": Ende 1895 oder Anfang 1896 kam auf die Redaktion ein Herr und wollte den Chefredacteur Hirsch sprechen. Ich hatte dann in der Scheererei zu thun. Als ich zurück kam, fragte mich Hirsch, ob ich auch wisse, wer das gewesen sei. Auf meine verneinende Antwort sagte Hirsch: Das war der Redacteur der Rheinischen Volksstimme", Bauer, der uns seine Mitarbeiterschaft angeboten hat. Ich meinte, mit solchen Leuten müsse man aber vorsichtig sein, ich habe keine gute Meinung über solche Leute. Hirsch erklärte: das sei auch seine Ansicht und er habe infolge dessen die Mitarbeiterschaft abgelehnt. Ein paar Wochen später sagte mir dann Hirsch: Herr Bauer habe sich nochmals brieflich angeboten.

Der Vertreter Bauers antwortet: Er habe keine Veranlassung, an den eblischen Aussagen der beiden Zeugen zu zweifeln. Aber davon, daß Bauer die Person sei, die bei Herrn Hirsch war, sei nichts bewiesen. Er halte eine Mystifikation des Herrn Hirsch oder eine Intrigue gegen Herrn Bauer nicht für ausgeschlossen. Wenn der Brief wirklich geschrieben worden sei, so würde er noch vorhanden und zum ehernen Bestande der socialdemokratischen Agitation gekommen sein. (Der Anwalt vergißt, daß Herr Bauers politische Bedeutung damals gleich Null war, überdies war es nicht die Art unsrer geistreichen Genossen Hirsch, solche Briefe aufzubewahren; so peinlich hätte er das Redaktionsgeheimnis. Das weiß jeder, der Hirsch kannte. Der Berichterstatter.) Der Anwalt betonte nochmals, daß er eine Irrführung durch eine andre Person für vorliegend halte.

Rechtsanwalt Schrammen bestritt entschieden die Möglichkeit einer Mystifikation. Die Redaktionskollektive beider Blätter hätten damals ziemlich nahe bei einander gelegen. Wer sollte im Interesse an einer Intrigue gegen Bauer in der damaligen Zeit, vor fast sechs Jahren gehabt haben? Mystifikationen wolle Herr Bauer die Öffentlichkeit, der heute, wo Karl Hirsch tot sei, gegen die beiden Blätter klage, der aber die viel schwereren Vorwürfe des „Vorwärts" auf sich laden lasse, aus dem einfachen Grunde, weil in dem letzteren Falle eine Reihe lebender Zeugen gegen ihn auftreten würden. Bauer sei, wie die Zeugen behaupteten, damals von Hirsch und Michels erlaubt worden. Bauer sei gerichtet und urtheilt nicht mehr gerichtet zu werden durch die Freisprechung der Beklagten, die er hiermit beantragt.

Das Gericht erklärte beide Beklagte der Beleidigung aus § 186 für schuldig und verurteilte jeden zu 300 Mark Geldstrafe. In

dem Vorwurf des Mangels an Herzeugung, den die Behauptung der Beklagten darstellen, liege besonders für einen Journalisten eine schwere Beleidigung. Die Verhandlung habe nicht ergeben, daß der Privatkläger mit dem verstorbenen Leiter der Rheinischen Zeitung", Karl Hirsch, Verbindungen anknüpfen wollte, sondern es hätten sich nur Anknüpfungspunkte ergeben, aus denen man den guten Glauben der Beklagten annehmen könne. Das Gericht habe darum von Gefängnisstrafe abgesehen, aber wegen der Schwere der Beleidigung auf eine hohe Geldstrafe erkannt.

Gegen das Urteil wird sofort Berufung eingelegt, und es darf als ausgeschlossen erachtet werden, daß es bestehen bleibe.

Die formale Beurteilung des Kölner Redactors ist unredigabel. Auf jeden Fall ist der wahre Verurteilte Herr Bauer und der Bund der Landwirte, von dem jetzt „gerichtsnotorisch" ist, daß Geheimagenten der Bund der Landwirte unterhält.

Herr Bauer hat die Gelegenheit vermisst, sich vor Gericht von der Anklage zu reinigen. Er hat damit gestanden!

Die Kommission für Arbeiterstatistik

ist noch nicht völlig befristet, wie vielfach geglaubt werden mag. Im Etat erscheint noch immer die ursprünglich festgesetzte Summe von 39.000 M. Im Jahre 1900 wurden von dieser Summe 35.102,99 M. gekostet und in der Uebersicht der Reichsausgaben wird dazu bemerkt: „Die Kommission ist nur zu wenigen Sitzungen zusammengetreten." Im Jahre 1900 fand am 13. Juni eine Sitzung statt, in welcher der Bericht über die Erhebungen der in Gast- und Schönheitsstätten beschäftigten Personen festgestellt wurde, und in einer Sitzung am 23. November wurde der Bericht über die Sonntagarbeit in Binnenhäfen, Schiffsbetriebe vorläufig festgestellt. Dann wurde eine Eingabe der Fleischergehilfen entgegengenommen und ein Antrag Hye beraten, betreffend Erhebungen über die Arbeitszeit der im Transportgewerbe beschäftigten Personen. Am 24. April d. J. fand abermals eine Sitzung statt, in welcher ein Fragebogen für die Erhebungen über die Arbeitszeit der in Comptoiren beschäftigten Personen festgestellt und den Bericht über die Binnenhäfen endgültig angenommen wurde. Da aber der Kommission Mitteilungen über übermäßig lange Arbeitszeit des Personals der schlesischen Dampfer zugegangen und vorläufige Erhebungen durch die Dresdener Polizei diese Angaben völlig bestätigt hatten, so schickte der Bericht mit folgenden Worten: „Zugleich spricht sich die Kommission dahin aus: daß nach ihrer Ansicht noch zur Anstellung von Erhebungen über die Arbeitszeit an den Sonntagen ein dringendes Bedürfnis vorliegt." Ferner wurde in der Sitzung ein Ausnahmefall gewählt, welcher einen Entwurf zu einem Fragebogen über die Erhebungen im Fleischergewerbe ausarbeiten sollte. Der im April gewählte Ausschuss wurde zum 20. November zu einer Sitzung zusammenberufen. Jetzt kann also die übliche Herbstsitzung stattfinden. Diese ist nun zum 12. Dezember einberufen und soll den Fragebogen für die Erhebungen über das Fleischergewerbe endgültig feststellen. Ebenfalls ist der Kommission ein Schreiben des Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern zugegangen, in welchem die Kommission aufgefordert wird, Erhebungen über die tägliche Arbeitszeit der im Binnenhäfenbetriebe beschäftigten Personen vorzunehmen. Auch darüber, welche Schritte hierzu zu unternehmen sind, sollen Beschlüsse gefaßt werden. Die Erhebungen über das Transportgewerbe scheinen ganz in Vergessenheit zu versinken, denn über diese steht nichts auf der Tagesordnung.

Die Sitzungen nehmen immer mehr den Charakter bloßer Vorstandssitzungen an. Sie werden deshalb auch immer dann einberufen, wenn der Reichstag tagt. Rame es in der Kommission noch zu ausgedehnten Verhandlungen, dann würde diese Prozedur haltbar sein. Da man nicht wochenlang im voraus wissen kann, wie die Geschäfte im Reichstage abgewickelt werden, so konnte es kommen, daß gerade wichtige Sitzungen des Reichstages mit den Kommissionssitzungen zusammenfallen. In der letzten Zeit sind es in der Regel so kurze Sitzungen gewesen, die den Mitgliedern keine große Sorge bereiten. Zu bewundern ist es nur, daß oft am einschüßlichen Sitzungen die vom Bundesrat ernannten sächsischen Mitglieder, wie z. B. das badische Mitglied, wegen solch unbedeutender Sitzung die Reise von Karlsruhe nach Berlin machen mußte.

Die Sitzungen nehmen immer mehr den Charakter bloßer Vorstandssitzungen an. Sie werden deshalb auch immer dann einberufen, wenn der Reichstag tagt. Rame es in der Kommission noch zu ausgedehnten Verhandlungen, dann würde diese Prozedur haltbar sein. Da man nicht wochenlang im voraus wissen kann, wie die Geschäfte im Reichstage abgewickelt werden, so konnte es kommen, daß gerade wichtige Sitzungen des Reichstages mit den Kommissionssitzungen zusammenfallen. In der letzten Zeit sind es in der Regel so kurze Sitzungen gewesen, die den Mitgliedern keine große Sorge bereiten. Zu bewundern ist es nur, daß oft am einschüßlichen Sitzungen die vom Bundesrat ernannten sächsischen Mitglieder, wie z. B. das badische Mitglied, wegen solch unbedeutender Sitzung die Reise von Karlsruhe nach Berlin machen mußte.

Die Sitzungen nehmen immer mehr den Charakter bloßer Vorstandssitzungen an. Sie werden deshalb auch immer dann einberufen, wenn der Reichstag tagt. Rame es in der Kommission noch zu ausgedehnten Verhandlungen, dann würde diese Prozedur haltbar sein. Da man nicht wochenlang im voraus wissen kann, wie die Geschäfte im Reichstage abgewickelt werden, so konnte es kommen, daß gerade wichtige Sitzungen des Reichstages mit den Kommissionssitzungen zusammenfallen. In der letzten Zeit sind es in der Regel so kurze Sitzungen gewesen, die den Mitgliedern keine große Sorge bereiten. Zu bewundern ist es nur, daß oft am einschüßlichen Sitzungen die vom Bundesrat ernannten sächsischen Mitglieder, wie z. B. das badische Mitglied, wegen solch unbedeutender Sitzung die Reise von Karlsruhe nach Berlin machen mußte.

Die Althoff-Reinigung wird in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" fortgesetzt. Brachte der erste Artikel eine Sammlung von Citaten seit 1801, so treibt der zweite Artikel eine bis zum Jahre 1817 reichende Statistik. Es wird berechnet, in welchem Maße die Vorkämpfer der Fakultäten während der letzten 10 Jahre (seit 1882) im Vergleich mit der früheren Zeit (seit Errichtung des Kultusministeriums im Jahre 1817) Verächtlichkeit gefunden haben. Als Resultat ergibt sich, daß von 1885 Ernennungen in dem Zeitraum 1817—1882 28 Proz. von 1882 bis jetzt 16 1/2 Proz. ohne oder gegen den Vorschlag der Fakultäten erfolgten.

Verächtlichkeit man, daß die Zeit von 1817—1882 die wärteste Reaktionsperiode umfaßt, so wird man diesen „Fortschritt" nicht sehr bezaubern. Ein guttunendes Bild hätte man gewonnen, wenn man die drei folgenden Perioden verglichen hätte: 1806—1882, 1882—1888, 1888—1902. Warum hat man das nicht gethan? Warum hat man nicht Jahr für Jahr die Zahlen mitgeteilt?

Immerhin stellen auch die zugestandenem 16 1/2 Proz. ministerieller Ernennungen eine beträchtliche Zahl dar. In der evangelisch-theologischen Fakultät sind die Verhältnisse noch viel unangünstiger. Seit 1882 wurden von 82 Professoren nicht weniger als 88 ohne die Mitwirkung der Fakultät ernannt. Damit sind aber noch nicht die Verächtlichkeitsfälle dieser reinigenden Statistik erschöpft. Es werden überhaupt nur Zahlen für die evangelisch-theologische und die juristische mehr neutrale juristische und medizinische Fakultät festgestellt. Dagegen fehlen auffälligerweise die Verordnungen für die katholisch-theologische und die ganze philosophische Fakultät, die ja hauptsächlich in Betracht kommt. Lediglich für Berlin werden Zahlen für die Ernennung von Ordinarien der philosophischen Fakultät mitgeteilt.

Mit solchen Zahlen Späßen sucht die „Nordd. Allgem. Ztg." die offenkundigen Wahrheiten des Prof. Wilschlag aus der Welt zu schaffen. Man begreift angesichts solcher Missethätigkeit, daß man es vorzieht, die Ehre der preussischen Universitätsverwaltung statt mit Zahlen und Thatfachen — mit Wein und Kaviar zu retten. Der „National-Zeitung" zufolge will man nämlich ein Teakopfer für Herrn Althoff arrangieren. Um dem Ministerialdirektor eine „Gemeinnützigkeit" zu verschaffen, soll von einem Kreise näherer Freunde ihm ein Festmahl gegeben werden. Einer der Berliner Professoren, welche in den letzten Jahren das Rektorat bekleideten, habe die Veranstaltung übernommen.

Wir begreifen schon, daß die Herren sich erst Mut trinken müssen, ehe sie mit vollen Waden die Herrlichkeiten der heutigen Universitätsverwaltung zu preisen wagen.

Schweiburg und Bölow. Seitdem der Reichskanzler Graf Bölow mit der Wucht eines Reichsstat-Ministers aus der Septennatwahl- und Welfenfondzeit im Reichstage die große nationale Wank- und dröhnend geschlagen, stellt sich plötzlich, der in letzter Zeit recht still und kleinlaut geworden, weil von den Ministern kaltgestellte internationale Herr Schweiburg angenehm berührt. Sollten nicht die schönen Zeiten des Reichsfeindthums wieder beginnen? Läßt sich nicht die nationale Dege wieder rentabel verwenden?

So dachte der verlassene Schweiburg und in Erinnerung herrlicherer und einträglicherer Tage schrieb oder ließ er schreiben in seiner „Korrespondenz" — Gott der Gerechtigkeit! — über das nationale Gefühl. Da ist die vaterlandlose Kette, die die Ehre der deutschen Armee beduht — siehe Hummerprozeß — und die nationale Landwirtschaft zu Grunde richtet. Und so scheiden sich die Götter des Lichts von den Unholden der Finsternis. Auf der einen Seite die entschieden nationale Gesinnung, die Gesamtaufassung, daß auch bei der Regelung unserer Joli-

und Handelsverhältnisse zum Auslande in erster Linie unser eigenes wohlverstandenes Interesse den Ausschlag geben muß und daß die deutsche Nation im ganzen einen geschlossenen Organismus bildet, dessen Gesundheit empfindlich leidet, wenn ein so wichtiges Glied wie die deutsche Landwirtschaft krank, auf der andern Seite an der Spitze der Begierde eine Partei, welche die Internationalität in ihr Programm aufgenommen hat und auch in der Praxis einen solchen Mangel an vaterländischer Gesinnung bekundet, daß ihre Presse nicht davor zurückscheut, die deutschen vor dem Feinde stehenden Truppen hinterwärts mit Schmutz zu bewerfen.

Wenn das Herrn Bölow nicht rührt und ihn veranlaßt, den erstklassigen nationalen Schweiburg wieder in Gnaden aufzunehmen! Und wenn er sich nicht durch seine Fuldigungen rühren läßt, so mag er sich vor der Schweiburgischen Bosheit hüten. Denn heute rühmt die Schweiburgische „Korrespondenz" in ganz preßbarer Weise den Reichskanzler, weil er erklärt habe, die Preßstimmen der Auslandspresse seien für ihn gleichgültig. „Es ist", schreibt Schweiburg, „ein alteingebürgertes Mißbrauch: Wenn irgend ein deutlicher Regierungsgast, irgend eine Umgebung eines deutschen Staatsmannes erfolgt, so sammelt der Telegraph alsbald mit geschäftiger Eile die Preßstimmen des Auslandes", und spaltenlang berichten dann die deutschen Blätter, was der Redacteur X. in London und Manchester, der Redacteur Y. in Wien und Budapest, zuweilen auch in Rom, Bukarest und sonstwo über diese deutschen Angelegenheiten sich gedacht und niedergeschrieben haben."

Das ist ein dem Grafen Bölow aus dem Hinterhalt beschießener Dolchstoß. Denn es ist bekannt, daß dieser „Mißbrauch" besonders in der Vera Bölow blühte. Nach jeder kleinsten Rede ließ sich der derzeitige Reichskanzler durch den amtlichen Telegraphen — wird Schweiburg von Wolf nicht mehr subventionirt? — befehligen, wie entzückt selbst die kleinsten Winkelblätter in Wien, Paris oder London über die politischen Gemalitäten seien. Und man agitirte mit diesen „Stimmen des Auslandes", obwohl es nicht unbekannt war, daß ein Teil dieser fremdländischen Meinungsäußerungen — aus Berlin stammte.

Herr Schweiburg ist ein frecher Spötter. Jetzt, wo den Grafen Bölow die große Verachtung für die — nicht mehr begeisterten — Auslandsstimmen notgedrungenweise besaßen hat, erinnert er daran, mit welchem Wohlgen er sich ehemals in den ausländischen — Selbstzeugnissen seines Ruhmes sonnte!

Auch der Aufwand für Klausuren wird im neuen Etatsjahre eine erhebliche Erhöhung aufweisen. Zwar ist der Einnahmehintrag des Schuljahres von 300.000 M. im vorjährigen Etat auf 360.000 Mark gestiegen, aber der Reichszuschuß, der im vorigen Jahre 10.760.000 M. betrug, ist jetzt auf 12.168.000 M. angelegt.

Eine Drohung des Kriegsministers

Die „Frankf. Ztg." macht nachträglich auf eine seltsame Drohung des Kriegsministers aufmerksam, die in seiner während der Duelldebatte im Reichstage gehaltenen Rede enthalten ist. Nach dem amtlichen Stenogramm sagte Herr v. Söller:

„Ich möchte auch noch darauf hinweisen, wie tief beauerlich es ist, daß vielfach in öffentlichen Blättern die Armee und das Offizierscorps auf das schamlichste angegriffen werden. Auch in dieser Beziehung kann ich das ruhige und vornehme Verhalten des Offizierscorps diesen Beleidigungen gegenüber nur anerkennend hervorheben. (Beifall rechts.) M. H., wenn es zu einer Verpöschung der Interpellation kommen sollte, dann bitte ich auch die Herren, in dieser Hinsicht Mäßigung zu beobachten. Ich verspreche mir von einer Verschärfung der Begegnung gar nichts; im Gegenteil, diese Frage will durchaus ruhig behandelt sein. Spannen Sie den Bogen nicht zu sehr; dann tritt Selbsthilfe ein — und das ist der gefährlichste Weg, den es giebt."

Was sich Herr v. Söller bei dieser mysteriösen Drohung wohl eigentlich gedacht haben mag? Selbsthilfe der Offiziere gegenüber der Kritik der Volksvertreter? Wir haben doch keine Prätorianer, die etwa die Verfassung umstürzen könnten? Oder drohte der Herr Kriegsminister etwa mit Exzellenz heißpönliger Träger des vornehmsten Kodes gegen einzelne Volksvertreter? In diesem Fall würde die Selbsthilfe energischer Selbsthilfe begegnen, denn Bräutrigeladen würde das Volk sich schwerlich gefallen lassen. Es wäre also interessant, zu erfahren, was der Herr Kriegsminister sich bei seinen Worten gedacht hat! Oder hat er sich nichts Besonderes gedacht? Auch das soll bei Ministern zuweilen vorkommen.

Die Liebesgabenliste. Ueber die Branntweinsteuer-Kollekte haben bei den konservativen vertraulichen Besprechungen stattgefunden. Sie hoffen nunmehr, daß es ihnen gelingt, die neue Liebesgabe durchzuführen.

Wie wir neulich schon nachwiesen, kann das im Sommer nicht fertig gestellte Gesetz schon aus formellen Gründen nicht ohne weiteres zur Verabschiedung gelangen.

Das amtliche Ergebnis der Wiesbadener Wahl.

Es wurden nach der amtlichen Ermittlung am 30. November in dem Wahlkreise Wiesbaden insgesamt 28.128 Stimmen abgegeben. Davon erlitten Dr. Quard in Frankfurt a. M. (Socialdemokrat) 3500 Stimmen, Dr. Cräger zu Charlottenburg (fr. Vp.) 6400 Stimmen, Eduard Wartling zu Wiesbaden (Nationalliberal) 5452 Stimmen, Eduard Fuchs in Köln (Cz.) 5028 Stimmen und Georg Hahmann zu Niedermosen (Bund der Landwirte) 944 Stimmen. Zwischen Dr. Quard und Dr. Cräger hat also eine engere Wahl stattgefunden.

Die Stimmengruppe für die einzelnen Parteien beträgt demnach in Vergleich zu den Wahlen von 1898: bei den Socialdemokraten 1450, bei den Nationalliberalen 2921, bei dem Centrum 568, bei dem Bund der Landwirte 84; die gewöhnliche Zunahme der Nationalliberalen erklärt sich zum guten Teil aus dem Verlust der Freisinnigen, die nicht weniger als 1340 Stimmen entbüßten.

Da Freisinn und Nationalliberalen zusammen allein 11.842 Stimmen erzielten und das Centrum, soweit es sich überhaupt an der Stichwahl beteiligte, für den Freisinnigen als das kleinere Uebel einzutreten wird, werden unsere Genossen im zweiten Wahlgang alle Kräfte aufbieten müssen.

Die „Kreuz-Zeitung" und die Arbeitslosigkeit. Das Gland der Arbeitslosigkeit veranlaßt jetzt auch die „Kreuz-Ztg." zu einer Entschuldig. Freilich nur, um daran die Segnungen des wachsenden Industriegebietes zu demonstrieren. Diefelbe Litanei, die ja auch die agrarischen Gegner jetzt im Reichstage singen.

Inwiefern entwirft sich aber das sattem bekannte arbeiterfeindliche Herz der „Kreuz-Ztg." über die industriellen Unternehmer, die noch immer zahlreiche Ausländer, Italiener und Polen beschäftigten, während doch einheimische Arbeitskräfte genug zur Verfügung ständen. Dieser Angriff gegen die Industrie ist ja nur zu berechtigt und er würde auch der „Kreuz-Ztg." zur besonderen Ehre gereichen, wenn hinter dieser so seltenen Arbeiterfreundlichkeit nicht gleich wieder der Haß gegen die Industrie hervorquillte. Ueber die Organisierung ausländischer Arbeitskräfte, fährt nämlich das Junkerorgan fort, entrüste man — gemeint ist augenscheinlich die liberale Presse — sich nur dann, wenn es sich um ländliche Arbeiter handle usw.

Daß die Industrie rückwärts den ausländischen Lohnbrüder gegen den nationalen Arbeiter anspielt, ist richtig. Aber können unsere Oetelbier nicht ebenfalls einheimische Arbeitskräfte haben, wenn sie auf die „patriarchalische" Behandlung derselben verzichten und menschenwürdige Löhne zahlen? Was hat also die Landwirtschaft vor der Industrie voraus? Inwiefern aber ist es ganz unrichtig, daß nur die Industrie die Arbeitslosigkeit verschulde. Die Saisonarbeit hat in der Landwirtschaft bereits ausgebreitete Verbreitung gewonnen — wie kann da z. B. Herr Camp, wie dies heute im Reichstage geschah, be-

haupte, daß die Landwirtschaft ihren Arbeitern das ganze Jahr über „Brot“ gebe. Kartoffeln allenfalls!

Kasernenherge.

Vor dem Kriegsgericht zu Thorn hatten sich die Unteroffiziere Krug und Ossowski von der 2. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 178 wegen Mißbrauch der Dienstgewalt zu verantworten. Sie hatten zwei Musketiere, um sich einen Scherz zu leisten, befohlen, nach der Handwerkerstube zu gehen und von dort sich „Weichselprügel“ zu holen. Als die Musketiere zurückkehrten, meldeten sie, sie hätten Prügel mit der Klopffleische und dem Spanner erhalten. Jetzt befahl Krug dem einen Musketier, er solle zurückgehen und sich für die erhaltenen Prügel bedanken. Als der Musketier dieser Anweisung folgte, erhielt er zum zweitenmal Prügel. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die Angeklagten sich einen albern Scherz erlaubt hätten, und betrachtete deshalb den Fall als „milder schwer“. Die beiden Unteroffiziere wurden daher nur gelinde bestraft, obgleich ein Mißbrauch der Dienstgewalt für vorliegend erachtet wurde, sie erhielten je fünf Tage Arrest.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Aus Kiel wird einem Blatte vom Mittwoch gemeldet: Das Ober-Kriegsgericht der Division verurtheilte heute die Verurteilung des Oberleutnants zur See Blochhais, welcher am 12. November zu 8 Tagen Stubenarrest verurteilt worden war, weil er bei den Herbstmanövern ein Geheimbuch der Marine hätte liegen lassen, wodurch der Verlust desselben entstanden ist. Die Sitzung fand wegen Besorgnis einer Gefährdung der Staatssicherheit und militärischer Interessen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Die Verhandlungen des Marine-Kriegsgerichts finden nachgerade fast ausschließlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich Mittwoch der Kaiser Kasimir in Wien vor dem zweiten Straf-Kammer am Landgericht II in Wien zu verantworten. Die Kinder des Angeklagten arbeiteten in ihrer schulfreien Zeit bei dem Arbeiter Zehle in Friedrichsberg, der sich mit Diktierarbeiten befaßte. Ende Juli kam der Angeklagte eines Abends in die Zehlesche Werkstatt, um seine Kinder abzuholen. Er war stark betrunken und wollte in diesem Zustande der Frau Zehle gegenüber den Liebeswörterchen spielen. Die Frau wies ihn mit der Bemerkung ab, daß er ja nicht einmal Soldat gewesen sei. Darauf antwortete der Angeklagte mit Beleidigungen des Kaisers. Als der Angeklagte später seine Kinder aus der Zehleschen Werkstatt fortnahm, wurde er wegen der Majestätsbeleidigung denunziert. Der Gerichtshof nahm sinnlose Trunkenheit an und erkannte auf Freisprechung.

Ausland.

Deutlich-Ungarn.

Neue Schulfalter-Proteste. Der Wiener polnische Studentenverein „Dniwio“ veranstaltete eine Mißweiligkeit, deren Reinertrag für die Verurteilung des Gnesener Prozesses bestimmt wurde. Auswendig waren u. a. der Minister Biental, der Obmann des Polenklubs Jaworski, Vizepräsident Bilinski, der ehemalige Unterrichtsminister Geheimrat Madzyski, der Sektionschef Antojewski, sowie zahlreiche polnische Abgeordnete und höhere polnische Beamte aus den Ministerien. Jaworski eröffnete die Feier mit einer Ansprache. Für den 8. Dezember ist eine Protest-Versammlung der Wiener Polen gegen das Gnesener Urteil eubenannt.

Schweden.

Protest gegen den Boerentrieg. Im großen Saal des Volkshauses zu Stockholm fand am Sonntag eine außerordentlich zahlreich besuchte Volksversammlung statt, die nach einem Vortrage des Genossen Carlsson eine Resolution annahm, worin gegen die barbarische, das Völkerrecht verletzende Kriegsführung der Engländer protestiert wird.

Frankreich.

Jaures gegen den Chauvinismus. In der „Petite République“ polemisiert Jaures gegen das chauvinistische Programm Labors wie folgt: „In der Frage der Revanche, der Abrüstung, des Friedens, des ergänzenden Frankreichs weicht Labors vor den notwendigen und logischen Schlüssen zurück. Er schlägt internationale Verhandlungen zur allmählichen Verminderung der Heeresstärke vor. Er wagt aber nicht, völlig und endgültig auf jede Revanche-Idee, auf jede Wiederherstellung des Frankreich von 1869 mit Waffengewalt zu verzichten. Das ist ein Widerspruch. Wir können den Frieden nicht sichern und der Welt vorschlagen, wenn wir nicht ohne Vorbehalt, ohne Hintergedanken jede Idee der militärischen Revanche aufgeben. Wir Sozialisten sind für den vollständigen und endgültigen Frieden, die unerbittliche Vorbedingung der Abrüstung Europas.“

Ein Bündnis mit Deutschland schlägt in der Diensttagssitzung der französischen Kammer der Deputierten Massaban bei der Beratung des Kriegsbudgets vor.

Nach dem stenographischen Bericht sagte er: Obwohl ich nicht an eine Abrüstung glaube, wäre es nach der Haager Konferenz vielleicht doch gut, die Frage zu prüfen, welche Richtung unsere auswärtige Politik einschlägt. Ich stelle die Frage mit einiger Vorsicht; sie kann eine empfindliche Stelle bei uns berühren. Sie dürften eine englische Zeitschrift gelesen haben, die Frankreich zu einem Dreieck zu drängen sucht. Dieser Dreieck, wenn wir ihn schließen wollen, würde nur die Frage eines Bundes mit unserem überseeischen Nachbarn oder unserem Nachbarn jenseits der festländischen Grenze sein. Mit einem Wort: Wir haben uns zu entscheiden, ob wir die Politik des Empots oder derjenige Jules Ferry verfolgen wollen. Ich für meinen Teil ziehe die Politik Jules Ferrys, ein Bündnis mit Deutschland vor. Ich fürchte mich nicht, den Namen Deutschland auszusprechen. (Anhaltende Bewegung.) — Der England freundliche „Matin“ bemerkt hierzu: Wir bezweifeln ein wenig, daß Jules Ferry jemals ein Bündnis mit Deutschland anstrebt; aber ein ist gewiß, daß seit dem Jahre 1870 ein derartiges Wort zum erstenmal auf der Kammertribüne ausgesprochen wurde.

Zum Fall Hervé. Unter den Studenten ist eine Protest-Bewegung gegen die Maßregelung Hervés im Gange. Nachdem eine Gruppe der Schüler des Pariser Lyceums Protest erhoben, hat nunmehr auch die Gruppe der republikanischen Studenten von Dijon eine Resolution angenommen, in welcher sie gegen die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung hundert Jahre nach der Revolution Verwahrung einlegt.

Belgien.

Der Prozeß Planquaert. Vor dem Schwurgericht zu Brügge hat am 2. Dezember der Prozeß gegen Planquaert begonnen. Dieser flämische Schriftsteller gehört politisch zu der Gruppe der Christlich-Demokraten, die unter der Leitung des bekannten Abbé Daens steht. Er wird beschuldigt, zur Revolution aufzufordern zu haben. In seinem Blatt „Het Recht“ antwortete Planquaert auf einen Artikel von Ghome, der angeführt hatte, daß heute eine Revolution nicht möglich sei, da ein Tugend Soldaten, mit Konterrevolution bewaffnet, gestanden, um eine ganze Straße zu befeuern. Planquaert führte hiergegen an, daß es heute andere revolutionäre Mittel gäbe, die geeignet seien, Punkt unter den Herzkreuzen zu verbreiten und die Regierungen zur Knieflechts zu zwingen. Zu diesem Zweck brauche man nur alle Verkehrsmittel zu unterbrechen. Keine Kanone sei stark genug, um alle Eisenbahnen, Telegraphenlinien, Dampfgeschiffe zu überwachen und zu beschützen; auf der

anderen Seite sei für das Volk nichts leichter, als diese Verkehrsmittel zu unterbrechen. Im weiteren Verfolg seines Artikels entwickelt Planquaert einen ganzen Plan, wie etwa eine solche Revolution zu machen sei. Auf Grund dieses Artikels ist die Anklage wider Planquaert erhoben.

Russen.

Die Abreise des Hofes von Kaiserfu ist verschoben worden, da die Kaiserin-Witwe angeblich fürchte, daß in Peking Unruhen herrschen. Sie hat daher beschlossen, zunächst einen Bericht des Hofsekretärs Wang-wen-tschao über die Lage in der Hauptstadt abzuwarten.

Ueber die Ernennung des neuen chinesischen Thronfolgers wird aus Peking gemeldet: Die Ernennung von Putschun zum Thronfolger war das Ergebnis einer auf die Abfertigung des Kaisers Kwang-su gerichteten Verschwörung. (3) Das Komplott wäre beinahe gescheitert. Die Regierungsbeamten meinen, die Erhebung von Putschun werde große Intriguen zur Folge haben. — Quanschial ist hier am 3. Dezember angekommen und wurde mit großen militärischen Ehren empfangen.

Amerika.

Der Finanzbericht, welcher am Mittwoch dem Kongresse in Washington unterbreitet wird, umfaßt für dieses Jahr eine Summe von 899 816 330 Dollar, oder 29 721 000 Dollar mehr als im Vorjahre. Die Mehrausgaben in diesem Jahre betragen 22 255 600 Dollar.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission erklärte am Dienstagabend die Wahl des Abg. Dr. Hänel (s. d. B.) in Kiel einstimmig für gültig. Die Beweiserhebung hatte nicht ergeben, daß der Landrat Dr. H. die Ausweisung von nicht gehörig legitimierten Personen aus dem Wahllokal angeordnet hatte.

Dagegen wurde die Wahl des Abg. Stieg (nat.) in Graudenz für ungültig erklärt. Die in dem Protest der Polen aufgestellte Behauptung, daß bei einem Wahllokal nicht die gesetzlich vorgeschriebenen drei, sondern nur zwei Mitglieder des Wahlvorstandes am Wahllokal anwesend waren, wurde für festgesetzt erachtet. Ein Antrag, erst noch weitere Beweiserhebung zu veranstalten, wurde abgelehnt.

Die Wahl des Abg. v. Gersdorff (L.) in Paderborn wurde für gültig erklärt. Die Beschlußfassung über die Wahl des Abg. Grafmann (nat.) in Thorn wurde vertagt.

Eine Interpellation über die Wreschener Schulqualitäten wird von der polnischen Reichstagsfraktion vorbereitet.

Der Boeren-Krieg.

Als freche Boeren-Verleumdung

Stellt sich jetzt die derzeitige englische Nachricht heraus, daß die Boeren zur Vergeltung der Standrechtsmorde Ritheers zwei gefangene englische Soldaten erschossen hätten. So begreiflich auch ein derartiger Mordakt gewesen wäre, so bleibt es nichtsdessenungeachtet eine perfide englische Verleumdung, den Boeren die Erziehung zweier englischer Soldaten nachzuliegen, die im Gefecht gefallen sind. Die Absicht dieses „Wahrheitsbundes“ kann nur die gewesen sein, die chauvinistische Boerenhaye in England zu verschärfen.

Der betreffende Widerruf vollzog sich folgendermaßen: Mit Bezug auf die Meldung des Oberkommandierenden in Kapstadt vom 28. November, daß 20 u. 6 zwei englische Soldaten, die gefangen genommen waren, habe erschossen lassen, ist beim Kriegsamte ein amtliches Telegramm eingegangen, in welchem es heißt: „Kouche habe brieflich erklärt, daß zwei Mann der Compagnie Mangers „erschossen“, nicht aber „gefangen genommen und erschossen“ worden seien. Der Sekretär des Kriegsamtes hat darauf an den Oberkommandierenden in Kapstadt folgendes Telegramm gerichtet: „Unter Bezugnahme auf Ihr Telegramm vom 2. d. M. soll der die Compagnie Mangers befehligende Offizier ermahnt werden, größere Sorgfalt bei seinen Meldungen zu beobachten. Behauptungen über schlechte Handhabungsweise der Boeren, welche nicht vollkommen bewiesen sind, sind sehr zu mißbilligen.“

Louis Botha

befindet sich nach einem Reuters-Telegramm aus Pretoria in Kapstadt bei dem Christ-See mit den Mitgliedern der Boerenregierung und 1800 Mann. Gefangene Boeren (?) sagen, Botha wolle weiter kämpfen, aber seine Leute seien dem Kampfe abgeneigt. (?)

Flucht gefangener Boeren.

„Daily Mail“ meldet aus Bermuda, eine große Anzahl von Boeren seien entflohen. Die Behörden haben eine Prämie von 3 Pf. Sterl. für das Eindringen eines jeden Entlaufenen festgesetzt. Es scheint, daß die Boeren von der Bevölkerung der Insel unterstützt werden. Ein Mitglied des Parlaments dieser Insel soll sich durch boerenfreundliche Reden besonders bemerkbar machen.

Brüssel, 4. Dezember. Wessels, Wolmarans, Grobler und de Brugne sind in Brüssel eingetroffen, um mit Dr. Leyds und Fischer zu beraten. „Welt Neu“ behauptet versichern zu können, daß es sich bei dieser Beratung nicht um England zu machende Friedensvorschläge handle. Die Boerenführer in Europa kamen von Zeit zu Zeit zusammen, um über die Lage zu beraten, und eine solche Zusammenkunft habe auch gestern Abend stattgefunden; irgend welche Aenderung der Lage sei nicht eingetreten.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Eine reich illustrierte Weihnachtszeitung kündigt die Buchhandlung Vorwärts an, deren agitatorischer Zweck schon aus dem Titel „Arbeitslos“ ersichtlich ist und dem auch der Text gerecht zu werden versucht, u. a. durch eine besonders wirksame dramatische Skizze „Des Arbeitslosen Weihnacht“. Ihren Charakter erhält die Weihnachtszeitung durch ihre Illustrationen, hauptsächlich von französischen Künstlern, die den Beweis erbringen, daß man ein großer Künstler und zugleich Tendenzzeichner sein kann. **Steuern und Rechte Hoffmann.** N. Vogels „Ernittert“, die in der Pariser satirischen Wochenchrift „Die Wutterschiffel“ erschienen, sowie **Hofarets** Titelbild, aus dem sozialistisch empfundenen, die Heuschrecke des heutigen Christentums gezeichneten Prachtwerk: „Reflexionen aus dem Kaleidroskop“ entnommen, werden neben zwei Damierschen Satiren auf die bürgerliche Wohlthätigkeit überall Verkauf finden. Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Neuhofstr. 2, ersucht um umgehende Aufgabe der Vorkosten, damit der Versand in dem überlasteten Weihnachtsverkehr keine Verzögerung erleidet.

Gemeindevahlen in Offen. In Alzeu „steigte“, wie wir in der „Rheinischer Volkszeitung“ lesen, die von den vereinigten Bürgern aller Parteien“ aufgestellte Liste, so daß gewählt wurden 2 Nationalliberale, 1 Ultramontaner, 1 Freisinniger und 1 Sozialdemokrat. In Mainz gehen bekanntlich die vier liberalen Parteien“ gemeinschaftlich in den Wahlkampf gegen die Ultramontanen und in Verfolg dieses Kompromisses bringt nun auch die „Rheinischer Volkszeitung“ einen Artikel gegen die Ultramontanen, worin diesen alle ihre Sünden auch in der allgemeinen Politik vorgehalten werden. Für das Zusammengehen mit den Ultramontanen in Alzeu ist das nicht gerade erbaulich. In Darmstadt wiederum, wo bekanntlich 2 Sozialdemokraten gewählt wurden, gingen alle Parteien,

einschließlich der Sozialdemokraten, gegen die Nationalliberalen in die Wahl. Auf dem sozialdemokratischen Zettel standen neben 9 Sozialdemokraten 10 Gegner. Die 2 Parteigenossen wurden nur gewählt, weil sie auch auf dem Zettel der „Allg. Bürgervereinigungs“ standen.

Von den „vier liberalen Parteien“ in Mainz war übrigens die demokratische durchs genügt, auch mit den Ultramontanen zusammenzugehen, sie ließ sich aber durch den Einspruch der Sozialdemokraten davon abbringen.

Man kann ja aus der Ferne nicht so leicht über Gemeindevahlverhältnisse aburteilen, aber einen erhebenden Eindruck macht dieses Stuhlumdel auf Sozialdemokraten, die auch Gemeindevahlen von höheren Gesichtspunkten betrachten, keineswegs.

Bei den Gemeindevahlen in Penig (Sachsen) wurden zum erstenmal zwei Parteigenossen ins Stadtvorordneten-Kollegium gewählt.

Parteipresse. Die Lütticher Partei-Organisation giebt jetzt neben ihrem Organ, das in französischer Sprache erscheint, auch ein Blatt in flämischer Sprache heraus. Das Blatt soll unter den flämischen Arbeitern, die in der Provinz wohnen oder arbeiten, ferner auch in der Provinz Limburg verbreitet werden.

Sociales.

Die Lage der Steinarbeiter ist, wie wir schon wiederholt hier schilderten, eine derartig schlimme, daß ungeklärt seitens der Gesehggebung eingeschritten werden muß, um die überaus zahlreichen Opfer an Krankheit und Sterblichkeit einzuschränken. Wie aus einer von H. Wenzig in Nr. 48 des „Steinarbeiter“ vom 20. November d. J. veröffentlichten, sehr eingehenden und klar gegliederten Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter von Birna und Umgegend hervorgeht, ist die Krankheitsziffer der dortigen Steinarbeiter in letzter Zeit bedeutend gestiegen. Von 237 Steinarbeitern, die sich an der Statistik beteiligten, waren 55 = 23,2 Proz. zusammen 3815 Tage erwerbsunfähig krank, so daß im Durchschnitt die Erwerbsunfähigkeit eines Erkrankten 69,4 Tage betrug, 1898 dagegen nur 32, 1897 50, 1896 41 Tage. Im Jahre 1900/01 entfiel wie stets die größte Zahl der Erkrankungen (86,4 Prozent) und der durchschnittlichen Krankheitsstage (117,5) auf Erkrankungen der Lunge und Atmungsorgane, 23,6 Proz. der Erkrankten mit durchschnittlich 46 Krankheitsstagen lamen auf Rheumatismus und Erkältungskrankheiten, 16,4 Proz. der Erkrankten mit durchschnittlich 33,9 Krankheitsstagen auf Verletzungen im Beruf.

Das Durchschnittsalter der Birnaer Steinarbeiter betrug 39,6 Jahre. Die Todesfälle im Jahre 1900/01 wurden ausschließlich durch Lungenschwindsucht veranlaßt und zwar fielen ihr 14, das sind 5,6 Proz. der Steinarbeiter zum Opfer. Von den Verstorbenen war 1 bis 30 Jahre alt geworden, 4 bis 35 Jahre, 3 bis 40, 3 bis 45, 1 bis 50 und 2 bis 55!

Dabei beträgt im Birnaer Revier die Arbeitszeit im Sommer 7 1/2, im Winter 8 1/2, also im Durchschnitt acht Stunden, Sonnabend nur sieben Stunden, während die Konvention im Reichsamt des Innern, die wir in Nr. 281 des „Vorwärts“ vom 1. d. Mts. besprachen, sich nur zur Befürwortung einer neunstündigen Arbeitszeit für Steinhauer und gehilfsständigen für Steinbrucharbeiter entzweigen konnte!

Daß der Arbeitslohn um so niedriger, je länger die Arbeitszeit ist, geht ebenfalls aus jener Statistik hervor. 1894 und 1895 betrug die Arbeitszeit 50 Stunden, der Stundenlohn 35,22 und 35,90 Pf. Seitdem wurde die Arbeitszeit auf 47 Stunden vergrößert, der Stundenlohn stieg dabei 1896 auf 45,34 Pf., 1897 auf 47,06 Pf., 1898 auf 47,98 Pf. Ueber die Jahre 1899 und 1900 sind leider keine Aufzeichnungen vorhanden. Im Jahre 1900/01 blieb zwar die Arbeitszeit auf 47 Stunden normiert, der Stundenlohn aber sank auf 38,38 Pf. und zwar infolge der Zunahme der Arbeitslosigkeit! Trotzdem die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten steigen, ist der Lohn auf vier Fünftel des Verdienstes vom Jahre 1898 zurückgegangen und die Zahl der niedrigst bezahlten Steinarbeiter mit einem Einkommen von unter 700 M. hat sich im Verhältnis zu früheren Jahren mehr als verdreifacht! Der Jahresdurchschnittsverdienst betrug 1900/01 833 M. 41 Pf., oder pro Woche 18 M. 8 Pf.

Die Arbeitslosigkeit war seit vielen Jahren nicht so groß wie im Jahre 1900/01. Von den 287 an der Statistik beteiligten Steinarbeitern waren 218 = 89,9 Prozent zusammen 14 890 Arbeitstage arbeitslos, also jeder dieser Steinarbeiter durchschnittlich 62,9 Tagel! Im Jahre 1894 kamen auf jeden Arbeitlosen durchschnittlich nur 45, 1895: 40, 1896: 47,5, 1897: 38, 1898: 29 arbeitslose Tage. Dabei ist im Jahre 1900/01 über ein Viertel der Steinarbeiter länger als 90 Tage arbeitslos gewesen!

Uebrigens sind die Arbeitsverhältnisse der Steinmehnen in Berlin noch weniger günstig als in dem Artikel des „Vorwärts“ vom 1. d. M. angegeben wurde. Dort war gesagt, daß in Berlin bei der Steinmeh-Zinnung kein Lehrling beschäftigt sei, dieselben Zinnungsmeister aber auch an anderen Orten Geschäfte haben und dort zahlreiche Lehrlinge und sogar in Accord beschäftigten. Thatsächlich aber beschäftigt die Berliner Steinmeh-Zinnung gegenwärtig an 50 Lehrlinge, bis zum Jahre 1896 hatten einzelne Zinnungsmeister bis 20 Lehrlinge! In diesem Frühjahr mußten auch in Berlin einige Lehrlinge in Accord arbeiten, was auch der Obermeister der Zinnung E. Dittmar tadelte, so daß jetzt zwar 60 Lehrlinge in Berlin beschäftigt werden, aber nicht im Accord, während außerdem auch für die Lehrlinge noch die Accordarbeit üblich ist.

Bemerk sei noch, daß bei der Centralstelle des Verbandes der Steinarbeiter in diesem Jahre bis zum 20. November nicht, wie infolge eines Druckfehlers in jenem Artikel berichtet wurde, 103, sondern 143 Todesfälle angemeldet wurden, davon 123 an Lungenschwindsucht!

Nun wird endlich Graf Kosadowitz samt dem Bundesrat bei ihrem eifrigen Schutze der Arbeiter auch nach etwas Zeit für den Schutz der Steinarbeiter finden! —

Aus Industrie und Handel.

Die Berliner Arbeitsnachweis-Statistik ergibt für den Monat Oktober nach einer Zusammenstellung des Centralvereins für Arbeitsnachweis abermals eine Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes gegen den Monat September. Von den 82 Arbeitsnachweisen in Berlin, die statistische Angaben einsonden, wird berichtet, daß sich im Monat Oktober 22 177 Personen als arbeitslos meldeten gegen 16 768 im gleichen Monat des Vorjahres und 1907 im Monat September. Auf 100 offene Stellen kamen im Monat Oktober 100, im Vorjahre 121 und 130 im September dieses Jahres. Ueber die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Berufen lagen folgende Mitteilungen vor: Der Deutsche Gärtnerverein berichtet, daß infolge der beginnenden Saison bei den Landschaftsgärtnern keine Arbeitslosigkeit mehr bestehe. In der Metallbranche ist wegen der Weihnachtsaufträge eine kleine Besserung eingetreten, sonst ist die Lage flau. Von den Porzellanarbeitern wird gemeldet, daß viele wegen Mangel an Arbeit ihre Entlassung erhalten haben. Die Buchbinder verzeichnen 800 Arbeitslose. Der Holzarbeiter-Verband zählte 3200 Arbeitslose. Bei den Vergoldern ist die Geschäftslage eine sehr schlechte, begünstigen bei Möbelpolierern, während bei den Musikinstrumentenarbeitern sich der Arbeitsmarkt etwas günstiger gestaltet. Bei den Konditoren ist es trotz der Saison noch flau. Von Wäcker, Bräuern und Fleischern wurden 5000 Arbeitslose gemeldet. Die Tabakarbeiter meldeten sehr flauen Geschäftslage, dagegen haben die Zigarettensarbeiter eine günstige Position. Bei der Maßbranche der Herrenschneider und bei den Militärschneidern ist die Lage etwas besser, in der Damenkonfektion dagegen ein Stillstand eingetreten. Bei den

Handschuhmachern ist die Saison, daher die Nachfrage etwas lebhafter, bei den Hutmachern ist die Damenhut-
saison beendet. Die Barbier hatten eine schlechte Nach-
frage nach Arbeitskräften zu verzeichnen. Aus der
Baubranche wurden 2500 arbeitslose Personen gemeldet,
doch war am Schlusse des Monats bei Maurern und Putzern die
Lage günstiger geworden. Von den Photographen wird die
Lage als leidlich wegen der Weihnachtsaufträge bezeichnet, im
übrigen wird ständiger Niedergang gemeldet. Im Buchdruck-
gewerbe waren 800 arbeitslose gemeldet, die Nachfrage war
äußerst gering. Von den Kaufleuten wird die Vermittlung als
andauernd ungenügend geschildert. Die Handels- und Trans-
portarbeiter geben 1800 arbeitslos an. Zu Anfang des Monats
wurden Arbeitskräfte begehrter, später ist die Nachfrage rapid gesunken. Die
Gastwirtschaften melden, daß ihr Arbeitsnachweis mit
Arbeitslosen überfüllt war.

Die christliche Arbeitervereine berichten gleichfalls über
eine sehr mäßige Lage des Arbeitsmarktes, die Bureauräume reichen
nicht aus, um die Zahl der Arbeitslosen zu fassen. Überall daselbe
krisenartige Bild einer Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, ohne Aussicht
auf eine Besserung, leider ist nach Weihnachten noch eine Ver-
schlimmerung des Zustandes zu erwarten.

Spekulationen im Bergbau. Im Siegerländer Erzbergbau
haben die letzten Jahre der Hochkonjunktur zu den wahnwitzigsten
Spekulationen angeregt. Die Bergwerke, namentlich solche, die Blei-
oder Zinkerze fördern, sind zu hohen Preisen erworben, obwohl
jeder Kenner der Verhältnisse wußte, daß ihr Betrieb ertraglos
bleiben mußte. Trotzdem sind die Augen solcher Gesellschaften bald
um das Doppelte des Einkaufspreises in die Höhe gegangen. Die
Warnungen der Presse halfen nichts, in wildem Taumel ging es
weiter. Mittlerweile ist die Katastrophe eingetreten.

Die berechnete die Warnung war, hat die jüngste Zeit geleht.
Von den dabei in Frage kommenden Gruben, deren kurze nach dieser
Zeit teilweise noch um 100 Proz. in ihrem, an der Düsseldorf Börse
festgesetzten Preise stiegen, ist inzwischen eine nach der anderen
entweder im Wert fast auf den Nullpunkt gesunken, still gelegt
worden, oder gar in Konkurs geraten. Wie die „Köln. Volks-Ztg.“
mitteilt haben viele Leute dabei ihr Vermögen, oft die Erbschaften
des ganzen Lebens, zum großen Teil oder gänzlich eingebüßt. Eine
auf diesem Gebiete sehr bekannte Persönlichkeit, welche zeitweilig
über Millionen verfügte, hat soeben auch den Konkurs anmelden
müssen. Was in der Preissteigerung solcher Augen geleistet wurde,
überstieg zuweilen alle Grenzen. Die Aktien von Widdberg z. B.
standen zur Zeit auf etwa 8000 M., wurden dann auf 2500 M.
getrieben, stehen aber heute weit niedriger, als damals. Noch
schlimmer ist es im Verhältnis mit andern Erzgruben, die eine un-
gewöhnliche Höhe zwar nicht erreichten, aber auch mit
mehreren Tausend Mark bezahlt wurden und heute un-
geschätzbar wertlos sind. Wir nennen zum Beispiel Nieder-
pfeilsbach, Neu Hoffnung, Landkrone, Kahlenberger Zug,
Eisener Union usw. Die Gewerkschaft der letzteren Grube, welche
Eisensteinbergbau betrieb, während bei den vorgenannten haupt-
sächlich Bleierz in Frage kam, hat kürzlich die beantragte Bewilligung
einer Jubilee von 400 000 M. abgelehnt und die Einstellung des
Betriebes beschlossen.

Diese Maßnahme trifft gerade jetzt auch sehr schwer die zur
Entlassung kommenden Arbeiter, welche vor dem zum Teil — an-
geloht durch höhere Arbeitslöhne — eine gute Arbeitsstelle verlassen
haben und nun schwer wieder anderweitig eine ähnliche Beschäftigung
finden werden, weil die in Förderung stehenden Gruben eher zu viel,
als zu wenig Arbeiter haben.

**Die Generalversammlung der Schiff- und Maschinenbau-
Aktiengesellschaft Germania** genehmigte die Ausgabe von
20 000 000 M. 4 Proz. zu 102 Proz. rückzahlbaren hypothekarisch
einzutragenden Teilschuldverschreibungen, unter selbstschuldnerischer
Bürgschaft der Firma Friedrich Krupp in Essen, von denen noch im
Laufe dieses Monats zunächst ein Teilbetrag von 10 000 000 M.
durch ein Bankkonkordatium zur Zeichnung aufgelegt werden soll.

Wie schon mitgeteilt, soll die Aufnahme dieser Gelder zur Er-
weiterung des Betriebes, im besonderen zur Reuanlage eines Docks
verwandt werden.

Die Adler-Fahrradwerke in Frankfurt a. M. haben in ihrer
Betriebswerkstätte folgende Bekanntmachung angeschlagen: „Durch
die ungünstigen Zeitverhältnisse sind wir zur Vermeidung von
Arbeitsentlassungen gezwungen, um mit unsrer Konkurrenz Schritt
halten und unsre Fabrikate absetzen zu können, vom Montag,
den 2. Dezember d. J., an unsre Tage- sowie Accordlöhne je nach
Lage um 10—15 Prozent herabzusetzen. Adler-Fahrradwerke vorm.
Gebr. Meyer.“

Das Eindringen der Krise in den Schiffbau beginnt bereits
größeren Umfang anzunehmen. Die Schiffswerft „Krupp“
in Rostock, deren Verwaltung erst jüngst günstige Mitteilungen
über die Lage der Gesellschaft verbreitete, hat dem Vorstande des
Bauarbeiter-Vereines die Mitteilung zugehen lassen, sie stände
vor der Notwendigkeit, mit dem 1. April entweder eine Lohnberab-
setzung oder Verminderung des Arbeiterpersonals um 400 bis
600 Mann eintreten zu lassen. Die Direktion sei zu diesem Vor-
gehen gezwungen, weil es nicht möglich sei, unter Berücksichtigung
der jetzt gezahlten Löhne neue Schiffbauaufträge in so hinreichendem
Umfange zu erwerben, um das jetzige Arbeiterpersonal dauernd zu
beschäftigen.

Ueber die Auslieferung des verhafteten Gerhard Ter Linden
ist am Dienstag vor dem höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten
verhandelt worden. Ter Lindens Verteidiger behauptet, daß kein
Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten
Staaten bestehe und der bezügliche Vertrag mit Preußen, auf Grund
dessen dem Antrage auf Auslieferung stattgegeben worden war, nach
Wiederherstellung des Deutschen Reiches hinfällig geworden sei. Die
Entscheidung über diese Rechtsfrage, welche bei ihrer prinzipiellen
Bedeutung ein lebhaftes Interesse erweckt, wird im Januar d. J.
erfolgen.

Der Student Fischer.

Aus den Mitteilungen im gestrigen Gerichtsbericht kennen unsre
Leser den Nordprozeß, der sich dieser Tage in Göttingen ab-
spielt hat.

Der 24jährige Student der Rechte, Hans Fischer aus Berlin,
der während der Pfingstferien in Eisenach seine Geliebte Martha
Amberg ermordete, ist gestern von dem Schwurgericht zu
10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Die Gerichtsverhandlungen haben ergeben, daß man es in
Fischer ohne Zweifel mit einem geistig anormalen Menschen
zu thun hatte, und daher wird das Urteil, das offenbar Totschlag
als Thatbestand annahm, allgemein Bestehen erregen.

Fischer, der Sohn eines Bürgermeisters, erklärte vor Gericht,
daß er sich schon als Lertianer von Nietzsche und Schopenhauer
s pessimistisch Weltanschauung angezogen gefühlt habe.

Präs.: Wie kamen Sie dazu, als Gymnasiast bereits, in so
unreifem Alter, schon Philosophie zu treiben? — Angekl.: Ich
bin durch meine Naturanlage dazu gekommen. — Präs.: Wie
meinen Sie das? — Angekl.: Ich bin von Natur aus häßlich,
habe ein abstoßendes Wesen an mir und mußte die Er-
sahrung machen, daß meine Mitschüler und auch einige Lehrer
mich deshalb oder auch aus andern Gründen in abstoßender
Weise behandelten. — Präs.: Was wollten Sie denn für einen
Naturfehler an sich haben? — Angekl.: Ich habe keinen normalen
Kopf, sondern einen unheimlichen. — Präs.: Und aus diesem Grunde
warfen Sie sich auf die Philosophie? — Angekl.: Ja. Ich fühlte,
daß man mich nicht leiden konnte, und da habe ich mich von selbst
zurückgezogen. Es hat sich allmählich eine allgemeine Menschen-
verachtung bei mir ausgebildet. — Präs.: Was haben Sie nun
gelesen? — Angekl.: Nietzsche und Schopenhauer. — Präs.:
Wie kamen Sie gerade auf diese beiden Philosophen?

Angell: Ein mir bekannter Postsekretär hatte mich auf sie
aufmerksam gemacht. — Präs.: Sie waren damals erst Ober-
Lertianer? — Angekl.: Ja. — Präs.: Hätten Sie damals
nicht besser gethan, Casars „Bellum Gallicum“ und die Geschichte
der Griechen zu lesen, als das Werk eines Menschen, der im Wah-
sinn geendet ist? — Der Angeklagte schweigt.

Weiter kommt zur Sprache, daß der Angeklagte in Jena als
Student 200—300 M. Schulden gemacht, jedoch später in Berlin
sehr fleißig studiert hat. Sein körperlicher Zustand sei durch vieles
Rauchen und das Hungern, das er sich auferlegte, damals sehr
geschwächt gewesen. — Präs.: Nicht auch durch Umgang mit dem
weiblichen Geschlecht? — Angekl.: Nein, davon hatte ich einen
Abscheu bekommen, nachdem ich das Treiben auf den Berliner Straßen
kennen gelernt hatte.

Ueber seine Liebe teilt der Angeklagte mit, daß das Verhältnis
zur Amberg ein rein ideales gewesen sei. Die Mutter der
Angeklagten ist eine Toterfrau. Ein Brief, den er
in Berlin erhalten habe, hätte die Mitteilung enthalten, daß seine
Geliebte mit Schülern und Fortsetzern in intimen Verkehr pflege,
und diese Nachricht hätte ihn zu dem Entschluß gebracht, nach Jena
zu reisen und dort das Mädchen zur Rede zu stellen. Die That
wird dann vom Angeklagten so geschildert, wie wir es gestern dar-
gestellt haben. Der Präsident macht den Angeklagten weiter darauf
aufmerksam, daß, wie die Beichtprotokolle ergeben habe,
das Mädchen bei ihrem Tode schon desorientiert war; ferner
versichert darauf nochmals, daß dies nicht seine Schuld gewesen sei.

Den Schluß der Vernehmung des Angeklagten bildete eine ein-
gehende Erörterung seines schwibigen Aufenthalts in der
psychiatrischen Klinik in Jena, wo der Angeklagte auf
seinem Geisteszustand hin beobachtet wurde. Auch kam es zur Sprache,
daß Fischer im Amtsgerichtsgefängnis von Eisenach einen Selbst-
mordversuch gemacht hat, indem er ein Fenster in seiner Zelle
zertrümmerte und die Splitter, in Brotstücke ein-
gewickelt, verschluckte. Der Angeklagte war zuletzt ganz apathisch
geworden und gab nur noch auf ganz dringende Vorstellungen hin
kurze, brüske Antworten.

Der Vater des Angeklagten teilt mit, daß sein Sohn
ein schwächliches Kind gewesen sei und an Krämpfen gelitten habe.
In seinen Gesprächen und Äußerungen habe er merkwürdige An-
sichten kundgegeben. U. a. habe er einmal beim Mittagessen von
seinem Berliner Erlebnis erzählt und dabei erwähnt, daß
er dem Mordprozeß Goetzky und dem Sternberg-
Prozeß beigewohnt habe, über die später Professor Franz
v. Liszt eine Vorlesung gehalten habe. In dieser Vorlesung
habe Prof. v. Liszt ausgeführt — nach der Behauptung des
Angeklagten, — daß jeder Mensch zum Verbrecher geboren sei und
daß es nur der Erziehung, den Lebensgewohnheiten des Menschen
zuzuschreiben sei, wenn diese seine Verbrechensart nicht einmal
zum Durchbruch komme. Diese Anschauung habe sich der Angeklagte
vollständig zu eigen gemacht und er sei nicht mehr davon abzubringen
gewesen. — Präs.: Sollte das nicht eine Frucht von dem Vorname
der Erkenntnis eines Nietzsche oder Schopenhauer sein?
— Zeuge: Das kann sein. Er erzählte auch, daß sich in
Berlin ein Paarmesser von einem Gerüst gestürzt habe,
um seine Anhängerschaft an Reichsches Leben zu dok-
umentieren. Der Mann habe sich zu diesem Zweck ein
Werk Reichsches in die Tasche gesteckt. Diese That habe der An-
geklagte als eine wahrhaft ideale bezeichnet. Präs.: Hatten Sie
denn keine Kenntnis von der Letztüre Ihres Sohnes? — Zeuge:
Nein, keine Ahnung. Ich würde sie ihm wohl sonst energisch unter-
sagt haben. Ging doch sein Fanatismus schließlich so weit, daß
er seine Abneigung gegen das weibliche Geschlecht bis auf seine eigene
Schwester ausdehnte. — Präs.: Fährten Sie diese Abneigung
nicht darauf zurück, daß der Angeklagte vielleicht einmal mit einem
Frauenzimmer trübe Erfahrungen gemacht habe? — Zeuge: Nein.
Ich konnte das nur als eine Folge seiner Schopenhauer-Lektüre
ansehen.

Wichtigere Züge weist die Vernehmung der Mutter der
ermordeten Amberg auf.

Präs.: Sie haben den Angeklagten sogar eine Photographie
Ihrer Tochter ins Gefängnis geschickt? — Zeugin: Ja, weil er
mir so lieb that und weil er sie doch so lieb hatte. — Präs.: Sie
sind die Mutter der Ermordeten. Wer stand Ihrem Herzen denn
näher, die Tochter, oder ihr Mörder? — Zeugin: Das ist schon
richtig. Aber weil er sie so sehr geliebt hat und weil er doch so
seiden mußte, habe ich ihm ihre Bild geschickt. — Präs.: Und Ihre
Tochter? — Zeugin: Die war ja gut aufgehoben bei
denen da oben. Präs.: Haben Sie wirklich diesen merkwürdigen
Schritt nur aus aufrichtigem Mitleid mit dem Angeklagten gethan,
oder etwa deshalb, weil Sie sich als die Mutter einer Ermordeten,
als die berühmte Frau von Eisenach fühlten? Zeugin: (weinend).
Wie können Sie nur so etwas denken? Der Schumann, welcher
am Nordtore die Waage hatte, befand, daß Fischer in das Nacht-
gebäude gekommen und im Hülstertone gesagt habe: Ich stelle mich
hiermit, ich habe meine Braut erschossen! Dann sei er über einen
Tisch gefallen und habe geweint. Der Polizeiwachtmeister, welcher
die Verhaftung mit dem Angeklagten beauftragt, schildert diese sehr ab-
gelesen und befand, daß der Angeklagte auch ihm gegenüber
seine düstere Verschlossenheit bewahrt habe.

Mitschüler des Angeklagten bezeugten, daß er auf dem
Gymnasium als erstes philosophisches Licht gegolten und über
Nietzsche und Schopenhauer Vorträge gehalten habe, die von niemand
verstanden worden seien.

Alle diese Charakterzüge deuten wohl darauf hin, daß Fischer
in eine Anstalt für Geistesranke und nicht ins Zuchthaus gehört.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der erste Kongreß der Fleischergesellen Deutschlands findet
Ostern 1902 in Berlin statt. Durch die Eindrücke desselben
soll den organisierten Fleischergesellen aller Richtungen Gelegenheit
gegeben werden, sich über die Lage der Fleischergesellen an den
einzelnen Orten, über die Abhilfe von Mängeln im Gewerbe und
über die Organisations- resp. Verschmelzungsfrage zu verständigen.
Im Anschluß an den Kongreß findet dann der erste Verbands-
tag des Central-Verbandes der Fleischer und
Berufsgenossen Deutschlands und zwar gleichfalls in
Berlin statt. Derselbe wird sich natürlich den Kongreßbeschlüssen
anpassen und die bessere Ausgestaltung der Organisation beraten.

Der Fachverein der Tischler Berlin und Umgegend er-
kaufte schon seiner Zeit, als die Kötzner-Kommission ins Leben
gerufen wurde, diese nicht für kompetent an. Der Verein verurteilt
ganz entschieden die Unterhandlungen, die jetzt stattfinden; denn für
die Arbeiter kann etwas Erpriechliches dabei nicht erzielt werden.
Sollten durch die jetzigen Verhandlungen der Kötzner-Kommission
Differenzen entstehen und Mitglieder des Fachvereins angesperrt
werden, so haben sich dieselben nach den Vorstandbeschlüssen, die in
der Nummer der Einigkeit vom 26. Oktober d. J. veröffentlicht sind,
zu richten. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Drei Streikführer vom Töpferstreik bei Gebr. Reif in
Ramenz standen dieser Tage vor dem Schöffengericht in Raka u.
Alle drei waren am Streik nicht beteiligt. Der Anklage lag
folgender Thatbestand zu Grunde: Am Sonntag, den 2. Juni dieses
Jahres führten die Osenlöcher M. und G. aus Ramenz nach
Alt-Dobbern, um dort ihren Kollegen K. zu besuchen. Alle
drei besuchten dann gemeinschaftlich einen gewissen Kiehling,
den Vater des in Ramenz während des Streiks be-
schäftigten Osenlöcher Wilhelm Kiehling, der zu derselben
Zeit bei seinen Eltern zum Besuch anwesend war. Sie sollen
nun alle drei gemeinsam den Kiehling jun. durch Reden: „Wir werden
dafür sorgen, daß Du in einer größeren Fabrik keine Arbeit mehr
erhältst, jeder anständige Mensch möchte Dir ins Gesicht spucken, und
am eigenen Leibe wirst Du es noch verspüren“ usw. — bedroht und

dadurch verurteilt haben, ihn zu veranlassen, an dem Streik teilzu-
nehmen. (Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.) Als
Zeugen war anwesend: Kiehling jun. Kiehling jun. war in Bayern
eidlich vernommen worden. Die Angeklagten bestreiten ganz entschieden,
sich in der Weise, wie Kiehling jun. angegeben, zu ihm genähert zu
haben. Im Gegenteil erklärt K., wörtlich zu ihm gesagt zu haben:
„Er solle nur ruhig weiter arbeiten, Streikbrecher fügen ja doch
nichts weiter heraus.“ Der Amtsanwalt beantragte eine Strafe
von fünf Tagen Gefängnis für jeden der Angeklagten.
Trotz glänzender Verteidigung durch Herrn Rechtsanwalt Kenschke
aus Rottbus erkannte das Gericht dem Antrage gemäß.

Der Steinfachere Schulz in Stettin hat sämtliche bei ihm
bisher beschäftigt gewesenen organisierten Kammer entlassen, indem er
erklärte, mit dem Verbands nichts mehr zu thun haben zu wollen.
Mit den unorganisierten Leuten, die Herr Schulz, dann an die Kammer
gestellt hat, haben die ebenfalls dem Verbands angehörigen Stein-
facher jedoch nur einen Tag lang zusammengearbeitet und dann eben-
falls die Arbeit niedergelegt. Herr Schulz hat es sich zur Aufgabe
gemacht, dafür zu sorgen, daß überhaupt kein Verbandskammer mehr
in Stettin beschäftigt wird. — Zugung ist fernzuhalten.

Die Steinfachergesellen Breslaus haben beschlossen, der
Steinfacher (Zwangs-) Innung dortselbst einen neuen Tarifvorschlag
zu unterbreiten, welcher vom April 1902 bis April 1904 gültig
sein soll.

**Die Handels- und Gewerbetammer Plauen und die
Textilarbeiter-Bewegung in Reichenbach.** Von sozialpolitischer
Interessensicht sondergleichen zeugt ein Beschluß der letzten Sitzung
der Handels- und Gewerbetammer in Plauen, betreffend die Forde-
rungen der Reichenbacher Textilarbeiter an die Pringwale. Am 22. August
hat nämlich der Vorsitzende der Lohnkommission der Reichenbacher Textil-
arbeiter die Kammer um ihre Vermittlung bei der bevorstehenden
Lohnbewegung. Begründet wurde dieses Gesuch damit, daß in
Reichenbach kein Gewerbegericht bestehe, mithin auch kein
solches als Einigungsamt anzusetzen werden könne. Man sollte
nun meinen, die Kammer hätte soviel Interesse an der Frage ge-
habt, daß sie wenigstens den Versuch einer Vermittlung ein-
geleitet hätte. Statt dessen wurde das Gesuch rundweg abgelehnt
und der Antragsteller auf das Gewerbegericht verwiesen, dessen Ent-
scheidung ja auf Grund des neuen Gesetzes in abschbarer Zeit in
Reichenbach — zu erwarten sei!

**Das Proportional-Wahlrecht für die Gewerbegerichts-
wahl** fordern der evangelische und der katholische Arbeiterverein in
Heilbronn. Wo die „Christlichen“ in der Mehrheit sind, fordern
sie allerdings ein Verhältnis-Wahlrecht nicht; es kann und aber
nur recht sein, wenn sie durch Forderung desselben an Orten, wo es
ihnen Vorteil bringt, das Vorurteil gegen den „Proporz“ zerlösen
helfen. Sache der freien Gewerkschaften ist es nun, auch dort das
Proportional-Wahlrecht zu verlangen, wo etwa die Kandidaten
derselben bisher von den „Christlichen“ Gegnern überstimmt wurden.

Ausland.

Dreihig Gutarbeiter in Larnow (Galizien) sind in den
Streik getreten. Die vereinigten Hutmachermesser entlassen fünf
Hutmacher und kündigten einen wöchentlichen Abzug von 2 fl. als
Sicherstellung, daß vor Pfingsten nächsten Jahres keine Forderungen
gestellt werden, an. Diese Maßnahmen trieben die Larnower Gut-
arbeiter in den Streik.

Ein juristisches Bureau wird seitens der Württemberger Gewerks-
chaften errichtet. Dieses Bureau soll den Gewerkschaften beziehentlich
den einzelnen Mitgliedern derselben mit juristischem Rat zur Seite
stehen in Prozessen, die mit gewerkschaftlichen Interessen zusammen-
hängen. Auch bei Unfällen oder gewerblichen Streitigkeiten steht
das Bureau den Arbeitern zur Seite; seine Funktionen sind also in
allgemeinen dieselben wie die unsrer Arbeitersekretariate.

Der belgische Gewerkschaftskongreß findet am 10. Dezembe-
im „Maison du Peuple“ zu Brüssel statt.

Italienischer Eisenbahner-Kongreß. In der Lombardei und
in dem an die Schweiz angrenzenden Kanton Tessin haben im letzten
Sommer eine Reihe Ausstände von Angestellten der dort sehr zahl-
reichen Sekundärbahnen stattgefunden, die alle für die Arbeiter einen
günstigen Verlauf genommen haben. Das Komitee der Organi-
sationen dieses Distrikts hat sich nun mit dem Komitee der Rai-
länder Eisenbahner in Verbindung gesetzt, und es soll nun am
15. und 16. Dezember in Mailand ein allgemeiner Kongreß von
Angestellten der Sekundärbahnen, Dampf- und elektrischen Straßen-
bahnen abgehalten werden. Der Zweck des Kongresses ist in erster
Linie die Gründung einer über das ganze Land gehenden Central-
Organisation.

In Mailand befinden sich 2000 Buchbinder im Streik.
Sie fordern einen Tagelohn von 3 fr. für Männer und 2,20 fr.
für Frauen. Ein Teil der Unternehmer hat bewilligt.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Russische Spione in der Schweiz.

Paris, 4. Dezember. (W. Z.) Die Abendblätter melden aus
Genf: In den letzten 48 Stunden sind hier russische Spione
eingetroffen, welche beauftragt sind, festzustellen, ob die seit einigen
Tagen in Polen verbreitete Zeitung „Głos der Freiheit“ in
Genf herausgegeben wird und wer die Redacteurs dieses
Blattes seien. Diese Entdeckung von Spionen steht in
Zusammenhang mit der revolutionären Bewegung, über welche
zur Zeit in Rußland-Polen Erhebungen angestellt werden.
Man glaubt, daß das Blatt in besonderer Verbindung nach Loda ein-
geschmuggelt wird. Die Genfer Polizei ist ihrerseits beauftragt, die
anwesenden Fremden streng zu überwachen, da sich unter denselben
in letzter Zeit eine große Anzahl bemerkbar gemacht hat. Man
nimmt an, daß die hiesigen Revolutionäre in den verschiedenen
Ländern Erhebungen angeordnet haben und daß demnächst eine große
Bewegung ins Werk gesetzt werden soll.

Angriff auf das deutsche Konsulat.

Warschau, 4. Dezember. (W. Z. W.) Eine Anzahl
Studenten machten heute mittag einen Angriff auf das
deutsche Konsulatsgebäude. Das Konsulatsgebäude wurde berunter-
gerissen und zerstört und das Erdgeschos, wo sich die Amtsräume
des Konsulats befinden mit Steinen beworfen. Auch in die im ersten
Stock belegene Privatwohnung des Generalkonsuls wurden Steine
geschleudert. Der Angriff dauerte eine Viertelstunde. Als bald
erhielt der Oberpolizeimeister und der Staatsanwalt zur Befestigung
des Thatbestandes. Das Konsulat wird polizeilich bewacht.

Leipzig, 4. Dezember. (W. Z.) Das hiesige Schwurgericht
verurteilte heute den hiesigen Rechtsanwalt Dr. jur. James
Breit wegen Zweikampfes mit tödlichem Ausgange zu drei
Jahren sechs Monaten Festung und wegen qualifizierten
Hausfriedensbruchs zu drei Wochen Gefängnis.

Wien, 4. Dezember. (W. Z.) Wie die „N. Fr. Pr.“ meldet,
hat in Angelegenheit der autochthonen politischen
Demonstrationen in Lemberg zwischen dem deutschen
Botschafter Fürsten Eulenburg und dem Grafen
Wolnowski eine Besprechung stattgefunden, welche zu
einer befriedigenden Einigung dieser Angelegenheit geführt hat.

Brüssel, 4. Dezember. (W. Z.) Heute nachmittag stürzte
in der Vorstadt Kodelberg ein Waugerüst ein, auf welchem sich
sieben Arbeiter befanden, welche sämtlich schwer verletzt wurden.
Die Verletzungen einiger von ihnen sind so schwer, daß an ihrem
Auskommen gezweifelt wird.

Warschau, 4. Dezember. (W. Z.) In dem Orte Jowierze
wurden 28 Personen von einem tollen Hunde gebissen. Ein
achtjähriges Mädchen ist bereits gestorben.

Reichstag.

104. Sitzung vom Mittwoch, 4. Dezember 1901, nachmittags 1 Uhr.

Von Bundesratsmitglied Graf Posadowsky, Reich v. Rheinbaben, Reich v. Müller, bayrischer Finanzminister v. Niedeck.

Die erste Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Paasche (nall.):

Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß eine so wichtige Vorlage nicht im Plenum verhandelt werden kann, sondern in der Kommission gründlich durchberaten werden muß. Bei den bisherigen Verhandlungen ist mir aufgefallen, daß die Herren, die sich in der Presse mit Vorliebe als „Handelsvertragsfreunde“ bezeichnen und mit vielem Geld die Agitation gegen die Vorlage betreiben, alle, die nicht auf ihrem Standpunkt stehen, für Handelsvertragsfreunde erklären. Das ist aber absolut unredlich. Ich muß im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß sie gar nicht daran denken, Handelsvertragsfreunde zu sein, sondern daß sie ebenso wie die Herren des Handelsvertragsvereins die Zukunft unserer Exportindustrie und unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens sicher zu stellen gedenken. Die Herren vom Handelsvertragsverein erschweren durch ihr Verhalten gegenüber der Regierung am allermeisten den Abschluß neuer Verträge. (Lachen links.) Das Ausland muß danach zu der Ansicht kommen, daß Deutschland sich fürchtet vor den anderen Staaten. Wir sehen die Regierungsvorlage als die Grundlage weiterer Verhandlungen an. Es lag auf der Hand, daß man auf der Basis der alten Zollsätze heute keine neuen Verträge abschließen konnte. Alle möglichen Staaten, besonders Amerika, haben sich so hohe autonome Tarife geschaffen, daß es für sie möglich war, von diesen Sägen bei den Verhandlungen ein gut Teil als Kompensationsobjekte abzulassen. So müssen auch wir, die wir bisher verhältnismäßig niedrige Sätze hatten, uns einen solchen Tarif schaffen, daß wir von diesen Sägen eventuell abhandeln können. Der neue Tarif bedeutet kein Hochschutzzoll-System. Gerade die Amerikaner betreiben diese Politik, die Abg. Richter als „amerikanische Absperrungspolitik“ bezeichnet. Unter diesem Zollsystem war die Entwicklung der amerikanischen Industrie geradezu beispiellos; der vom Abg. Richter gesteuerte verstopfte Grundriß, alles möglich im eigenen Lande machen zu wollen, ist dort herrschend geworden. Man will dort möglichst wenig aus dem Ausland ins eigene Land hineinlassen und sucht den ganzen Bedarf im Inlande zu produzieren. Ich habe die Überzeugung, daß uns gerade von Amerika her große Gefahr droht, wenn wir nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen. Amerika könnte heute schon auf gewissen Gebieten der Industrie den Weltmarkt beherrschen, so daß einem vor der weiteren Entwicklung bange werden könnte. Die Reciprocityverträge haben für uns so gut wie gar keinen Wert, und was soll ein Abschlag von etwa 10 Proz. auf die heute obsoleten liberalen Zölle nützen, denn nur das verleiht Herr Posadowsky unter „liberalen Vorzeichen“ für Entimentalitätspolitik haben die Amerikaner kein Verständnis, zeigen Sie ihnen die Sägen, dann werden wir vielleicht zu Handelsverträgen mit Amerika kommen. (Beifall rechts.) Es ist heute z. B. absolut unmöglich, mit irgend einem Produkt unserer Elektrizitätswerke nach Amerika hineinzukommen, während die amerikanischen Elektrizitätswerke mit ihren Fabrikaten unsere Grenzen bei unseren niedrigen Zollsätzen sehr leicht überspringen können. Wollen wir das auch weiterhin alles geduldig mit ansehen?

Nun zu den Landwirtschaftszöllen. Neben dem Aufschwung der Industrie befindet sich die Landwirtschaft dauernd in einer Notlage. (Beifall rechts.) Abg. Rosenbruch machte sich seine Sache sehr leicht mit der Behauptung, es habe kein Mensch ein Recht auf die früheren höheren Preise. Das hat auch niemand behauptet; es fragt sich nur, ob die sinkenden Preise noch mit dem entsprechenden Reinertrag verbunden sind. Die Getreidepreise sind gedrückt worden durch die wachsende Konkurrenz des Auslandes, besonders Amerikas, wo die Landwirtschaft in einer intensiven Weise mit Maschinen betrieben wird, die bei uns in Deutschland gar nicht verwendbar wären. (Widerspruch links.) Amerika vermag unter viel günstigeren Bedingungen zu produzieren als Deutschland. Die Thatsache, daß die Produktion gestiegen ist, beweist nichts für das Steigen der Grundrente. Die Hauptsache ist, daß die Reinerträge steigen. Professor Conrad hat aber nachgewiesen, daß die Produktionskosten ganz bedeutend gestiegen sind, daß z. B. für künstlichen Dünger das Fünftel wie früher ausgegeben worden ist. Auch die Löhne sind gestiegen. Der verlorene Herr v. Siemens hat einmal behauptet, daß die Getreidepreise dem Landwirt einen Reinertrag von 52 Mark pro Hektar einbringen. Herr v. Siemens hat aber nicht gesagt, ob die Zölle den Landwirten überhaupt in erhöhten Getreidepreisen zu gute kommen. Thatsächlich sind die Getreidepreise gesunken. (Sehr richtig! rechts.)

Die Behauptung, daß die Erträge der Landwirtschaft allein den Großgrundbesitzern zu gute kämen, ist falsch; auch die Hypothekengläubiger kommen z. B. in Betracht. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Heute Ananoe!) Nein, nicht nur die harte Ananoe, sondern auch die ländlichen Arbeiter und Tagelöhner, sowie das Gefinde, die ihre paar hundert Mark Ersparnisse in der Landwirtschaft angelegt haben.

Seit dem Bestehen der Schutzpolitik haben wir sinkende Brotpreise; das Brot ist billiger geworden trotz der Zölle, die Löhne sind gestiegen. Man kann also nicht von einer Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, von einer Verelendung der Arbeiterbevölkerung sprechen. In dem freihändlerischen England sind die Brotpreise nicht billiger als bei uns. Wir haben jetzt während des industriellen Aufschwungs auf allen Gebieten hohe Preise gehabt — und man hat das als ein gutes Zeichen angesehen — außer in der Landwirtschaft.

Die freisinnige Theorie behauptet nun, daß wir die ganze Höhe der Zollerhöhungen selbst tragen müßten. Dann aber könnte es dem exportierenden Ausland ganz gleichgültig sein, ob wir unsere Getreidezölle erhöhen. (Sehr richtig! rechts.) Die Festlegung der unteren Grenzen für Getreidezölle will der größte Teil meiner Freunde zugeben, da große Kreise des Volkes sie wünschen und die Regierung erklärt, daß trotzdem der Abschluß von Verträgen möglich ist. Die Forderungen des Grafen Schwerin gehen meinen Freunden aber viel zu weit. Ueber die Höhe der Zölle äußere ich mich mit Absicht nicht, diese festzustellen wird Sache der Kommission sein. Ebenso wird in der Kommission eine Verständigung über die Viehzölle zu erzielen sein. Was die Industriezölle anlangt, so halten wir dieselben zum Schutz gegen die wachsende Exporter Konkurrenz des Auslandes, die besonders von Amerika in wüthender Zeit in schändlichster Weise geübt werden wird, für durchaus gerechtfertigt. Von einer Auswanderung des Schwaches durch den Starlen ist keine Rede. Wir wollen keinen Hochschutzzoll, aber wir wollen eine gesunde Protectionspolitik, eine vernünftige Handelsvertragspolitik, die unsere Stellung auf dem Weltmarkt befestigt. (Beif. Bravo! b. d. Reih.)

Abg. Gathe (fr. Bg.):

Abg. Paasche hat den Handelsvertragsverein anzugreifen für nötig gehalten, weil er wisse, daß id. der zweite Vorsitzende dieses Vereins, nach ihm sprechen würde. Ich spreche aber hier für meine Partei, nicht für den Handelsvertragsverein, der übrigens leider nicht über die Millionen verfügt. Die Abg. Paasche ihm imputiert. Es gebührt dem Handelsvertragsverein, wie ich noch bemerken will, auch zahlreiche nationale liberale Mitglieder an.

Graf Posadowsky hat die Frage des Zolltarifs nicht als eine politische, sondern als eine mehr wirtschaftliche bezeichnet. Da sollte er doch Verantwortung nehmen, als Mitglied des preussischen Staatsministeriums diejenigen Bürgermeister und Behörden zu rekrutieren, die Vereinen und Stadtverordneten-Versammlungen

die Erörterung des Zolltarifs verboten haben, weil diese Frage eine politische sei. (Sehr gut! links.) So hat z. B. der Polizeipräsident in Hannover dem dortigen Werkmeisterverein unterlegt, einen Vortrag über den Zolltarif anzuhören.

Wir erkennen an, daß es wohl ganz angezeigt ist, den alten Tarif etwas mehr zu specialisieren. An ein solches Bienenwerk von über 900 Positionen aber hat wohl niemand gedacht. Die ganze jetzt geschaffene Anordnung ist auch nicht unbedingt besser als die frühere; es wird für den praktischen Gebrauch oft ungemein schwierig sein, die einzelnen Waren aufzufinden, da man alle Rohstoffe zusammengestellt hat, gesondert von den daraus bereiteten Produkten. Oft widerspricht die Anordnung geradezu den Anforderungen des gesunden Menschenverstandes; so steht z. B. Kampher unter den Erzeugnissen der Forstwirtschaft. Hier an einer besseren Anordnung mitzuwirken, werden wir in der Kommission gern bereit sein.

Diese Mängel sind aber von untergeordneter Bedeutung gegenüber der ganzen Tendenz des neuen Tarifs, einer Tendenz, wie sie erst der Wirtschaftliche Ausschuss in das neue Zollsystem hineingebracht hat. Man hat diesen Ausschuss ganz tendenziös zusammengestellt aus Vertretern der Hochschutzzölner; man hat den Deutschen Handelsklub ganz ausgeschlossen und den Centralverband deutscher Industrieller, diese private Vertretung der hochschutzzöllnerischen Industriellen, geradezu als die offizielle Vertretung der gesamten deutschen Industrie behandelt. (Hört! Hört!) Ein Mitglied des Wirtschaftlichen Ausschusses, den ich über seine Erfahrungen befragte, schilderte mir seine Eindrücke dahin, daß er geklagt habe, sich in einer Antimerkurie für höhere Zölle zu befinden. (Große Heiterkeit.) Er erzählte mir: Man hat mich höchst erstaunt gefragt: Was, Sie wollen mit den jetzigen Zöllen zufrieden sein? Das kann doch ihr Wunsch nicht sein? Ein anderes Mitglied des Wirtschaftlichen Ausschusses erzählte mir, man habe ihm erklärt, wenn wir die Zollerhöhungen nicht bekämen, so würden wir auch noch den Zollschutz verlieren, den wir jetzt haben. (Hört, hört! links.) So ist es in einer großen Anzahl von Fällen geschehen. Man hat nur die Interessentenverbände gehört und die gesellschaftlichen Vertretungen von Handel und Industrie, die Handelskammer, vollständig übergegangen (Sehr richtig! links); man hat auch die kleinen Gewerbebetreibenden nicht um ihre Meinung befragt, sondern nur die Wünsche der Großindustrie in allen Specialfällen eifrig registriert. Nicht der Registrator aller speziellen Zollwünsche aber kann der große Staatsmann sein, der eine große Zollpolitik unternehmen will. (Sehr richtig! links.) Ich bezweifle, ob Fürst Bismarck ähnlich gehandelt hätte. Es ist noch niemals eine große Zollpolitik unternommen worden ohne große neue Gedanken; mit dem kleinen Diplomathieren und den Vermittlungsgeschäftigen kommt allerdings ein solches Monstrum heraus, wie der vorliegende Tarif. Der wirtschaftliche Ausschuss hat hinter verschlossenen Thüren getagt. Waren die Geheimnisse, die er zu verhandeln hatte, denn so sicherlich? Auch die Arbeiter werden nicht gehört, die doch selbst von Fürst Bismarck mit hinzugezogen wurden, eben so wenig die Hygieniker und Bergle. Einer unserer ersten Hygieniker, Geheimrat Jähne, erzählte mir, daß mit den wenigen Ausnahmen der allerhöchst bezahlten Arbeiter die Ernährung der Arbeiter eine unzureichende sei und nicht dem entspreche, was die Wissenschaft verlangen müsse. Es wäre sehr interessant gewesen, auch diese Vorstellungen bei den Beratungen über die Getreidezölle zu Rate zu ziehen. Graf Posadowsky führt als Beweis für den nicht schutzzöllnerischen Charakter des Tarifs das Verhältnis der ermittelten, gleichgebliebenen und erhöhten Positionen des Tarifs an. Sehr viel Rohstoffe kehren aber wie die Statisten im Theater an verschiedenen Stellen des Tarifs wieder und dadurch wird das Verhältnis ein wesentlich anderes: Das einzige Zollfreie im ganzen Tarif ist der Efel. Wozu wird denn aber überhaupt der Efel in Deutschland gebraucht, doch hauptsächlich zu Vergleichen. (Stimmliche Heiterkeit.) Von dem wirtlichen Naturvel werden eigentlich höchstens 1000 Stück jedes Jahr eingeführt, da sind aber noch die große Mehrzahl Maul-eisel und Maultiere, die nicht zollfrei eingehen. Efel sind in Deutschland sehr selten. Ich möchte Sie fragen, ob schon jemand von ihnen einen toten Efel gesehen hat. (Zuerst Heiterkeit.) Um nun von dem besagten Efel hermiterzukommen (Heiterkeit), so hat der Herr Staatssekretär weiter den nicht hochschutzzöllnerischen Charakter des Tarifs damit beweisen zu können geglaubt, daß nur 0,4 Proz. vom Werte der Einfuhr auf Zölle kommen. Das liegt aber daran, daß unsere Einfuhr ganz überwiegend aus industriellen Rohstoffen besteht. Und so unvernünftig sind wir noch nicht geworden, daß wir Baumwolle oder Kohle mit einem Zoll belegt haben. Ich glaube allerdings, Herr Camp hat auch das neulich verlangt. (Abg. Weber: Auch die Deutschrift des Bundes der Landwirte.) Für den hochschutzzöllnerischen Charakter eines solchen Tarifs ist nicht allein die absolute Höhe der Sätze maßgebend, es muß auch in Betracht gezogen werden, auf welcher Höhe die Technik der Produktion steht. (Der Reichsanzler tritt den Saal.) Ein Zoll kann in Rußland sehr wohl die Einfuhr erlauben, während in Frankreich und Belgien der viertheil dieser Zölle bei demselben Artikel einfach prohibitiv wirkt.

Graf Posadowsky wies auf den Nutzen des Zolltarifs für die Fahrzeug- und Nähmaschinen-Industrie hin; nun, wir führen sie benormal so viel Fahrzeugäder und von Nähmaschinen-Ober- und -Kesseln 3-mal so viel aus als ein. Eine Reihe der größten Maschinenfabriken hat mir gesagt, die hohen Zölle seien ein Unflut; was sollte geschehen, wenn andere Länder uns das nachmachen. Die Industrie verlangt überhaupt keine Zölle. Nur die Eisenindustrie will, daß für die Verhandlungen ein Tarif mit höheren Sätzen, gewissermaßen als Kompensationsaufschlag wird. Eine Erhöhung im allgemeinen will sie auch nicht. Wir sind der Meinung, daß ein großer Staat wie Deutschland allerdings mit seinem Tarif ein gutes Beispiel geben könnte. Es ist doch Thatsache, daß seiner Zeit, als Deutschland die Schutzpolitik inaugurierte, Rußland, Oesterreich, die Schweiz, Schweden, Korea gegen dem deutschen Beispiel folgten. Ebenso bestand ja auch gerade die rettende That der Handelspolitik 1899 darin, daß nun auch die anderen Staaten, selbst das hochschutzzöllnerische Rußland, dem Beispiel folgten. So werden auch durch den jetzt aufgestellten Tarif andere Staaten veranlaßt werden, ähnlich vorzugehen und da fürchten wir eben, daß einzelne noch weiter gehen werden und daß dadurch die Verhandlungen wesentlich erschwert werden.

Durch die Schutzpolitik wird nur die Kartellbildung gefördert. Das haben wir an dem Zuckerartel gesehen. Es ist gesagt, wir müssen uns schützen vor der Konkurrenz der amerikanischen Zuckerrüben. Es ist aber ein Irrtum, daß infolge der Zuckerrübenbildung billiger produziert wird. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß die amerikanischen Zuckerrüben infolge ihrer ganz unsoliden Grundlage zusammenbrechen müssen. Selbst die Reichswehr „Eisen und Stahl“ hat zugegeben, daß Amerika mit seinen Exportpreisen Selbstmord treibt. Ueberhaupt sind die Eisenbildungen ein Fluß der Schutzzölle. Der Weber vereinnigt sich mit einer Baumwollspinnerei, um das Garn nicht zu teuer zu bezahlen, sondern den Gewinn gleich mit einzustreichen. Dadurch wird der Mittelstand vollständig unterdrückt. (Sehr richtig! links.) Mit der Frage der Handelsverträge hat man sich, wie mir gesagt worden ist, im preussischen Staatsministerium überhaupt nicht beschäftigt. In der Begründung steht darüber, daß die Ansicht über den Abschluß neuer Handelsverträge zur Zeit noch nicht überblickt werden kann. Das ist wenig vertrauenswürdig. Was will denn die Regierung thun, wenn sie bei den Rinnmalsagen zu keinen Verträgen kommt? Will sie dann den Tarif wieder aufgeben? Dann hätte doch der ganze Rinnmalzoll keinen Sinn.

Herr Spahn meinte, wir seien im Falle von Zollkriegen nicht auf ein bestimmtes Land angewiesen. Woher aber will er z. B. die

Was um wo lie beziehen als aus Amerika? Ostindien kann höchstens mit einem kleinen Prozentsatz unseres Bedarfs in Betracht kommen. Wir würden die Kosten eines etwaigen Zollkrieges selbst bezahlen müssen; unsere Bedürfnisse müßten wir weiter beziehen, und wir selbst wären die Geschädigten. Aus der Vorkasse des Präsidenten Roosevelt ergiebt sich immerhin, daß ein Anfang gemacht werden soll mit einer liberaleren Handelspolitik. Unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten hat im vergangenen Jahre die größte jemals dagewesene Differenz erreicht. (Hört, hört! links.) So absolut prohibitiv können also doch die amerikanischen Zölle nicht sein. Es ist auch ein Irrtum, aus den niedrigen Löhnen eines Landes auf seine industrielle Ueberlegenheit zu schließen; gerade das Gegenteil ist der Fall. Die amerikanische Gefahr liegt in der günstigen Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter, in seiner besseren Ernährung. In der Leistungsfähigkeit des Arbeiterstandes liegt die Ueberlegenheit der Industrie eines Landes. Man darf zweifellos nicht den Gedanken eines Zollkrieges unter allen Umständen scheuen; aber man darf mit diesem Gedanken auch nicht leichtfertig toetieren. Das ist nicht patriotisch, sondern chauvinistisch. Wir handeln patriotisch, wenn wir vor dieser Gefahr warnen. Wohin geht denn eigentlich die Reise? Will die Regierung Zollkriege? Dann soll sie es offen sagen. Oder weis die Regierung am Ende selbst nicht, wohin sie will? Die Unsicherheit ihrer Begründung ließe fast darauf schließen. Ihre Stellung gleicht derjenigen eines etwas schwächeren Herren in einem Dindenschen Roman, der, als ihm sehr schwache Thee vorgesetzt wurde, erklärte: „Der Thee ist freilich etwas schwach; aber freilich — starker Thee ist ja nicht gesund.“ (Heiterkeit.) Nur ein roter Faden zieht sich durch die Gedankenänge der Regierung: der Landwirtschaft muß geholfen werden. Für sie ist ein Dogma, daß die Erhöhung der Getreidezölle das einzige Mittel ist zur Befreiung der landwirtschaftlichen Lage. Graf Schwerin citierte Versicherungen von mir auf dem Kongress des Vereins für Socialpolitik in München nach dem Bericht der „Münch. Neuesten Nachrichten“. Aber der in den nächsten Tagen erscheinende stenographische Bericht wird ergeben, daß ich gesagt habe: Zahlreiche kleine Bauern wünschen keine Erhöhung der Getreidezölle, weil sie ihr Getreide zweckmäßigerweise nicht verkaufen, sondern verfrachten. Das gilt von vielen Bauern auch meines Wahlkreises Greifswald-Grimmen. Unserer Agitation wird es hoffentlich gelingen, auch die kleinen Besitzer, die jetzt noch den Einfluß des Bundes der Landwirte verfallen sind, über ihre wahren Interessen etwas aufzuklären. (Lachen rechts.) Professor Brentano in München hat hypothetisch erklärt, falls das Allgemeininteresse die Opferung des Bauernstandes fordere, so müsse dies Opfer gebracht werden. (Zuruf rechts: Für Teufel! Für Teufel! — Gloride des Vizepräsidenten Grafen Stolberg-Bernierode.) Heutzutage scheint der Verkehr mit den Agrariern auf manche Bauern etwas abgefärbt zu haben, und selbst in Pommern vernimmt man den Jargon des Cielus Bulch. (Lachen rechts.)

Der Abgeordnete Graf Posadowsky (Stimmliches Gelächter rechts) — Staatssekretär Graf Posadowsky hat gestern Berechnungen angefertigt über den Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Schon 1895 betrug aber die erwerbsfähige männliche Bevölkerung in der Landwirtschaft nur 83,2 Prozent der gesamten erwerbsfähigen Männer. Nach Conrads Jahrbüchern haben selbst zahlreiche Besitzer von mehr als 100 Hektar erklärt, daß sie keine höheren Getreidezölle haben wollten, und die Begründung der Regierungsvorlage giebt selbst zu, daß in weiten Gegenden des Vaterlandes der kleine und mittlere Bauer kein Stroh Korn verkaufen kann. Graf Schwerin aber hat über die zunehmende Ertragsfähigkeit des Bodens in einer Weise gesprochen, die man schwer vereinbaren kann mit den Versicherungen des Grafen Posadowsky über unsere fortschreitende Bildung. Man kann dem Grafen Schwerin nur zurufen: „Si tu cussiss!“ (Lachen rechts.) Die Zunahme der Bevölkerung erfolgt in geometrischer Progression, die Zunahme der Getreideproduktion kann sich nur in arithmetischer Progression bewegen. Die agrarische Behauptung, daß die Landwirtschaft den Gesamtbedarf des Inlandes decken könne, läßt diese Zunahme der Bevölkerung ganz außer acht, und die „Deutsche Tageszeitung“ ist nur konsequent, wenn sie bereits jetzt eine Förderung der Auswanderung verlangt. Bei einer Verteuerung geht die Volksernährung zurück, was wieder ein Steigen der Sterblichkeit zur Folge hat. In Ostdeutschland ist zur Zeit der höchsten Getreidepreise von der Mitte der 60er bis zur Mitte der 70er Jahre ein Rückgang der Bevölkerung eingetreten, und die Keigung des Großgrundbesitzes zum Verkauf der kleinen Bauerngüter zwang viele kleine Bauern, nach Amerika zu gehen. Sie kauften dort billiges Land und veranfahten mit der Entvölkerung des vliaten Landes, unter der Deutschland jetzt leidet. Die Getreidezölle liegen aber auch durchaus nicht im Interesse der Großgrundbesitzer. In wenigen Jahren ist der Rossland wieder genau so groß. Der gesteigerte Zoll kommt eben in höheren Alterspreisen zum Ausdruck und diese schädigen wieder den Nachfolger des jetzigen Besitzers. — Herr Spahn meinte, unter den 6000 Millionen gäbe es keine Landwirte. Sind denn das keine Millionen, denen der Getreidezoll nach der Berechnung des Herrn Professors Conrad 800 000 M. mehr Einnahmen bringen würde? Und unter den Mühenbauern giebt es sicher auch mehrere Millionen, ich sehe auch hier im Hause verschiedene Landwirte, die Millionen sind (Heiterkeit). Herr Spahn braucht sich nur in seiner eignen Fraktion näher umzusehen. — Unser Export wächst fortwährend, aber im Innern stehen wir immerhalb einer Krise. Der ganze Handel stößt unter der Unsicherheit, was wird nun werden, wenn keine Handelsverträge zu finden kommen? Und nun wollen Sie auch noch die Ausfuhrindustrie schädigen! — Herr Spahn will ja den Ueberschuß aus den Getreidezöllen zur Witwen- und Waisenversorgung verwenden. Aber sie wollen doch gerade durch die höheren Zölle die Einfuhr unterbinden. Was bleibt denn da noch übrig für die Witwen und Waisen, die sitzen ja dann auf dem Trodenn. (Heiterkeit rechts.) — Dem Herrn Reichsanzler möchte ich zurufen: Mann mit zugestrichelten Taschen, Die thut niemand was zu Lieb, Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn Du nehmen willst, so gib. — Wir sind bereit, sorgfältig mitzuarbeiten, um aus diesem Tarifentwurf etwas zu machen, was eine bessere Basis für Verhandlungen bietet. Der Herr Reichsanzler tief uns gestern zu: Kardinal, ihm Sie das Härtel! Ich möchte ihn daran erinnern, daß die Aufgabe des Kardinals, die Inquisition im allgemeinen für den Inzulpaten keine angenehme war, er endete gewöhnlich auf dem Scheiterhaufen. Wenn dies Ereignis hier eintreten sollte, so wird es nicht an uns, sondern an dem Inzulpaten liegen. (Wohlfahrt Beifall links, Lachen rechts.)

Abg. Camp (Sp.):

Wir werden uns bemühen den Interessen der Handwerker, der Bauern und der Arbeiter bei dieser Vorlage Rechnung zu tragen. Herr Richter bedauerte, daß der Bauernstand in dem wirtschaftlichen Ausfluß nicht die genügende Vertretung gefunden habe. Wenn Herr Richter die Bauern mehr schätzen will, bin ich gerne bereit mit ihm da Hand in Hand zu gehen. Ich glaube aber nicht, in dieser Beziehung auf die Unterstützung des Herrn Richter rechnen zu können. — Auf die Politik des Freihandels können wir uns nicht einlassen. Wir wünschen eine blühende Industrie, damit der Arbeiter mehr landwirtschaftliche Produkte konsumieren kann. Wir wollen aber vor allem, daß der Rot der Landwirtschaft Rechnung getragen wird. — Zum wenigsten muß das in das Land gestedt

Kapital die minimalste angemessene Vergütung finden und die Produktionskosten müssen gedeckt werden. Das ist heute nicht der Fall. Gerade im Interesse auch der ländlichen Arbeiter wollen wir die Rentabilität der Landwirtschaft erhöht sehen. Allerdings sind die Zölle eine rote Waffe, aber es giebt keine andere Mittel, um die Landwirtschaft zu schützen. Vielleicht wäre es zweckmäßiger gewesen, Wertzölle für die landwirtschaftlichen Produkte einzuführen in der Weise, daß die Zölle bei hohen Getreidepreisen niedrig sind, bei niedrigen Preisen höher. Ich behalte mir vor, diese Vorschläge der Kommission zur weiteren Begutachtung zu unterbreiten.

Man verlangt eine Ermäßigung der Produktionskosten. Es ist aber natürlich, daß diese Kosten in Ländern (mit hoher Kultur größer sind als in Ländern, die auf niedrigerer Stufe stehen, wie z. B. Argentinien. Die nationale Produktion muß für die hohen Löhne, mit denen sie von der sozialen Gesetzgebung belastet ist, durch die Schutzzölle entschädigt werden; das ist die moralische, ethische Rechtfertigung der Schutzzölle.

Ich erkenne an, daß die Regierung den Wünschen der Landwirtschaft einigermassen entgegengekommen ist, und ich spreche dem Reichskanzler meinen Dank dafür aus. Wir hoffen, daß die Zeiten vorüber sind, wo den Klagen der Landwirte vom Regierungssitz nicht entgegengehalten wurde: „Nun, wenn Sie keine genügende Rente haben, schreiben Sie doch die Hälfte Ihres Grundkapitals ab.“ Aber die Fürsorge für die Landwirtschaft ist im Besey nicht ausreichend. Ich würde vom Standpunkt der Konsumenten eine Ermäßigung des Roggenzolls noch lieber befürworten als eine Ermäßigung des Gersten- und Haferzolls. Die Viehzölle müssen angemessen erhöht werden; die Unterzölle in der Regierungsvorlage sind absolut unbegründet. Warum soll ein Oseje anders besteuert werden, wie ein Bulle? Die Mindestzölle entsprechen dem landwirtschaftlichen Interesse, aber nur insofern, als die Mindestsätze die Grenze darstellen sollen, bis zu der man nicht gehen kann ohne schwere Schädigung für die Landwirtschaft. Diejenigen, die dem Ausland etwas Neues mitteilen wollen, sollen nach Oesterreich gehen, wie es der Abg. Dr. Barth für angemessen erachtet hat. Wenn ein Amerikaner im Auslande gegen die Schutzpolitik seines Landes Propaganda machen wollte, so wäre er gesellschaftlich und politisch ein toter Mann! (Lärm und Widerspruch links.) Wir aber müssen uns das gefallen lassen!

Ich zweifle nicht daran, daß wir auf der Grundlage des neuen Tarifs zu Handelsverträgen kommen werden. Bei den bisherigen russischen und amerikanischen Handelsverträgen sind wir allein die Leidtragenden gewesen; Rußland und Amerika haben kein einziges Opfer gebracht.

Die Landwirtschaft thut mehr für ihre Arbeiter, als Herr Mollenbuhr glaubt. 70 000 Arbeitslosen, die es jetzt in Berlin giebt, sind von der Industrie auf die Straße gesetzt worden, während die Landwirtschaft ihre Arbeiter, auch wenn sie sie nicht beschäftigen kann, während des ganzen Jahres bezahlt. (Lachen links.) Diese 70 000 beweisen auch, daß die Industrie die Masse von Arbeitern, die sie dem platten Lande entzogen hat, nicht dauernd beschäftigen kann. Ein einziges großes industrielles Werk hat im letzten Jahre an seine Arbeiter 2 348 000 M. gezahlt, die Aktionäre erhalten 3 780 000 M. Die Löhne sind dort gegenüber dem Vorjahre um über eine Million erhöht worden. (Hört! hört! rechts.) Herr Mollenbuhr behauptete vorgestern, die Not der Landwirtschaft liege nur an der schlechten Bewirtschaftung des Bodens. Ich möchte wirklich wünschen, daß Herr Mollenbuhr einmal ein unbelastetes bäuerliches Grundstück zur Bewirtschaftung unter Hinzuziehung seines ganzen socialdemokratischen Betritts übergeben würde. Dann mögen die Herren einmal wirklich durch die That zeigen, was sie zu leisten vermögen. Sollten Sie unter all den phänomenalen Geistern Ihrer Fraktion keinen Landwirt finden, so stelle ich Ihnen anheim, sich von den Radikalfractionen einen zu borgen. (Große Heiterkeit; Sehr gut! rechts.) Auch für einige deutsche Minister wäre ein solcher Versuch sehr angebracht.

Herr Mollenbuhr forderte uns weiter auf, mit ihm in die Hütten der Arbeiter zu kommen. Nun, die Heberhöfche aus den Hütten sollen ja für die Witwen und Waisen der Arbeiter verwendet werden. Aber ich möchte Herrn Mollenbuhr meinerseits ersuchen, mit mir in die Hütten der Bauern zu kommen, für die es keine Begrenzung der Arbeitszeit, keinen Schutz der Befehlsgebung giebt. Wer dann beiträgt den Bauernstand zu vernichten, der ist auch ein Totengräber für Thron und Altar. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. Komierowski (Vole):

Wir werden vor allem für eine gründliche Kommissionsberatung stimmen, damit keine übereilten Beschlüsse gefaßt werden. Einen geregelten und ständigen Schutz der Landwirtschaft erkennen wir durchaus als notwendig an. Alle politischen landwirtschaftlichen Vereine haben sich ohne Ausnahme entschlossen, einen erhöhten Schutz der Landwirtschaft zu fordern. Dieser Forderung trägt der vorliegende Entwurf im allgemeinen Rechnung. In der Kommission müßte ein Weg gefunden werden, um die Zölle für Notlandjahre bei Minderernte außer Straß zu setzen und die Mehreinnahmen müssen zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung verwendet werden. Die Konsumtenschwärmerei für niedrigen Preisstand, die ja auch unser Kollege Schippel in seinem jüngst erschienenen sehr interessanten Buche über die Grundzüge der Handelspolitik scharf verurteilt, können auch wir nicht als maßgebend für die Behandlung der Zolltariffrage anerkennen. Von diesen Gesichtspunkten werden wir uns in der Kommission leiten lassen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Die abgelehnten Beweisangebote im Hunnenprozeß.

Zur Charakteristik des gegen den „Vorwärts“ geführten Prozesses, der mit der schweren Verurteilung zweier Redacteure endigte, veröffentlichten wir in Ergänzung unseres Berichtes nachstehend den Wortlaut der Beweisangebote im Fall John. Die Anträge wurden schon im Juni gestellt, um dann kurz vor dem Termin von dem Gericht abgelehnt zu werden. In der Verhandlung wurden die Anträge wieder aufgenommen, mit dem gleichen Erfolge; sie wurden abgelehnt mit der völlig unverständlichen Begründung, daß die verklagten Hunnenbriefe keine Thatfachen, sondern Urteile enthielten.

Die Feststellung der Wahrheit wurde uns so unmöglich gemacht. Aber wir können wenigstens der Öffentlichkeit zeigen, was wir beweisen wollten, und daß Genosse John zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurde, nachdem ihm die elementarsten Rechte der Verteidigung verweigert worden waren.

Nachstehend die Beweisangebote.

An das Igl. Landgericht I, Strafkammer 3 in Berlin.

Rönnigsberg, den 11. Juni 1901.
Zu der Strafsache gegen John und Genossen beantrage ich: prinzipiell: den Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen, eventuell: nachstehenden Beweis zu erheben:

I. Der in Nr. 9 des „Vorwärts“ am 11. Januar 1900 abgedruckte Brief ist der Redaktion des „Vorwärts“ im Original übergeben und zu den Akten der Strafkammer des Igl. Landgerichts zu Frankfurt a. M. gegen Quard, der wegen des Abdrucks dieses Briefes ebenfalls unter Anklage gestellt ist, eingereicht worden.

Beweis: a) Die Akten contra Quard wegen Verleumdung der Strafkammer des Igl. Landgerichts zu Frankfurt a. M. und der dort befindliche Brief mit dem Datum: Dienstag, den 11. Okt. ober 1901.

II. Der Abdruck dieses Briefes im „Vorwärts“ enthält keine Verleumdung, wie die an ihn geknüpften Bemerkungen des Angeklagten deutlich dazuhin. Der Brief wird als „unmöglich gemein“ charakterisiert. Die in ihm erwähnten Kriegsgreuel werden nicht dem Ostasiatischen Expeditionscorps in seiner Gesamtheit zur Last gelegt. Es wird vielmehr hervorgehoben, daß sich dieser Kriegsgreuel der Brieffschreiber mit unflätigen Schreien rühmt; sie werden also als seine Thaten dargestellt und verurteilt. Das erhellt klar aus den Ausführungen gegen die „Tägliche Rundschau“, indem dieses Blatt gefragt wird, was es über die Selbstbezüglichung eines opfermutigen Bruders meine, der mit geschändeten Weibern rüde renommirt. Die Veröffentlichung des Briefes erfolgte zur zweiten Lesung des Etats des Reichstages, wie im Eingange des Artikels angegeben ist, und verfolgte den Zweck, auf jene schändlichen Thaten aufmerksam zu machen und Abhilfe zu schaffen.

III. Die in der Nr. 10 des „Vorwärts“ vom 12. Januar 1901 abgedruckten Briefe sind sämtlich im Original vorhanden.

Beweis: 1. der verantwortliche Redacteur des „Egerner Tageblatt“, amtliches Publikationsorgan,

2. der verantwortliche Redacteur der „Chemnitzer Volksstimme“ Nähe in Chemnitz, Ilsestraße Nr. 14,

3. der verantwortliche Redacteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ Eduard Adler in Kiel, Volkestraße Nr. 3.

Diese Zeugen werden bestätigen, daß die im „Vorwärts“ wiedergegebenen Briefe ihnen im Original vorgelegen haben, und daß sie die Briefe nicht zum Abdruck gebracht hätten, wenn die Glaubwürdigkeit der Absender irgendwie zweifelhaft gewesen wäre.

Der Zeuge zu 1 wird insbesondere bekunden, daß der Kanonier Ernst Deiter, von dem der in seinem Blatt abgedruckte Brief stammt, durchaus glaubwürdig ist. Die Veröffentlichung des „Vorwärts“ ist nicht kritisch erfolgt, wie der Schlusssatz des Artikels beweist. Die Behauptung des Brieffschreibers, daß er mit Chinesenblut schreibe, wird als richtig angezweifelt und, wenn sie als „Witz“ gemeint sei, gebührend charakterisiert.

IV. Die sämtlichen in den abgedruckten Briefen enthaltenen Angaben sind ihrem wesentlichen Inhalt nach wahr.

Das beweisen:

A. die vielen im wesentlichen übereinstimmenden Briefe, welche die Zeitungen aller Parteirichtungen von verschiedenen Angehörigen des Ostasiatischen Expeditionscorps zum Abdruck gebracht haben;

B. die Zeugnisse der Kriegs-Verichterlatter der großen bürgerlichen Zeitungen;

C. die weiteren, unten angeführten Zeugnisse;

D. die Strafkarten über die Verbrechen und Vergehen von Angehörigen des Expeditionscorps, die vom Kriegsminister zu erforschen und vorzulegen beauftragt wird.

A. Zum Beweise werden zunächst vorgelegt die folgenden veröffentlichten Briefe:

1. im „Düsseldorfer Anzeigerblatt“. Brief vom 17. August 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1900.

2. „Zukunft“. Brief vom 22. August 1890, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1900.

3. „Hannoverscher Courier“. Brief vom 12. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 6. November 1900.

4. „Wochenblatt für den Kreis Tiedenburg“, amtliches Kreisblatt, Brief vom 10. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 7. November 1900.

5. „Krefelder Zeitung“, nationalliberales Organ, Brief vom 3. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 11. November 1900.

6. „Frankfurter Courier“. Briefe vom 24. August und 1. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 11. November 1900.

7. „Neue Wanrisher Landeszeitung“. Briefe vom 5., 15., 21. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 14. November 1900.

8. „Lippische Landeszeitung“. Brief vom 16. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 14. November 1900.

9. „Gebirgsbote in Glatz“. Brief vom 30. August 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 17. November 1900.

10. „General-Anzeiger“ in Ludwigshafen. Brief vom 27. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 17. November 1900.

11. „Angermünder Zeitung“, Kreisblatt. Brief vom 5. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 21. November 1900.

12. „Harke“. Brief vom 1. Oktober 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 21. November 1900.

13. „Straßburger Bürgerzeitung“. Brief aus Bivouac von Tientsin, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 23. Januar 1901.

14. „Niedorfer Tageblatt“. Brief vom 16. November 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 23. Januar 1901.

15. „Liegnitzer Anzeiger“. Brief vom 6. Januar 1901, auszugweise abgedruckt im „Vorwärts“ vom 28. März 1901.

16. „Flensburger Nachrichten“, konservatives Organ. Brief vom 20. November 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 28. März 1901.

17. „Bremer Bürgerzeitung“. Brief vom 26. August 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 1. November 1900.

18. „Halberstädter Volkszeitung“. Brief vom 1. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 1. November 1900.

19. „Volksblatt für Halle“. Brief vom 1. September 1900, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 14. November 1900.

Die in Bezug genommenen „Vorwärts“-Nummern und der im „Vorwärts“ nur auszugweise abgedruckte Brief aus dem „Liegnitzer Anzeiger“ in ausführlichem Abdruck werden hiermit überreicht.

Die verantwortlichen Redacteure dieser Zeitungen, die am Erscheinungsort der Zeitungen wohnen und ohne weitere Bezeichnung geladen werden können, werden als Zeugen dafür benannt, daß ihnen die von ihnen veröffentlichten in dem „Vorwärts“ wiedergegebenen Briefe im Original vorgelegen haben, daß sie die Glaubwürdigkeit der Brieffschreiber festgestellt haben und ein Zweifel an der Richtigkeit des Briefinhalts in keinem Fall besteht.

Eventuell werden die in den Veröffentlichungen der vorher angezeigten Zeitungen namhaft gemachten Brieffschreiber, deren jeweiliger Aufenthalt durch Auskunft des Kriegsministers festgestellt werden kann, als Zeugen die Richtigkeit der in ihren Briefen von ihnen erzählten Thatfachen bekunden.

B. 1. Der Kriegs-Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, dessen genaue Adresse sofort nach seiner Rückkehr nach Deutschland angegeben werden wird, wird auf Grund seiner eignen Beobachtungen auf dem Kriegsschauplatz

die Richtigkeit der in den infrimierten Briefen enthaltenen Thatfachen als Zeuge bestätigen.

Er wird insbesondere bekunden, daß die von ihm in der „Frankfurter Zeitung“ geschriebenen Rohheiten und Gewaltthaten, wie sie zum Teil in den beiliegenden Nummern des „Vorwärts“ vom 30. Dezember 1900, 3. Februar 1901, 23. Februar 1901, 3. April 1901 wiedergegeben sind, den Thatfachen entsprechen.

2. Der Kriegs-Korrespondent des „Berliner Lokal-Anzeiger“ Dr. Georg Wegner in Berlin, wird als Zeuge bekunden, daß der in beiliegender Nummer des „Vorwärts“ vom 29. Dezember 1900 abgedruckte Bericht von ihm herrührt, auf Grund sorgfältiger Beobachtungen verfaßt ist und durchweg wahr ist.

3. Der Kriegsberichterlatter der „Kölnischen Zeitung“ wird als Zeuge die Richtigkeit des in dem beiliegenden Ausschnitt des „Vorwärts“ enthaltenen, von ihm der „Kölnischen Zeitung“ gelieferten Berichtes, sowie des in der beiliegenden Nummer des „Vorwärts“ vom 16. November 1900 enthaltenen Berichtes bestätigen.

4. Der Kriegs-Korrespondent der „Daily News“, Frederic Coleman, dessen gegenwärtiger Aufenthalt ermittelt wird, wird die Richtigkeit des in demselben Ausschnitt des „Vorwärts“ enthaltenen, von ihm den „Daily News“ gelieferten Berichtes und überhaupt die Wahrheit der in den infrimierten Briefen aufgeführten Thatfachen bestätigen.

von ihm den „Daily News“ gelieferten Berichtes und überhaupt die Wahrheit der in den infrimierten Briefen aufgeführten Thatfachen bestätigen.

C. 1. Der Missionar Arthur S. Smith in New York, dessen gegenwärtige Adresse noch ermittelt wird, wird die Richtigkeit der in den infrimierten Briefen aufgeführten Thatfachen bekunden und insbesondere bestätigen, daß der von ihm dem New Yorker „Outlook“ gelieferte, in der beiliegenden Nummer des „Vorwärts“ vom 10. November 1900 auszugweise wiedergegebene Bericht durchweg der Wahrheit entspricht.

2. Professor Baetz in Tokio wird bekunden, daß das Vorgehen der Europäer in China ein barbarisches war und daß ihm deutsche und englische Offiziere selbst ihre helle Entrüstung über diese Barbarei ausgesprochen haben.

3. Der Orientalist Professor Theodor Rödde in Straßburg i. E. wird bekunden, daß er den in der beiliegenden Nummer des „Vorwärts“ vom 11. April 1901 wiedergegebenen Brief an Heinrich Selzer geschrieben hat und daß nach der Art der Kriegsführung eine Verrohung der europäischen Truppen hat eintreten müssen.

V. Der „Vorwärts“ hat in seinen Erörterungen über die humanistische Kriegsführung fortgesetzt darauf hingewiesen, daß die Hunnenthaten nicht familiären Angehörigen des Expeditionscorps zur Last zu legen seien.

So wird in der beiliegenden Nummer des „Vorwärts“ vom 9. November 1900 in einer Polemik mit der „Kreuzzeitung“ unter der Spitzmarke „Socialdemokratische Chinafreiwilrige“ hervorgehoben, daß unsere Soldaten nicht grausam sein könnten, und es habe sich vielfach gezeigt, daß sich die Opfer des Rache-Kreuzzuges in allen Unmenslichkeiten ein menschliches Gefühl bewahrt hätten. In der überreichen Nummer des „Vorwärts“ vom 28. März 1901 wird gegenüber einer vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ wiedergegebenen Reuter-Meldung, nach welcher bei einer Niederfabelung von englischen Soldaten die Deutschen die Hauptschuldigen sein sollten, bezweifelt, daß die Deutschen die Hauptschuldigen seien, und bemerkt, daß die verschiedenen Truppen einander gleich kämen.

Herr v. Pessel wird ausdrücklich wegen seiner strengen Disziplin gelobt.

Beweis: die beiliegende Nummer des „Vorwärts“ vom 19. April 1901. Mit sichtbarer Freude wird in der beiliegenden „Vorwärts“-Nummer vom 12. April 1901 ein Brief eines deutschen Offiziers an den „Hamburgischen Korrespondenten“ wiedergegeben, und darin gezeigt, wie auch die Stimme der Menschlichkeit bei dem Expeditionscorps vernehmbar sei.

So wird im Anschluß an den im beiliegenden Ausschnitt des „Vorwärts“ vom 2. März 1901 abgedruckten Brief ausgeführt:

„Gerne wollen wir — andernfalls müßte man an jedem menschlichen Fortschritt verzweifeln — annehmen, daß die kannibalische Stimmung dieses Kriegerkrieges nicht die allgemeine ist.“

VI. Die Annahme der Anklageschrift, daß der in einem der infrimierten Artikel enthaltene Passus:

„Die eigentlich Schuldigen werden doch nicht zur Verantwortung gezogen“

die Vorgefekten der Soldaten als die eigentlich Schuldigen bezeichnet, wird schon durch die vorstehenden Ausführungen widerlegt.

Der „Vorwärts“ hat auch nicht einen Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, wer die nicht zur Verantwortung gezogenen eigentlich Schuldigen seien, nämlich: ein Teil der Missionare, der durch Mißachtung der berechtigten Eigentümlichkeiten der Chinesen und durch Verletzung der Rechte der Chinesen den Fremdenhass zum größten Teil bei den Chinesen hervorrief, diejenigen „Politiker“, welche auf die Eroberung Kantschou hindrängten, diejenigen Diplomaten, welche schon vor dem ersten Angriff der Chineser auf die Gesandtschaften völkerrechtswidrig zahlreiche Chinesen auf den Straßen und in Tempeln von den Säuwachen der Gesandtschaften niedermachen ließen, diejenigen „Politiker und Journalisten“, welche den grausamsten Rachebefehl forderten und wie das „Kleine Journal“ im Juli 1900 verlangten:

„Hinrichtung muß auf Hinrichtung folgen. Kein Mitleid, kein Gehalt darf Schonung finden, mit unerbittlicher, alles vernichtender Rachehand muß das Volk im Reich der Mitte lernen, die „Fremden“ zu fürchten, wie es noch nie getan.“

oder wie der „Schwäbische Merkur“:

„Sollen wir starke Kolonialtruppen aus der Gese des Volkes, begrabigen wir geeignete Männer aus unfern Gefängnissen zum Dienst in dieser Truppe, öffnen wir verwegenen Abenteurern den Eingang in sie, verwenden wir Offiziere, die in deutschen Garnisonen als nicht ganz „fair“ erschienen, zur Führung der Kolonialtruppe.“

Beweis: die beiliegenden Nummern des „Vorwärts“ vom 7. Juli und vom 11. Juli 1900. Daß diese rohe unmenschliche Auffassung auf das Expeditionscorps ungünstig eingewirkt und erheblich zur Verrohung beigetragen hat, wird der Kriegs-Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ bestätigen. In seinem in der beiliegenden „Vorwärts“-Nummer vom 30. Dezember 1900 wiedergegebenen Bericht führt er aus, daß die Soldaten durch die bisherige Erge gegen das Chinesenvolk schon zu sehr angezogen worden seien, und daß der Gedanke, daß man den Chinesen gegenüber allen Leidenchaften die Fägel schießen lassen dürfe, unsere Manneszucht vernichten könne. Er fordert deshalb die Deutschen in der Heimat auf, die Angehörigen in China nicht zu Heldenthaten aufzureizen. Der „Vorwärts“, der sich diesen Ausführungen anschließt, bedauert, daß der Kriegs-Korrespondent seine Mahnungen, die Soldaten nicht noch zu Veraltitäten anzustacheln, nicht auch an einen Teil seiner Kollegen in Ostasien gerichtet habe. In den Bemerkungen des „Vorwärts“ zu dem Bericht des Korrespondenten vom 24. Dezember 1900 — die in der beiliegenden Nummer vom 23. Februar 1901 enthalten sind — wird es als anerkennenswert bezeichnet, daß die militärische Zeitung gegen die gefährdeten Greuel einschreitet, und eine Erklärung für die Exzesse in den Vorstellungen gefunden, mit welchen über China und die gelben Bestien die Soldaten von der deutschen „nationalen“ Presse genährt worden sind.

Die Auffassung, welche der „Vorwärts“ über die wahrhaft Schuldigen von Anfang an vertreten hat, wird von den besten Chinaexperten, dem ehemaligen deutschen Gesandten in Peking Herrn v. Brandt und dem langjährigen Leiter des chinesischen Zollwesens Sir Robert Hart geteilt.

Beweis: a) die in den beiliegenden „Vorwärts“-Nummern vom 16. August 1900 und 26. Februar 1901 abgedruckten Ausführungen dieser Männer nebst den Bemerkungen des „Vorwärts“.

b) der Artikel des „Vorwärts“ in der beiliegenden Nummer vom 17. August 1900 mit der Ueberschrift „Christliche Kultur“.

v. Brandt und Hart werden auch als Zeugen für die Richtigkeit dieser Angaben benannt. Sie werden insbesondere bekunden, daß die erste Verletzung des Völkerrechts den Europäern zur Last falle, und daß die Vögel eine nationale Erhebung gegen die Eingriffe der Fremden darstellen.

Alles dies reicht wohl aus, um den gestellten Prinzipalantrag zu rechtfertigen.

Der Rechtsanwält.

Haase.

Die Berliner Tischler vor dem Einigungsamt.

Eine zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern in der Holzindustrie ausgebrochene Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des nach dem vorjährigen Streik abgeschlossenen Einigungsvertrages wurde am Mittwoch vor dem Einigungsamt verhandelt. Die Sitzung fand im Bürgeraal des Rathauses statt unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz. Als Repräsentanten der Arbeitgeber Bernhardt und Maß, sowie die Arbeitnehmer Koblenzer und Majfani.

Loke führte als Vertreter der Arbeitnehmer aus: Die im Frühjahr vorigen Jahres getroffene Vereinbarung besage, daß der Lohn, sowie die Abschlagszahlung bei Accordarbeit mindestens 24 M. betrage, und daß günstigere Arbeitsbedingungen, welche vor dem

Abchluss des Vertrages vorhanden waren, auch ferner bestehen bleiben müssen. — Aus diesen Bestimmungen folgt, daß den Arbeitern ein gewisser Mindestlohn garantiert werde, der unter keinen Umständen herabgesetzt werden dürfe. Bei den vorjährigen Einigungsverhandlungen sei ausdrücklich betont worden, daß auch die Arbeitgeber eine gewisse Gleichstellung der Accordlöhne wünschen und daß sie die Arbeiter in der Bekämpfung der Schuldloshaltung unterstützen würden. Jetzt, seit dem Beginn des schlechtesten Geschäftsganges, würden die Accordlöhne herabgesetzt. Die Arbeiter sind der Meinung, daß dies nach dem Wortlaut aus dem Sinne der Einigungsbedingungen unzulässig ist. Diese Auffassung sei auch bis vor kurzem gar nicht bestritten worden. Erst jetzt, wo die Herabsetzung der Accordlöhne immer häufiger vorkomme, erkennen die Arbeitgeber die Auffassung der Arbeiter nicht als zureichend an. In der Schlichter-Kommission konnte wegen dieser Meinungsverschiedenheit keine Einigung erzielt werden, und deshalb haben die Arbeitnehmer das Einigungsamt angeregt, damit dasselbe eine authentische Auslegung der strittigen Vertragsbestimmungen gebe.

Als Vertreter der Arbeitgeber sprach Dr. v. N. Nach der Ansicht seiner Kollegen sei der Wortlaut des Vertrages so klar, daß eine Auslegung gar nicht erforderlich sei. Die Schlichter-Kommission sei eingesetzt worden, um da in Funktion zu treten, wo 24 M. Lohn oder Abschlag nicht bezahlt oder verdient werden. Es sei aber nicht ihre Aufgabe, darüber zu wachen, daß die bestehenden Accordlöhne

nicht gekürzt werden. Eine Tarifgemeinschaft sei zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht abgeschlossen worden, sondern nur eine Vereinbarung zur Verlegung des Streiks. Die Schlichter-Kommission habe sich auf Antrag der Arbeiter zwar öfter mit Lohnzeitigkeiten befaßt, obwohl sie nicht dazu verpflichtet sei. Sie habe es im Interesse des Friedens getan. Jetzt aber, wo der geschäftliche Niedergang eingetreten sei, könne die Organisation der Arbeitgeber ihre Mitglieder nicht mehr hindern, Lohnabzüge zu machen. Die Organisation habe das zu verhindern gesucht, aber es geht jetzt nicht mehr. Die Arbeitgeber seien der Meinung, daß ihr Verdienst schon seit 1898 nicht mehr in dem rechten Verhältnis zum Arbeitslohn stehe, und deshalb ließen sie jetzt Herabsetzungen der Accordlöhne eintreten. Dagegen lasse sich nichts machen. Von einer Festlegung der Accordlöhne sei bei der vorjährigen Vereinbarung gar keine Rede gewesen. Es wäre ja auch unbillig, wenn man von den Arbeitgebern verlangen wollte, daß sie für ewige Zeiten an den bestehenden Löhnen festhalten sollen. Der Vertrag hindere die Arbeitgeber nicht, die Löhne herabzusetzen.

Nach einhelliger Beratung fällte das Einigungsamt folgenden Spruch:
1. Das Einigungsamt war, als der Entwurf des Vergleichs vom 20. März 1900 den Parteien vorgelegt wurde, der Ansicht, daß die Schlichter-Kommission sich nicht beschränken würde, nur in den Fällen, in denen eine geringere Abschlagszahlung als 24 M. von den Meistern gewährt würde, die Schlichtung vorzunehmen. Es wurde

damals von dem Einigungsamte vielmehr vorausgesetzt, daß von der Schlichter-Kommission auch alle übrigen Streitigkeiten von Wichtigkeit, welche im Tischlergewerbe zwischen Meistern und Arbeitern vorkommen, und zu Aussparungen und Ausstellungen führen könnten, vor ihr Forum gezogen werden würden.
2. Unter den günstigeren Arbeitsbedingungen des Vergleichs unter 11 sind nach Ansicht des Einigungsamtes alle diejenigen Arbeitsbedingungen zu verstehen, welche vor Abschluß des Vergleichs in einzelnen Werkstätten des Gewerbes galten.
3. Das Einigungsamt ist ferner der Ansicht, daß Veränderungen der Löhne, in welcher Art sie auch beabsichtigt sein mögen, so lange der Vergleich gültig bleibt, durch Verhandlungen und Abreden der Parteien vor die Schlichter-Kommission, und wenn dort eine Einigung nicht erzielt wird, vor dem Einigungsamte herbeigeführt werden müssen.
4. Das Einigungsamt glaubt nach fester Ueberzeugung den Parteien anraten zu müssen, im Wege der privaten Verhandlung sich über Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Lohnverhältnisse zu verständigen

Schriften-Eingang.

Jul. Müders, Taschenbuch und Kalender für alle Stände, 1902/1903, 25. Jahrgang. Preis gebunden 75 Pfennige. Verlag von Max Kochenfeld, Berlin SW.
Der Mentor, Notizkalender für Schüler. Verlag von E. A. Pieter in Altona.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 5. Dezember.
Opernhaus. Der Prophet. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Was ihr wollt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Das Gefängnis. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der rote Hahn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die rote Robe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisinger. Die größte Sünde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weißens. Sein Doppeltöchter. Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wehlen. Der Wildschütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Dieses Vikarions Buntel Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogen's Buntel Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Central. Schauspiel von Vole Fuller und Sada Yacco mit ihrer Gesellschaft aus Tokio. Die Weisha und der Ritter. Rôla. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Kaiser kommt. Anfang 8 Uhr.
Carl Weis. Der Stadtrömpeter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Oberbach-Gallus. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welle. Alliance. Kein Hüftung. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W. Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. König Kona. Luftballon. "Origoletti". Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Zum Theaterloal.) Abends 8 Uhr: "Ueber den Wollen." Im Hofsaal: "Das Leben der Barmherz." Anfang 8 Uhr.
Juballdenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Das Gefängnis.
Duhspiel in 4 Aufzügen von Roderich Benedig.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Braut von Messina
oder:
Die feindlichen Brüder.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Mütter.

Central-Theater.

Heute Anfang 7 1/2 Uhr:
Dritteltes Gaskspiel La Lolo Fuller u. Sada Yacco mit ihrem und 80 Japanern bestehenden Schauspielensemble d. Welt. Hoftheater a. Tokio. Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend nachmittags 3 Uhr: Die Geisha. Abds. 7 1/2 Uhr: Die Puppe.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Grosses Festprogramm des Weihnachtsmonats.
Mme. Jourda
in ihrer grossartig. Imitation der Sada Yacco.
Die Harrison-Truppe.
Hella v. Schmidt. Lotte Sebus. Sisters Pontelli.
„Masagni“ etc. etc.
16 neue erstklass. Nummern.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Im Hofsaal:
Das Leben der Vorwelt.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.

Neu! — Neu!
Lord Kitchener. Joe Chamberlain. Botha. De Wet.
— Die wunderbare Jitsun: —
Allerseelen.
Neue
aktuelle lebende Photographien!

Passage-Panopticum.

Neu! Der indische Neu!
Doppelmensch!
4 Arme, 4 Beine, 1 Kopf, lebend.
Ohne Extra-Entree!

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Der Stabstrompeter.
Gesangspöcke in 4 Akten von E. Manns. Musik von G. Steffens. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Volks-Vorstellung. Kleine Preise. Partett 60 Pf. Am Mitt. Sonnabendnachmittag: Rabenru-Bellung: Achenbüdel. Kleine Preise.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Heute und folgende Tage:
Die Badepuppe.
Große Knackstange mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Guido Thielscher, Paula Worm, Helmerding, Junkermann, Paulmüller, Wannovius, Junker-Schatz. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Kleine Preise: Schrengte Festsch.

Apollo-Theater.

Sensational!
Mit vollständig neuer Besetzung der Hauptrollen und Neuarrangement.
König Aqua.
Im 2. Bilde: Original-Fischer-Tanz „Schüttel de Bän.“
Fernor: Die neuen Spezialitäten

Georg Kaiser.

La Roland. * Broth. Felsina und
10 neue Debüts.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Zum 102. Male:
Schön war's doch.
Gr. Berliner Ausstattungspöcke mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Thomas, Josephi, Bender, Frid-Frid, de Veré,
!! Bender als Saharet !!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

(früher Fein-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Das riesengroße erstklassige
Dezember-Programm.
Kunst, der durchweg neu engagierten
Kunst-Spezialitäten.
Am 9 Uhr die mit so kolossalem
Erfolg aufgeführte Knackstange-
Gesangsbühne
Großstadtzauber
Hugo Lutzig; Direktor R. Winkler.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf vorm. v. 11—1 Uhr.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr,
Berliner Theater: 3. und 4. Abteilung:
Heim'funden.
Carl Weiss-Theater: 12. Abteilung, 2 1/2 Uhr:
Das Friedensfest.
5. Serie im Lessing-Theater am 22. Dezember: Der
eingebildete Kranke, Lustspiel von Molière, und
Die Medaille von Thoma.
6. Serie im Carl Weiss-Theater am 12. Januar 1902:
Dantons Tod, Drama von Georg Büchner.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Kar. erstklassige. Direktion:
Sonnabend 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35

ist eröffnet!!
Zur prachtvollen, weihnachtlich dekorierten Ausstellungs-Weihnachts-Messe kauft jedermann billigst und amüsant sich köstliche
Hört! Seht! 6 intern. Kapellen, 3 Karoussells, Erste Panoramamen, Bonapartium, Besichtigung berühmter Bilder, dreifache Festbühnen und Logen, Varietés mit ersten Kräften, Automaten-Ausstellung, Jährlöhnen, China, Boerentriebe unter Leitung von Ober-Krieger, Walolinos, Rauberhöhlen, Schichtbühnen, Kolportage, Olympia-Bilderdarstellung und vieles mehr!
!Verkaufs-Centrale für Weihnachtsartikel!
Geöffnet vormittag 10 bis abend 11 Uhr,
auch Sonn- u. Feiertag! Entree 10 Pf.
Bis 3 Uhr nachmittag Entree frei! Direktion: O. Cranz.

E. von Wolzogens Buntel Theater (Ueberbrett)

Köpenickerstr. 68.
U. a.: Die Protokollversammlung
von Ludw. Thoma. — Der Nachbar
von Hans von Gumpenberg. —
Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Kleine
Preise: Schrengte Festsch.

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236.
Das neue
Dezember-Programm!
28 Künstler.
U. a. die Cantomimen und
Chansons animés in der Pariser
Original-Belegung.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Kunstenstraße 16.
Preciosa.
Romantisches Schauspiel mit Gesang
in 4 Akten v. Fins Alexander Wolff.
Heute Tanz-Kränzchen.
Freitag:
Die Giftmischerin
von St. Tropez.

Casino-Theater.

Postfängerstr. 37.
Sensational Spezialitäten-Programm
Corradini. Bis Freitag:
Berlin N. — Berlin W.
Sonnabend: Die Revolitäten:
Weihnachten. — Der Mädchenläger.
Anf. Woch. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag,
Montag und Donnerstag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach jeder Solore: Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Lehmanns Grimkehr.
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags
Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf.
Wochentags Vereinsbesuch gütlich
und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben
die Säle zu Festlichkeiten und Ver-
sammlungen frei.

Schall und Rauch,

Unter den Linden 44.
Donnerstag, 5. Dezember 1901:
Vorstellung vor Sereulissimus.
Auftreten der Harfen-Virtuosin
u. Sängerin Mlle. Jeanna de la Praz.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag: Don Carlos.
Die Weber.

Cirkus A. Schumann.

Donnerstag, den 5. Dezember, abends
präz. 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
Neu! U. a.: Neu!
Sirkusmäßige Beifall entsetzt
akademisch!

The Louisiana Amazon-Guard

genannt Das schwarze Ueberbrett.
Herzige Damen aus dem Staate
Louisiana. Zum erstenmal auf dem
Kontinent.
Ferner die übrigen neuen Spezialitäten
und Direktor Albert Schumanns
— neueste Originaldarstellungen —

Mr. Thompsons Elefanten-Nummer.

zum Schluß am 5. Mal:
Der Schläger der Saison:
A Travers Paris
(Cuer durch Paris).
Schluß: Nordseebad Scheveningen.
Gedächtnis und glänzende Knackstange-
und Wasser-Pantomime in 8 Akten.

Cirkus Busch

Donnerstag, 5. Dezbr., ab 7 1/2 Uhr
„Klondike“ Origin.-Pantomime
des Cirkus Busch.
Empfehle allen Freunden u. Bekannten
mein Weiss, Baisrischbier
und gr. Speisegeschäft. Reich-
haltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag
mit Bier 50 Pf. sowie Abendessen à la
carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer
mit Klavier für 20—50 Personen.
H. Stramm, Hst. Ritterstr. 123.
Blumenfabrik
verkauft behufs Wärmung eignes
Sabritat billigs. Alexandrinenstr. 25/26.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungsort!
Täglich: Internationale
Konzerte.
Spezialität: Doppel-Vorstellung
von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der
Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu!
O Tannboom!
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 7 Uhr.

Ziehung am 13. Dezember 1901 im Kaiserhof in Berlin.

Berliner Pferde- Lotterie.

3333 Gewinne, Gesamtwert 1.
100 000.
1 Gew. 10 000 = 10 000
1 „ 8 000 = 8 000
1 „ 5 500 = 5 500
1 „ 5 000 = 5 000
1 „ 4 000 = 4 000
1 „ 3 000 = 3 000
2 „ 2 500 = 5 000
3 „ 2 400 = 7 200
8 „ 2 000 = 16 000
12 „ 250 = 3 000
32 „ 200 = 6 400
40 „ 100 = 4 000
110 „ 20 = 2 200
1020 „ 10 = 10 200
2100 „ 5 = 10 500
Loose à 1 Mark, 11 Loose 10 Mark,
Porto und Liste 30 Pf. extra,
versendet auch unter Nachnahme

Carl Heintze,

General-Debit,
Berlin W., Unter den Linden 3.

Glas-Schreibbaumstamm.

Wer seinen Kindern
zu Weihnachten eine
Freude bereiten will,
der bestelle ein Kist-
chen von unseren Ge-
nossen aus deutscher
selbst angefertigter
Schreibbaumstamm.
Das Kistchen franzo-
gegen Robinnahme zu
5 M. oder vorherige
Einsendung von 5 M.
In dem Kistchen be-
findet sich der gold- und silberglänzende
Schreibbaumstamm, Kugeln und Eier,
glatt und abgerippt, bemalt und
unbemalt, in allen Farben und
Formen, immer das Neueste. Ferner
Käpfe, Bienen und Frösche jeder
Art Wägen; Glasperlen, 100 Stück
Alberne oder goldene Strangperlen,
Sammettaschen usw. Mit Gratistafel
einen schönen Wachstengel mit beweg-
lichen Stadtkugeln. Auch versenden
wir in größeren Quantitäten und
garantieren für volle Zufriedenheit
der Käufer. 28068

Guido Müller junior, Cris-Vertrauensmann, Sauscha in Thüringen.

Presskohlen

Größe von 6,50 M. an.
Bruch pro Centner 80 Pf. ab May.
zu haben bei
29104
A. Herrmanns Kohlenlager,
O. Mühlentstraße 12.
50. Uffelstraße 5.

Berliner Konjum-Berein, Abteilung Lichtenberg.

Mitglieder-Berjammlung
am Donnerstag, den 5. Dezember,
abends 8 1/2 Uhr, in Ostlich
Schwarzer Adler, Frankfurt
Gausser 120.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Antragsfrage der
Lagerhalter. 3. Beschlüsse.
Gäste haben Zutritt. Zahlreiches
Erscheinen dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Brillanten

als Spezialität empfiehlt zu außer-
gewöhnlich billigen Preisen
Max Brinner vorm. Otto Robain,
Friedrichstraße 42.
zwischen Schützen- u. Strauencstraße.
Geegründet 1863.
Der Ruf der Firma bürgt
für strengste Reclität.
Ringe, maß Gold, m. Brill. v. 800 an
Ohrringe. „ 2 „ 16 „
Broche. „ 1 „ 18 „
Schlipsknab. „ 1 „ 14 „
u. m. bis zum feinsten Genre.
Gelegenheitskäufe besond. billig.

Rathe Kreuz- Geld-Lotterie.

Ziehung:
16. bis 28. Dezbr.
16 870 Geldgewinne haars
ohne jedes Abzug zahlbar von Mk.
575000
Hauptgewinn: Mark
100 000
50 000
25 000
etc. etc. etc.
Originallosse à 3.50 Mk.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bank-Gesellschaft,
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW.: Wilsnackerstrasse 63.
O.: Andreasstrasse 46a.

Gelegenheitskäufe!

Paletots, Kaisermäntel, Joppen,
Hosen, Herren- und Knaben-Anzüge,
Koffer, Öperngläser, Teppiche, Kessel,
Stroolzer, Leinwand, Goldschalen,
Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren,
Reihzeuge, Harmonika, Gelben,
Zitronen usw. 27032

Gustav Lucke,

Berlin, 131 Drauenstr. 131.

Knaben-Garderobe

am billigsten und reellsten
direkt in der Fabrik von 28372

Karl Hustädt,

O., Roppenstraße 85, parterre,
2 Min. vom Sächsischen Bahnhof.

Möbelstoffe

alle Qualitäten, spott-
billig, Gelegenheitskäufer: Bunte
Moquette-Plüsch 5,35
per Meter (130 Centimeter breit)
Muster bei näherer Angabe franco 1
Berlin S.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Preis
Zahn-Klinik, beliebige Zeit-
zahlung.
Invallden-
Olga Jacobson, strasse 145

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Den Genossen die Mitteilung, daß am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in der Urania „Ueber den Vorkrieg“ gegeben wird. Biletts für sämtliche Plätze zu dem Ausnahmepreis von 60 Pf. sind bei folgenden Genossen am Sonntag von 4 Uhr an in der Urania zu haben: Oskar Boff, Kurstr. 8/9; Georg Weinbach, Grünstr. 21; Jakob Ege, Köhlerstr. 23; Emil Günther, Fischerstr. 12; Gustav Glaue, Krausenstr. 18; Joh. Franz, Charlottenstraße 60.

Erster Wahlkreis. Der Wahlverein hält am Freitagabend 8 Uhr in Coburg Festhale, Weichstr. 19/21, eine öffentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag vom Rechtsanwalt Victor Frankl: „Zwei Kulturbilder — Jüdischer und Christlicher“. Frauen haben Zutritt.

Dritter Wahlkreis. Am Freitagabend 8 Uhr spricht im großen Saal von Waggengarten am Rorig-Platz Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine über „den Militärstaat und das Rechtsgesetz des Volkes“. Außerdem Diskussion. Regen Besuch der Genossinnen und Genossen erwartet. Der Vertrauensmann.

Reinickendorf. Sonnabend hält der Wahlverein bei Reinhard, Hauptstr. 48, eine Generalversammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Ledebour referiert.

Lokales.

Was sollen wir unseren Kindern zu lesen geben?

Die am Montag eröffnete Jugendschriften-Ausstellung im Gewerkschaftshause (Engel-Her 16) ist bisher recht häufig besucht gewesen. In dem kleinen Saal II, in dem sie untergebracht ist, wurde es schon am Dienstag in den Abendstunden zeitweise fast zu eng. Die Ausstellung ist von mittags 12 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet, und der Besuch ist unentgeltlich. Unter den Besuchern sind die Arbeiter und Arbeiterinnen weitläufig in der Mehrzahl. Gerade das wurde von den Veranstalter der Ausstellung gewünscht und erwartet, und in dieser Hinsicht darf der erste Versuch, der hier gemacht worden ist, bereits jetzt als gelungen bezeichnet werden.

Der „erste“ Versuch — dieses Wort bedarf allerdings einer gewissen Einschränkung. Der meines Wissens allererste Versuch, sich mit einer Ausstellung von Jugendschriften an die Eltern zu wenden, wurde in Berlin bereits im Dezember 1898 gemacht, und zwar von der Jugendschriften-Vereinigung des Berliner Lehrer-Vereins. Jene Ausstellung ging hervor aus den jahrelangen und emsigen Bemühungen der deutschen Lehrerschaft, die minderwertigen Jugendschriften zu verdrängen und den besseren Schriften Eingang zu verschaffen. Die Bemühungen sind zwar nicht vergeblich gewesen, aber die bisherigen Erfolge sind noch nicht groß. Der mit der Ausstellung von 1898 gemachte, Anerkennung verdienende Versuch mißlang leider vollständig. Die Ausstellung wurde von Eltern fast gar nicht besucht und ist selbst in Fachkreisen nicht überall bekannt geworden.

Die Jugendschriften-Ausstellung im Gewerkschaftshause geht von parteiunabhängigen Kreisen aus. Sie ist veranstaltet worden in Anlehnung an die dankenswerten Bestrebungen der deutschen Lehrerschaft, aber unabhängig von jener 1898er Ausstellung und, wie ich höre, sogar ohne Kenntnis derselben. Der Vater des Gedankens — ich bitte ihn, es mir nicht übel zu nehmen, daß ich es verrate — ist Genosse Dr. Krons. Das Verdienst, diesen neuen Versuch gemacht zu haben, würde selbst dann nicht verringert, wenn es sich um eine bewusste Wiederholung des mißlungenen Versuches von 1898 gehandelt hätte. Das eigentliche Neue ist, daß hier zum ersten Male überhaupt die Möglichkeit geschaffen worden ist, die Eltern und besonders die Arbeiterkreise für die Sache zu gewinnen. Schon die Wahl des Ortes wie von selbst zu diesem Zweck darbietenden Gewerkschaftshauses, das der Arbeiterbevölkerung zuzugewandt und durch seine Eigenart auch die Aufmerksamkeit bürgerlicher Gesellschaftsklassen auf sich zu lenken geeignet ist, sicherte dem Unternehmen von vornherein die Beachtung weiterer Kreise. Die diesjährige Jugendschriften-Ausstellung ist zum mindesten der erste mit Umsicht unternommene und erfolgreich durchgeführte Versuch, an die Eltern heranzukommen.

Wer die Grundzüge und Absichten nicht kennt, die für die Veranstaltung dieser Ausstellung bestimmend waren, der wird im ersten Augenblick über die geringe Zahl der ausgestellten Bücher erstaunt sein. Ein der demittelsten Klasse angehörendes Ehepaar, das die Ausstellung besuchte, sagte sein schneidendes Urteil in die Worte zusammen: „Die Auswahl ist nicht groß!“ Das trifft in gewissem Sinne durchaus zu. Die „Auswahl“ ist in der That „nicht groß“, sie ist namentlich erheblich geringer als in den Buchläden. Für die Jugend aller Jahresklassen, Knaben und Mädchen, von den nicht Schulpflichtigen bis hinauf zu den längst aus der Schule Entlassenen, sind nur gegen 250 Bücher unterhaltender oder belehrender Art ausgestellt. Daß es nicht mehr sind, das hat aber seine sehr guten Gründe. Ein wichtiger Teil des Auswahls, nämlich die Absonderung und Zurückweisung der Schundliteratur, ist hier im voraus besorgt worden. Die Ausstellung soll ja nur eine Ausstellung von empfehlenswerten Jugendschriften sein — von Büchern, die einem geläuterten Geschmack als die verhältnismäßig besten gelten dürfen. Sie soll den Eltern diejenigen Bücher, die von unseren Kindern gelesen zu werden verdienen, in die Augen fallen und so zur Verdrängung jener Schundliteratur beitragen, die die „Auswahl“ mancher Buchläden so „groß“ macht.

Es versteht sich von selbst, daß die Meinungen darüber, was empfehlenswert ist, auseinander gehen. Ich selber habe in der diesjährigen Ausstellung ebenso wie in derjenigen von 1898 etliche Bücher gesehen, die ich meinem Jungen bestimmt nicht in die Hände geben würde — ich denke dabei nicht an den Stoff, sondern an die Darstellung — dafür habe ich mich aber hier wie dort über viele andre Bücher herzlich freuen dürfen. Ich kann den Lesern des „Vorwärts“ nur empfehlen, die Ausstellung im Gewerkschaftshause in den paar Tagen, die sie leider nur noch geöffnet sein wird, recht zahlreich zu besuchen und selber zu prüfen. Vielleicht wird mancher sich über dieses und jenes Buch wundern, möglicherweise sogar ärgern, aber hoffentlich wird es keiner unterlassen, auch nach den andern Büchern zu greifen, deren Betrachtung und Durchsicht Freude macht. Verächtlich ist jede Geschmacksrichtung; in dieser Beziehung ist die Auswahl thatsächlich viel größer als in vielen Buchläden, die bis unter die Decke mit dem elendesten Schund vollgestopft sind. Was den Inhalt der Bücher betrifft, so sind auch Kriegsgeschichten und selbst biblische Stoffe nicht ganz ausgeschlossen worden. Ausschlaggebend hierfür waren lediglich künstlerische Gesichtspunkte. Eines indes habe ich nicht gefunden: Indianergeschichten; aber ich habe sie nicht vermisst.

Die Ausstellung giebt den Eltern Gelegenheit, die Bücher in voller Ruhe eingehend und gewissenhaft zu prüfen und, wo sie das für nötig halten, sogar von vorn bis hinten durchzulesen — was man in einem Buchladen beinahe niemals kann. Darin liegt die Bedeutung einer solchen Veranstaltung. Verkauft werden in der Ausstellung, die ja kein Geschäftsunternehmen ist, keine Bücher. Die Bestellung beim Buchhändler wird aber dadurch erleichtert, daß unter die Besucher mitschleppend ein Verzeichnis der ausgestellten Bücher verteilt wird, in welchem Titel, Verlag und Preis (von 4 M. bis hinab zu 70 Pf.) angegeben sind.

Wenn es durch diese Ausstellung gelingt, zunächst wenigstens etlichen hundert oder vielleicht auch etlichen tausend Kindern jene elenden Nachwerke aus den Händen zu winden,

mit denen der Jugendschriften-Markt alljährlich vor Weihnachten überschwemmt wird, dann wird sie nicht umsonst ins Werk gesetzt gewesen sein.

Der Jopel, der sich ihm hinten. Den Centralverein für Arbeitennachweise haben wir zu hoch eingeschätzt, als wir gestern meldeten, daß der Jopel des Hausfußverbot's endlich abgesehen sei. Die folgende Zuschrift des Herrn Dr. Freund belehrt uns darüber, daß nur wenige Härten aus dem Jopel ausgezupft sind und die Schönheit des Gesetzes nur im geringen Maße beeinträchtigt ist. Es heißt in dem uns vom Vorliegenden des Vereins zugehenden Schreiben:

Der „Vorwärts“ bringt in Nr. 283 die Mitteilung, daß auf Veranlassung eines Arbeitnehmer-Mitgliedes des Vorstandes des Centralvereins für Arbeitennachweise die Bestimmung, welche das Tragen von Hauschuhen in den Wartesälen des Arbeitennachweises verbietet, aus der Hausordnung gestrichen sei. Diese Mitteilung ist unzutreffend, die fragliche Bestimmung der Hausordnung besteht vielmehr nach wie vor zu Recht. Personen, welche z. B. wegen eines Fußleidens keine Stiefel tragen können, ist das Tragen von Hauschuhen gestattet und in dem vom „Vorwärts“ berichteten Fall ist von mir keine Ausnahme geschaffen worden. Das Verbot der Hausordnung richtet sich nur gegen diejenigen Besucher, welche lediglich aus Bequemlichkeit das Tragen von Hauschuhen vorziehen. Ich bitte, diese Berichtigung im „Vorwärts“ abzurufen.

Wie soll nun festgestellt werden, aus welchen Gründen ein behausungstüchtiger Arbeiter der Etikette nicht genügt? Muß der Mann sich unter Umständen durch ein ärztliches Attest über seine Krankheit oder durch eine Bescheinigung des Armenkommissions-Vorstehers über sein Elend ausweisen, das ihm nur noch das eine Paar Hauschuhe übrig gelassen hat? Und wird überhaupt Armut als Milderungsgrund angesehen? Man sollte doch endlich eine Bestimmung völlig aufheben, welche die Arbeiter gar nicht anders denn als eine gegen sie gerichtete Schikane aufpassen können.

Ueber die Schulnot im Osten der Stadt sind uns aus Elternkreisen weitere Klagen zugegangen. Uebereinstimmend wird uns von allen Seiten gesagt, daß die Zustände, die hier herrschen, nicht länger zu ertragen sind. Das Schulhaus in der Petersburgerstraße, das für zwei Schulen bestimmt ist, wird schon seit Jahren von vier Schulen benützt. Das System der fliegenden Klassen hat sich hier zu einer Ullste entwickelt, die alles bisher Dagewesene übersteigt. Manche Klassenzimmer werden von früh bis abend benützt. Hier geht es ununterbrochen hinein und hinaus, wie bei einem Taubenschlag. Man kann sich leicht vorstellen, wie es da um die Lüftung bestellt ist. — Selbst ganz kleine Kinder müssen bis abends um 6 unterrichtet werden, weil vorher kein Zimmer für die betreffende Klasse verfügbar war. Der Stundenplan einer sechsten Klasse sieht so aus: Montag und Donnerstag 8-11, Dienstag und Freitag 11-2 und 4-6, Mittwoch und Sonnabend 11-2. Ein solcher Stundenplan ist ein Unzuga, gegen den die Aufsichtsbehörde einschreiten sollte. Es ist merkwürdig, daß Eltern zugunsten wird, kleine, siebenjährige Kinder noch abends nach 8 Uhr aus der Schule nach Hause gehen zu lassen.

Böswillige Alarmierungen der Feuerwehre sind in Kopenhagen fast ganz beseitigt worden durch eine besondere Einrichtung der Feuermelder. Zu gleichem Zweck hat man in Deutschland, wie die „Zagl. Rundsch.“ meldet, neuerdings in die öffentlichen Feuermelder Alarmglocken ein. Diese werden durch eine Klappe bewegt, die gehoben werden muß, bevor die Meldung erfolgen kann. Die Glocke ertönt, sobald sich jemand an dem Melder zu schaffen macht, und ist so kräftig, daß selbst im weiteren Umkreise Wohlanten auf die Feuermeldung aufmerksam werden. Es ist somit infolge dieses Lautens die Verfolgung der meldenden Person im Falle der unbefugten Betätigung des Melders möglich.

Das Berliner Adreßbuch für 1902 ist erschienen und gelangt von heute ab bis einschließlich Sonnabend, den 7. Dezbr. d. J. in der Haupt-Expedition des „Berl. Lokal-Anzeiger“, SW., Zimmerstraße 37-41 und zwar täglich von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe. Von den Vorbestellern kann das Adreßbuch in einem Bande gegen Zahlung von 8 Mark und in zwei Bänden zum Preise von 10 Mark, aber nur gegen Vorbestellung der ihnen zugegangenen Legitimationskarte in Empfang genommen werden. Von Montag, den 9. d. Mts. ab, erfolgt die Zustellung der nicht abgeholten Exemplare durch besondere Boten gegen eine Uebermittlungsgeldgebühr von 10 Pf. pro Exemplar für Berlin und von 20 Pf. pro Exemplar für die benachbarten Vororte. Der Verkauf nicht vorbestellter Exemplare zum Ladenpreise von 12 Mark (für die Ausgabe in zwei Bänden) findet nur in der vorgenannten Haupt-Expedition statt. Das Namensverzeichnis enthält die Adressen der Einwohner von Berlin, der drei Nachbarstädte Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf, und weiterer 27 Vororte, die insgesamt eine Bevölkerung von rund 2 1/2 Millionen aufweisen. Im Gewerbenachweis sind in den etwa 1800 verschiedenen Geschäftszweigen nahezu 60 000 größere Firmen vertreten. Der Gesamtinhalt hat gegen den Jahrgang 1898, den ersten des von August Scherl herausgegebenen Adreßbuchs, um 952 Seiten zugenommen, so daß der Jahrgang 1902 nunmehr 235 Doppel-Volmen, also 3700 Seiten, enthält. Damit ist das Berliner Adreßbuch nicht nur das inhaltsreichste, sondern auch das umfangreichste unter den Adreßbüchern der Weltstädte geworden. So wiegt z. B. das Londoner Adreßbuch 5, das Pariser 5 1/2, das New Yorker 3 1/2, das Chicagoer 4 1/2 Kilo, während das Berliner ein Gewicht von 7 1/2 Kilo hat.

Der Fall Bredendick und die deutsche Schriftstellerverein. Der Allgemeine Schriftstellerverein (Sitz Berlin) hat in seiner Sitzung vom 30. November einstimmig beschlossen, sich dem Proteste des Vereins „Berliner Presse“ gegen die unwürdige Behandlung des Redacteurs Bredendick-Dortmund anzuschließen.

Ein dreifacher Diebstahl ist in der Nacht zu gestern im Hause Niederkirchstr. 16 verübt worden. Die Diebe, welche sich in das geschlossene Haus eingeschlichen haben müssen, stahlen im Konfektionslager von Cohn und Sohn einen erheblichen Posten Anzüge; ebenfalls thaten sie sich dort an Cognac und Cigaretten in solchem Uebermaße an, daß deutliche Spuren der Unmäßigkeit am nächsten Morgen zu sehen waren. Auch der Schaden, der an der Baulichkeit angerichtet wurde, ist sehr erheblich, da die Diebe mit aller Gewalt zunächst das Mauertor und eine eiserne Thür zu zerlösen versucht hatten. Als dies Vorhaben, in die Lagerräume zu gelangen, mißglückt war, holten die Eindringlinge, wie vermutet wird, vom Hofe eine Leiter herbei, um so mit mehr Glück durch das Fenster in die in der ersten Etage gelegenen Lagerräume zu gelangen. Daß dies Wagnis nicht ohne Verletzung gelungen konnte, ist nur dadurch erklärlich, daß außer dem hinter im Obergebäude wohnenden Portier sich kein lebendes Wesen zur Nachtzeit im Hause aufhält.

Die gemüthliche Offizierstochter aus Posen, deren Verschwinden von dieser Tage meldeten, ist in Wien aufgefunden und von dort ihren Eltern wieder zugeführt worden.

Zu dem Raubmord-Versuch an den Stationsvorsteher Bredendick auf dem Bahnhof Schönhauser Dammt wird noch gemeldet, daß der Verbrecher schon in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag in Schönhaufen, dem bekannten Bismarck'schen Gut, einen Rückversuch verübt hat. Er war in die Wohnung des dienstlich abwesenden Bahnhofs-Ritter eingedrungen, um dort zu

rauben. Frau R., die bei dem Geräusch, welches der Eindringling verursachte, erwachte, rief laut um Hilfe, und nun gab der Verbrecher auf die im Bett liegende Frau drei Revolverkugeln ab. Zwei der Kugeln durchschlugen die Längsrippen des Bettgestelles, während das dritte Geschloß dicht neben dem Kopfe der Frau R. in das Kissen drang. Da auch die Tochter des R. erwachte und um Hilfe rief, so ergriß der Thäter die Flucht. Etwa eine Stunde später drang er in die Wohnung des Kaufmanns Weiß, wo er die bei seiner Flucht auf dem Bahnhof Schönhauser Dammt fortgeworfenen Gegenstände stahl. Eine in dem betreffenden Räume auf dem Sofa schlafende einjährige Tochter des V. verhielt sich zu ihrem Glück vollständig ruhig; sie würde sonst zweifellos ein Opfer des Eindringlings geworden sein. Leider haben die beteiligten Personen in der Aufregung dem Verbrechen des Verbrechers zu wenig Beachtung geschenkt, daß sie nicht im Stande sind, der Behörde ein zuverlässiges Signalement zu geben.

Ueber den Aufsehen erregenden Selbstmord eines Berliner wird aus Spandau folgendes berichtet: Gestern nachmittag traf ein anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann mit der Bahn aus Berlin in Spandau ein und besuchte mehrere in der Nähe des Bahnhofes belegene Schanklokale. Alkoholen erzählte er, daß er sich mit seiner Frau geehrt habe und gegen sie thätlich geworden sei; er müsse sich nun das Leben nehmen. In späterer Abendstunde wollte er in einer der Havel benachbarten Gastwirtschaft, wo er sich in gleicher Weise ansetzte. Schließlich erfuhr er sich und ging auf die Charlottenbrücke zu; als er deren Mitte erreicht hatte, schwang er sich angeht ein zahlreiches Publikum auf das Geländer und sprang in die Fluten, aus denen er auch nicht wieder zum Vorschein kam. Die von einigen Schiffen unternommenen Rettungsversuche waren erfolglos. Der unbekante Selbstmörder war ein Mann Mitte der dreißiger Jahre.

Ershossen hat sich in seiner Wohnung der 21 Jahre alte Student der Medizin Kurt Voss, der Sohn eines Kaufmanns aus Mainz. Der junge Mann befand sich seit fünf Wochen in Berlin und bewohnte in der Wundtstr. 20a zu Moabit ein möbliertes Zimmer. Am Dienstagmorgen fand ihn seine Wittin aus einer Kopfwunde stark blutend und nur noch leise rühelnd im Bett liegen. Er hatte sich eine Revolverkugel in den Kopf geschossen. Die Frau sorgte für seine Ueberführung nach dem Roabier Krankenhaus. Dort starb der Verwundete noch im Laufe des Vormittags. In Briefen, die er außer an seine Verwandten noch an die Reiterpolizei und seine Wittin gerichtet hatte, gab Voss über die Veranlassung zum Selbstmord keine Auskunft. Die Wittin hat er um Entschuldig.

Im Circus Busch ist gestern ein großes Manege-Schauspiel aufgeführt worden, das den Namen Klondike erhalten hat und ein Bild aus dem modernen Goldgräberleben Amerikas darstellt. Es gehört schon ein kleines Vermögen dazu, von Europa nach dem graufig kalten Goldlande hinzugelangen; um das moderne äußerste Ende aber nach Berlin in den Circus zu transportieren, hat Direktor Busch Reichthümer angewendet, die wohl noch kein Goldgräber vor dort mit heimgebracht hat. Schon das erste Bild, das eine chinesische Spielerspelune in San Francisco darstellt, strotzt von Pracht und Farbenreichtum, und nun zeigt sich von Bild zu Bild die märchenhafte Wirkung. Aber nicht allein das Auge schaut Dinge, die selbst verwöhnten Menschen neu sind, auch das Gemüth kommt auf seine Rechnung, denn wir erleben, wie ein rothaariger Gesell, der alle Untugenden besitzt, die je in Jago, Franz Moor und dem fabrikanten Dreißiger vereint waren, dort in der rauhen Eiswüste eine brave Goldgräberfamilie an die Indianer vertritt, was zur Folge hat, daß die Ungläublichen an Markterfülle gebunden werden und dann auf der Flucht alle wilden Sprünge mitmachen müssen, die nur in einem Circus vollführt werden können. Balletmeister und Regisseur haben alles Raffinement aufgewendet, um das Indianerfest durch ein prächtiges Ballet, die Flucht über eine eisklingende Brücke, durch fähne Reiterkutschke wirksam zu gestalten. Den Haupteffekt giebt aber das Schlußbild „Das goldene Thal“, das in Deloration und Farbenwirkung so schön angelegt ist, daß nur eine Stimme der Bewunderung laut wurde. Der Mann, der dies Bild geschaffen hat, darf sich mit Zug ein Künstler nennen.

Ein interessantes Kunstbild ist jetzt in Circus Schumann zu sehen. Eine amerikanische Sänger- und Tänzer-gesellschaft tritt dort als „Schwarzes Ueberdrell“ auf. Sechs Regenerinnen aus Louisiana veranschaulichen das Leben und Treiben im fernen Westen. Ein bißchen idealisiert allerdings, aber doch sinnig genug, um Schlüsse auf Sitten und Charakter zuzulassen. Zuerst ein Bild von einer Baumwollenspinnung, dann eine Wango-Serenade und hierauf der Auckentanz, der dem Paar, das am würdigsten und zielichsten einerschreitet, nach feierlicher Judikatur einen Ring einbringt. Zum Schluß kommt ein malerisches Reiter-schauspiel. Feierliche Lieder begleiten diese eigenartige Vorstellung, und das ist das Überraschende, daß die merkwürdigen Gesänge von den schwarzen Damen mit gutgeschulter und wohlklingender Stimme vorgetragen werden.

Theater. Das Metropol-Theater bezieht Dienstag die Feier der 100. Aufführung des Anhaltungsstückes „Schönwarsdöck“. Eine Fülle von Blumenpenden ehrte die Künstler bis auf den Hund herab, der in der Pöffe „mitwirkte“. — Im Schiller-Theater wird Sonntagmorgens Beumarchais Lustspiel „Figaros Hochzeit“ in Szene gehen; Sonntagabend kommt Halbes „Jugend“ zur Aufführung. Die erste Aufführung von Reides Wärdendichtung „Die schöne Melusine“ findet Mitte nächster Woche statt. — Casino-Theater. Am Sonnabend wird die Gesangsposse „Der Mädchenjäger“ und das Volksstück „Weihnachten“ zum ersten Male aufgeführt. In den Hauptrollen wirken die Herren Direktor Berg, Lufemann, Epstein, Wendt, und die Damen Ernst, Hünser und Schulz mit.

Aus den Nachbarorten.

Zum Kommunalwahlkampf in Lichtenberg wird und berichtet, daß dieser nunmehr wieder alut geworden ist. Der Kreis-ausschuh des Niederbarnimer Kreises hat in seiner gestrigen Beschlusssitzung auf Antrag des „unpolitischen Bürgervereins Lichtenberg“ beschlossen, die Mandate der vier socialdemokratischen Gemeindeverordneten Weichs, Wedemeyer, Kette und Grauer für ungültig zu erklären, das Klage-Objekt auf 8000 Mark anzuzunehmen, und zwar für jedes der angefochtenen Mandate auf 2000 Mark und die Kosten, so weit der Gemeindevorstand als Beklagter in Frage kommt, nicht in Anschlag zu bringen. Herr Bau-Direktor-Gemeindevorordneter Florz (Freisinnig) als Vertreter des klagenden Bürgervereins“ führte in der Verhandlung aus: Der Beklagte Gemeindevorstand habe in seiner Bekanntmachung der Wähler zur Gemeindevorwahl wohl, wie zulässig, die Kommunalwahlbezirke in ihrer Abgrenzung angegeben, auch habe er mitgeteilt, wie viel Gemeindevorordnete im Bezirk zu wählen seien, nicht aber sei bestimmt, ob und wie — viel „Angeseffene“, d. h. Grundbesitzer oder „Nichtangeseffene“ zu wählen seien. Im übrigen bestreite er, daß die drei erigennannten Gemeindevorordneten „Grundbesitzer“ im Sinne der Landgemeinde-Ordnung seien. Wenn der Kreis-ausschuh dieser seiner Ansicht zustimme, dann wären Kette, Wedemeyer und Weichs „Nichtangeseffene“; da diese aber jedoch Stimmen als Grauer erhalten haben, Kette und Wedemeyer jedoch gleiche Stimmenzahl, so müßten die vier Mandate ungültig sein. Das Mandat des Gemeindevorordneten Grauer sei um so mehr ungültig, als dieser als Führer der beklagten Partei, durch die Gültigkeitserklärung seines Mandates die Situation in der Gemeindevorwahl wesentlich beeinflussen würde. (Wir haben es immer gesagt, daß es sich

nur um eine Rechtsmachung der sozialdemokratischen Wähler handelt.) Der Kreisvorsitz erklärte nach kurzer Beratung, daß er die prinzipielle Frage, ob es sich um Angehörige oder Nichtangehörige handle, zunächst ausseide. Er wolle Beschluß fassen darüber, ob die Auszeichnung der Wähler rechtmäßig sei. Dann verhandelte der Ausschuss nach längerer Beratung folgendes Urteil: Durch Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Freiwald kontra Gemeindevorstand in Panitzsch gehöre zur rechtmäßigen Auszeichnung der Wähler die ausdrückliche Angabe, ob und wie viele der im Bezirk zu wählenden Personen Angehörige oder Nichtangehörige sein sollen, und da hier dieses unterlassen und nur angegeben sei, wie viel überhaupt an Angehörigen und Nichtangehörigen der Gemeindevertretung angehören müssen, so seien die vier angeführten Mandate ungültig!

Ob diese Entscheidung den Klägern nützen wird? Die Wähler haben dem Kommunalrat Lichtenbergs, soweit die dritte Wählerklasse in Frage kommt, den Rat gegeben; die Wähler werden nunmehr bei der bevorstehenden Wahl dankend quittieren über das durch den „Vereinerverein“ gegebene Lösungswort: hier Kommunalrat — hier Kommunalrat! O, das Schweinegeschick der Sozialdemokraten!

In Potsdam hatten die Stimmwähler zur Gemeindevertretung folgendes Resultat: Es wurden 987 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Japel, Hausbesitzer-Verein, (Antisemit) 642, Staab (Soz.) 276, Werdermann (Hausbesitzer) 410. Gewählt sind Japel und Werdermann.

Veranstaltungen.

Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag seine Generalversammlung für das letzte Goldjahr ab. Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattet der erste Vorsitzende Wader; es fanden 5 Vereinderfassungen, sowie 6 Vorstand- und Kommissionsitzungen statt, die sich namentlich mit der Frage der Reorganisation beschäftigten. Seit der letzten Generalversammlung sind dem Verein 201 neue Mitglieder beigetreten. 14 Mitglieder sind im Laufe des vergangenen Halbjahrs gestorben. Das Andenken derselben ehrte die Versammlung in der üblichen Weise. — Dem vom Genossen Thiele erstatteten Kassenbericht zufolge betragen die Einnahmen 2148,85 M., die Ausgaben 2888,25 M. (darunter sind 1500 M. zur Agitation abgeliefert). Es bleibt ein Bestand von 288,10 M. — Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 2845. — Die hierauf vorgenommene Revision des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Ernst Wader, 2. Vorsitzender Franz Runert, 1. Schriftführer Gerhard Seiber, 2. Schriftführer Joseph Juhl, 1. Kassierer Franz Thiele, 2. Kassierer Karl Enders, Revisor Robert Wengel. In Revisoren wurden Hiese, Raudale und Zimmermann bestimmt.

Hierauf hielt Dr. Friedberg einen beifällig aufgenommenen Vortrag, worin er im Hinblick auf die gegenwärtige politische Situation die Notwendigkeit des proletarischen Kampfes betonte.

Schließlich wies noch der Vorsitzende, sowie andre Redner darauf hin, daß gerade jetzt, wo uns die Volkswirtschaft bedroht, eine lebhaftere Agitation für unsere Partei erforderlich sei, und daß besonders die Genossen, welche während der Feiertage mit Angehörigen von außerhalb zusammenkommen, diese über den Dronwunder aufklären möchten, wozu der „Vorwärts“ in letzter Zeit reichhaltiges Material geliefert habe.

Die Bäckergehilfen beschäftigten sich in einer öffentlichen Versammlung, die am Dienstag in der Weberstr. 17 tagte, mit der neuen preussischen Ministerial-Verordnung betreffend die Regelung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung. Genosse Hugo Bösch referierte über diese Angelegenheit. Unter eingehender Besprechung der Verordnung vertrat der Referent die Ansicht, daß dieselbe zwar nicht geeignet sei, die Mißstände, welche im gewerblichen Stellen-

vermittlungswesen bestehen, zu beseitigen, daß aber die davon betroffenen Arbeiter-Organisationen darüber wachen müssen, daß die Einschränkungen, welche die Verordnung den Stellenvermittlern auferlegt, nicht trotzdem überschritten werden. — Nach kurzer Diskussion wurde nachstehende Resolution angenommen: Die Versammlung der Bäcker Berlins fordert, daß jede gewerbmäßige Stellenvermittlung zu verbieten und die Stellenvermittlung verbotsgesetzlich zu regeln ist. — Als gewerbmäßig ist jede Stellenvermittlung gegen Entgelt zu betrachten, gleichviel, ob sie von Privatpersonen oder von Vereinen ausgeht, und ohne Rücksicht auf die Höhe der Taxe. — Bis zur gänzlichen Beseitigung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung werden die Bäckergehilfen fortfahren, diese zu bekämpfen. — Obgleich unzulänglich, werden die Berliner Bäckergehilfen sich der Bestimmung der neuen preussischen Ministerial-Verordnung bedienen, um die gewerbmäßige Stellenvermittlung in jeder Form zu bekämpfen und die Schädigungen des ganzen Privat-Stellenvermittlungswesens anzuzeigen.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung beriet die Versammlung, welche Schritte gegen diejenigen Bäckermeister zu unternehmen seien, welche ihren Gehilfen zu Weihnachten eine freie Nacht nicht gewähren, obwohl sie nach einer vor dem Gewerbegericht getroffenen Vereinbarung dazu verpflichtet sind. Der Referent Heygold führte aus, daß sehr viele Meister zu Pfingsten dieser Verpflichtung nicht nachkommen sind. Man müsse nun mit aller Energie dafür sorgen, daß die Gehilfen am Weihnachtsfest die ihnen zustehende Freiheit erhalten. Man erwarte hierbei die Unterstützung der Konsumenten, namentlich soweit sie der Arbeiterklasse angehören, und zwar dadurch, daß am zweiten Feiertage womöglich keine Nachwaren gekauft werden. Erforderlichenfalls sollen die sich weigenden Meister in der Arbeiterpresse bekannt gegeben und deren Betriebe selbst der Arbeiterlandschaft gemeldet werden. — Auch in dieser Angelegenheit wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

Die Berliner Bankbeamten wollen in einer Versammlung, die am Freitag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, in dem Saale der Produktenbörse (Eingang Holzgangstraße) eintreten, um die dem Börsengesetz zustehende Stellung zu nehmen. Eine recht zahlreiche Beteiligung der Bankbeamten wäre sehr erwünscht.

Vogelhalter-Verband. Am Sonntag, den 8. Dezember, pünktlich 4 Uhr nachmittags, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 10, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Unsere nächste Statistik. 2. Abrechnung vom dritten Quartal. 3. Unsere Konferenz am 19. Januar 1902. 4. Verschiedenes.

Vegetarier-Vereinigung (Centrale Berlin). Donnerstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Spielhause Joh. Gasparstr. 44 I, Vortrag des Herrn Driedemann über: „Die Erhaltung unserer Kultur aus der Acker-gemeinschaft.“

Es werde Licht! Verein zur Unterhaltung und Belehrung. Heute abends 8½ Uhr, Dresdenerstr. 48, Versammlung. Vortrag: „Die Kreuzer-schiffe von Tolstoj.“ Referent: D. Blüding.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher (Zweigverein Berlin). Donnerstag, den 5. d. M., abends 10 Uhr, bei Bauer, Rosenhägerstr. 57, Versammlung. Vortrag über „Genossenschaftswesen“

Witterungsübersicht vom 4. Dezember 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Schwetzingen	768 M	SW	3	bedeckt	1	Dampfanda	764 SHH	—	wolflg	-20	
Hamburg	771 MRO	SW	2	bedeckt	0	Petersburg	759 O	1	bedeckt	-7	
Berlin	768 MRO	SW	4	bedeckt	2	Lort	772 SW	3	bedeckt	8	
Konstanz	769 M	SW	5	wolflg	5	Aberdeen	—	—	—	—	
Wien	768 SW	SW	4	bedeckt	1	Paris	772 MRO	2	fl. bed.	2	

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. Dezember 1901. Zunächst etwas kälter, vielfach heiter bei mäßigen südlichen Winden; später neue Erwärmung und Trübung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 3. Dezember 1901

nach Ermittlungen des lgl. Volkswirtschaftsamt.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut D-Gir.	17,10	Rindfleisch, neut. D-Gir.	6,-
„ mittel	17,05	„ Rindfleisch, Reute 1 kg	1,70
„ gering	17,02	„ do. „	1,40
+ Roggen, gut	14,20	Schweinefleisch	1,70
„ mittel	14,12	„ Kalbfleisch	1,80
„ gering	14,04	„ Hammelfleisch	1,60
+ Gerste, gut	14,60	„ Butter	2,80
„ mittel	13,90	„ Eier 60 Stk	6,80
„ gering	13,30	„ Karfen 1 kg	2,20
+ Hafer, gut	16,70	„ Waiz	2,50
„ mittel	16,00	„ Haber	2,50
„ gering	15,40	„ Sechse	1,80
+ Kleie	7,65	„ Sechse	1,80
„ Hafer	8,20	„ Sechse	3,-
„ Gerste	40,-	„ Sechse	1,40
„ Weizen	50,-	„ Sechse	1,40
„ Hafer	65,-	„ Sechse	1,40

*) ab Bahn. f) frei Wagen und ab Bahn.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

H. W. M. Wir können leider keinen Rat geben.
H. G. Wenn Sie viele Sorgen haben, sollten Sie sich an einen Arzt wenden. Anders hilft nur das Messer.
G. G. 13. Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse. Verwaltung I SO. Vorstand: W. Ding, Prinzenstr. 86. — Verwaltung II SW. Vorstand: C. Blüme, Rosmarinstr. 9. — Verwaltung III W. Vorstand: Frau M. Hermann, Voltastr. 5. — Verwaltung IV O. Vorstand: H. Hiese, Volksschulestr. 75. — Mitglied: D. Hege, Fehlingstr. 35 III. — **M. D. 66.** Rein. Treten Sie mit dem Redaktionsrat in Verbindung.
H. G. 616. Wegen der revolutionären Ausbildung als Maschinenführer und Helfer wollen Sie sich an den Vorsteher des städtischen Gewerkschafts, Herrn Direktor R. Grabowski, Turmstr. 34, wenden.
H. G. Da Ihre Einsendung zu dem Artikel „Arbeiterfrage und Kampf“ eine einfache Zustimmungserklärung ist, möchten wir in Rücksicht auf den herrschenden Raumangel unser Blatt von der Veröffentlichung absehen. Wenn Sie Ihre Adresse angeben, dann senden wir Ihnen das Manuskript wieder zu.
M. S. J. Die Stille-Ordnung verlangt, daß die Wähler des Bezirkes Zeuge der Wahlhandlung sein müssen.
H. G. 1. Prof. Meute, Berlin W., Grobhorststr. 75 III.
H. D., Hermsdorf. Der Schatten der Erde befindet sich, von der Sonne aus gesehen, stets in gerader Richtung hinter der Erde. Den Mond kann er daher nur treffen, wenn auch dieser gerade hinter der Erde steht, d. h. zur Zeit des Vollmondes. Eine Rundsinnbildung kann daher zu keiner andern Zeit als zur Zeit des Vollmondes eintreten. In jeder andern Zeit mit Ausnahme des Neumondes stehen die drei Körper: Sonne, Erde, Mond nicht in gerader Linie; also kann der Erdschatten auch den Mond nicht treffen. Die Seite des Mondes, welche der Sonne zugekehrt und beleuchtet ist, kann daher nicht vollständig der Erde zugekehrt sein. Die der Erde zugekehrte Seite ist deshalb nur zum Teil hell, zum andern Teil dunkel, doch hat dieser dunkle Teil resp. die Dunkelheit dieses Teiles mit dem Schatten der Erde gar nichts zu tun. Sehr deutlich wird Ihnen das werden, wenn Sie an die Zeit des Neumondes denken; dann steht nämlich der Mond gerade zwischen der Sonne und der Erde, die Reihenfolge der Körper, die hier wieder in gerader Linie stehen, ist also: Sonne, Mond, Erde, und dahinter dann der Schatten der Erde. Obwohl der Mond also in einer dem Schatten der Erde direkt entgegengesetzten Richtung steht, so er nicht sichtbar, weil seine leuchtende Seite von uns abgewendet ist. Mit dem Schatten der Erde aber hat das, wie man sieht, gar nichts zu tun.
S. P. 10. 1. Rein. 2. Gewerbegericht. 3. Rein. — **Lyuarstr. 7.** Rein. — **G. D. 88.** Ihre Tochter kann den erbehaltenen Lohn mit Erfolg — beim Amtsgericht — einflößen. — **M. R. 99.** In Berlin werden für das laufende Staatsjahr 5,8 Proz. des auf 329 380 000 M. bezifferten Budgettrages der gemeindeeigenen Grundstücke mit 19 104 000 M. erhoben. — **M. R. 601.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet. Ergeben Sie gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch und zahlen Sie dann. —

Adreßbuch

für Berlin  und Vororte

1902

ist erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeiger“ SW. Zimmerstr. 37-41 zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.